

Entscheidung... des Bundesamts für das heimatwesen

Germany.
Bundesamt für das
heimatwesen

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. 8.

Das Gesetz
über die
Einführung Minderjähriger

30.



HARVARD LAW LIBRARY

brift zu
donaten
Anlage
och eine
chienenene

ir 1901
in den

ig vom
gemacht.

Received NOV 13 1913

1901.)

ürsorge-
feße im
en Nach-
tes, auf
auf die

1901).

Kommentar
zum
Uebertretungsabschnitt
des
Strafgesetzbuchs
für das Deutsche Reich.

Don
Dr. Justus Olshausen,
Oberreichsanwalt.
1901. — Dritte Auflage.

Geheftet M. 2,75. Gebunden M. 3,50.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.

Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister
zum praktischen Gebrauch
von

Dr. Justus Olshausen,
Oberreichsanwalt.
Siebente Auflage.

1900. Gebunden in Leinen M. 1,—.

Das Gesetz, betr. Aenderungen und Ergänzungen des StGB., vom 25. Juni 1900 hat in dieser Ausgabe bereits Aufnahme gefunden, so daß der Text des Strafgesetzbuchs in der gegenwärtigen Geltung wiedergegeben ist.

**Rechtsweg und Kompetenzkonflikt
in Preußen.**

Don
Dr. Otto Stölzel,
Landrichter.

Nebst einem Anhang, enthaltend die einschlagenden Rechtsquellen.

1901. Geheftet M. 12,—. Gebunden (Halbfranz) M. 14,50.

Die Rechtsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter.

Auf Grund der gerichtlichen und gewerbegerichtlichen Praxis

dargestellt von

Franz Ruchardt,
Amtsrichter in Berlin.

1901. Cartonnirt M. 1,80.

— „Das vorliegende Schriftchen ist eine klare, leicht faßlich geschriebene Uebersicht über die Hauptfragen aus dem Recht des Arbeitsvertrages.“
(Das Gewerbegericht 1901 Nr. 7.)

— „Es ist wirklich in hohem Maße erfreulich, daß einmal von einem im praktischen Leben erfahrenen Fachmann in volkstümlicher und doch juristisch scharfer Sprechweise in knapper, aber dabei erschöpfender Darstellung das gesammte, für den Arbeiter bedeutsame und ihn fast täglich berührende Recht der Gewerbeordnung und der ihr verwandten Gesetze zusammengestellt und erläutert worden ist, während ähnliche gemeinverständliche Darstellungen bisher fast ausschließlich von sozialdemokratischer Seite, und dann meist tendenziös bearbeitet, dem Arbeiter zur Verfügung gestellt worden sind. Das kleine Büchlein, in welchem der rechtsuchende und nach Kenntniß der gesetzlichen Bestimmungen verlangende Arbeiter über alles das, was ihm zusteht oder nicht zusteht, gewissenhafte und erschöpfende Auskunft erhält, eignet sich auch vortrefflich für Gewerbegerichtsbeisitzer, Arbeiterssekretäre, Amts- und Gemeindevorsteher, um in spielender Weise sich mit dem in den verschiedenen Gesetzen zerstreuten, dort oft kompliziert gefaßten Rechtsstoff vertraut zu machen. Der Gärtner und der Künstler, Hausindustrielle und Gesinde, Handlungs- und Gewerbegehilfen finden in dem Büchlein ihre besonderen Rechtsverhältnisse auseinandergesetzt, sogar auch in Sachen der sozialen Versicherung. Den Schluß des kleinen Werkes bildet ein kurzer zeitgemäßer Aufsatz über: Kollektivverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Im Anhang wird noch ausführlich Zuständigkeit und Verfahren der Gewerbegerichte behandelt. Ein sorgfältig bearbeitetes Sachregister erleichtert die Orientirung.“
(Neue Preuß.-Kreuz-Zeitung vom 12. April 1901.)

Gewerbeordnung für das Deutsche Reich.

In der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900.

Textausgabe.
mit ausführlichem Sachregister.

Gebunden in Leinen M. 1,20.

Germany. Bundesamt für das Heimathwesen.

Entscheidungen^c

des

Bundesamtes für das Heimathwesen.

Im amtlichen Auftrage

bearbeitet und herausgegeben

von

Dr. J. Kreh,

Kais. u. Königl. Geheimen Regierungsrath,
Mitglied des Bundesamtes f. d. Heimathwesen.

Hest 33

enthaltend die in der Zeit vom 1. Juli 1900 bis zum 1. Juli 1901
ergangenen wichtigeren Entscheidungen.

(Mit einem, die dreißig Hefte umfassenden alphabetischen Sachregister.)



Berlin, 1901.

Verlag von Franz Vahlen.

Mohrenstraße 18/14.

11/13/13

NOV 13 1913

Vorwort.

Die Entscheidungen sind, wie bisher, nach der Reihenfolge derjenigen Paragraphen des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870*), auf welche sie sich vorzugsweise beziehen, geordnet, und die Entscheidungsgründe, wo es ausführbar und angemessen erschien, nur insoweit mitgetheilt, als sie auf die, in der Ueberschrift angedeutete Hauptfrage Bezug haben.

Berlin, im August 1901.

Dr. Kech.

*) Dasselbe wird in der Sammlung überall mit R. G. bezeichnet.



Wohlers-Kech bezeichnet:

Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870, erläutert nach den Entscheidungen des Bundesamtes für das Heimathwesen von Wilh. Wohlers. Achte vermehrte Auflage, bearbeitet von Dr. J. Kech, Kaiserl. Geh. Regierungsrath, Mitglied des Bundesamtes f. d. Heimathwesen. 1898.

Inhalts-Verzeichniß.

I. Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes.

	Seite
Nr. 1. R. G. §§ 10, 13. Gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne des R. G.	1
Nr. 2. R. G. §§ 11, 23 Abs. 3. War nach Lage des Falles die in einer Bewahranstalt aufgenommene Person als Pflegling der Anstalt anzusehen?	3
Nr. 3. R. G. §§ 12, 14. Mangel der freien Selbstbestimmung bei der Wahl des Aufenthaltsortes für polizeilich in Krankenanstalten untergebrachte Prostituirte	5
Nr. 4. R. G. §§ 12, 24, 13, 25, 28. Einfluß der Abwesenheit zur Leistung der Militärpflicht und der Rückkehr an den früheren Aufenthaltsort nach deren Erfüllung auf den U.W. — Unzulässigkeit resolutorischer Heranziehung des Stiefvaters und des unehelichen Vaters zum Unterhalte des betr. Kindes	6
Nr. 5. R. G. §§ 13, 25. Eine Rückkehr, welche nicht von vornherein auf bestimmte Zeit beschränkt war, ist nicht stets als ein zur Unterbrechung der Abwesenheit im Sinne des § 25 führender Aufenthalt bis auf Weiteres anzusehen	9
Nr. 6. R. G. §§ 14, 27 (30 Abs. 1b). Hat nach Lage des Falles eine fortlaufende Unterstützung durch Beschaffung von Kleidungsstücken stattgefunden?	11
Nr. 7. — dgl. durch Anlegung eines Gipsverbandes, ohne daß vor dessen Erneuerung ärztliche Beobachtung stattfand?	13
Nr. 8. R. G. §§ 14, 27 Abs. 1, 28. Die Unterstützung muß mit der Absicht, Armenpflege zu gewähren, gewährt sein	15
Nr. 9. R. G. § 17. Gesetzliche Befugniß der Frau, von dem sie fortgesetzt mißhandelnden trunksüchtigen Manne getrennt zu leben	17
Nr. 10. R. G. § 18. Die Ehelichkeit eines vor dem 1. Januar 1900 geborenen Kindes ist nach dem bis dahin geltenden bürgerlichen Rechte zu beurtheilen	18

II. Erstattungsanspruch der Armenverbände.

Nr. 11. R. G. §§ 28, 30. Eigene Hilfsbedürftigkeit des Vaters, begründet durch seine Unfähigkeit, einem seinen U.W. theilenden Kinde den nothdürftigen Unterhalt zu gewähren. — Unterhaltspflicht des Vaters gegenüber minderjährigen und großjährigen Kindern nach dem Allgemeinen Landrecht und dem Bürgerlichen Gesetzbuch	20
---	----

	Seite
Nr. 12. R. G. §§ 28, 30; 1, 8. — Nach dem Hamburger Landesrecht ist die Unterbringung eines taubstummten Kindes in eine Anstalt zum Zwecke der Erziehung ein Akt der Armenpflege	22
Nr. 13. R. G. §§ 28, 30. Verhältnis der Polizei zur Armenpflege; — inwieweit ihre Handlungen und Unterlassungen armenrechtliche Folgen haben? (Preussisches Recht.)	25
Nr. 14. — Ärzte als Organe der Armenpflege	31
Nr. 15. — Es ist unzulässig, wenn ein Armenverband den zum Unterhalt eines Kindes gesetzlich nicht verpflichteten Pfleger desselben durch die Drohung, ihm das Kind abzunehmen, zu bestimmen sucht, auf die nachgesuchte Beihilfe zu verzichten	33
Nr. 16. — Unfähigkeit zur Bestellung des Kostenvorschusses bei Aufnahme in ein Krankenhaus	34
Nr. 17. R. G. §§ 28, 14, 27. Ein normal entwikelter Knabe von über 14 Jahren ist regelmäßig zum Erwerbe seines Unterhalts befähigt	36
Nr. 18. R. G. §§ 28, 30. Nachtragszahlungen haben nicht den Charakter von Armenunterstützungen, auch wenn sie in der Beschwerdeinstanz nur für die Zeit seit Anbringung der Beschwerde angeordnet sind	39
Nr. 19. — Wer die zu seiner Verfügung stehenden und zur Bezahlung der Krankenpflege ausreichenden Mittel (Pension) zu diesem Zwecke nicht verwenden will, ist nicht hilfsbedürftig	42
Nr. 20. — Hilfsbedürftigkeit eines den Eltern entlaufenen Knaben?	44
Nr. 21. — Kosten für den Transport und die Ausstattung eines zum Zwecke der Ausbildung und Erziehung in eine Taubstummenanstalt übergeführten Kindes keine Armenpflegekosten (Preußen)	45
Nr. 22. — Beiträge zur Zwangserziehung im Herzogthume Sachsen-Koburg-Gotha keine Armenunterstützung	47
Nr. 23. — War nach Lage des Falles die Gewährung von Reisegeld eine angemessene Form der Unterstützung?	49
Nr. 24. — Die Anweisung zur Unterstützung durch die vorgesetzte Behörde begründet für sich allein den Erstattungsanspruch nicht	50
Nr. 25. R. G. § 28. <i>Condictio indebiti</i> . Einrede des Schadensersatzes, weil der Kläger durch Anerkennung seiner Zahlungspflicht den Beklagten veranlaßt habe, die Anmeldung des Anspruchs bei dem endgültig verpflichteten A.B. zu unterlassen	52
Nr. 26. R. G. § 29. Die Unterstützungspflicht des A.B. des Dienstoris besteht nicht, wenn der Erkrankte zur Zeit des Hervortretens der Hilfsbedürftigkeit von dem Dienstoris thätig — wenngleich nur zufällig — abwesend war	58

	Seite
Nr. 27. <u>R. G. § 29. Auch für die Anwendung des § 29</u> <u>Abf. 2 und 3 wird durch den zeitweisen Fortfall</u> <u>der Hilfsbedürftigkeit trotz fortbestehender Er-</u> <u>krankung ein neuer Pflegefall beim erneuten Her-</u> <u>vortreten der Hilfsbedürftigkeit begründet . . .</u>	60
Nr. 28. — <u>Zu den Kurkosten im Sinne des § 29 gehören auch</u> <u>die Kosten für Beschaffung eines mechanischen</u> <u>Hilfsmittels (Holzlorset), welches bestimmt ist, die</u> <u>Verschlimmerung eines vorhandenen unheilbaren</u> <u>Leidens zu verhüten, auch wenn ein Heilverfahren</u> <u>nicht vorausgegangen war . . .</u>	61
Nr. 29. — <u>Gehört ein in einem städtischen Hause die Stelle</u> <u>eines Pförtners vertretenden Handwerker zu den</u> <u>unter § 29 fallenden Personen? . . .</u>	63
Nr. 30. <u>R. G. § 29 Abf. 2 findet stets Anwendung, wenn</u> <u>Beendigung des Dienstverhältnisses und Beginn der</u> <u>Hilfsbedürftigkeit in einem Zeitpunkte zusammen-</u> <u>treffen . . .</u>	65
Nr. 31. <u>R. G. § 30. Die bei Bezirksveränderungen für die</u> <u>betheiligten Ortsarmenverbände bestehende gemein-</u> <u>schaftliche armenrechtliche Verpflichtung begründet</u> <u>keine Verpflichtung nach Kopftheiten. Die Ver-</u> <u>theilung kann nur im Wege der Auseinandersehung</u> <u>im Verwaltungswwege geschehen . . .</u>	67

III. Erstattungspflicht der Landarmenverbände.

Nr. 32. <u>R. G. § 30 Abf. 1b, Abf. 2. Die im § 30 Abf. 2</u> <u>aufgestellte Rechtsvermutung für den Beweis des</u> <u>Nichtbestehens eines Unterstützungsmohnsitzes kann</u> <u>nur durch den Beweis des Bestehens eines solchen</u> <u>an einem bestimmten Orte, nicht aber durch den</u> <u>Nachweis entkräftet werden, daß dies an einem</u> <u>oder dem anderen von zwei Orten der Fall sein</u> <u>müsse . . .</u>	68
Nr. 33. <u>R. G. § 30 Abf. 1b, § 28. Sind Armenärzte als</u> <u>Organe des Ortsarmenverbandes auch nach der</u> <u>Richtung hin anzusehen, daß eine zu ihrer Kenntniß</u> <u>gelangte Hilfsbedürftigkeit als dem Ortsverbande</u> <u>kundbar geworden anzusehen ist? . . .</u>	72
Nr. 34. <u>R. G. § 30 Abf. 1b. Fortgesetzte Hilfsbedürftigkeit.</u> — <u>Besitz einiger Geldmittel bei Entlassung eines</u> <u>ständiger ärztlicher Behandlung nicht bedürftenden</u> <u>Landarmen aus dem Krankenhaus . . .</u>	75
Nr. 35. — <u>bei einer Person, die sofort nach ihrer Uebersiedelung</u> <u>in den Bezirk eines anderen Landarmenverbandes</u> <u>die Weitergewährung der bis dahin empfangenen</u> <u>Unterstützung nachsuchte, solche aber erst nach einigen</u> <u>Wochen erreichte . . .</u>	77

	Seite
Nr. 36. R. G. § 30 Abs. 1b, § 32. Auch bei einem aus der Anstalt und Fürsorge eines Landarmenverbandes entwichenen Geisteskranken wird durch dessen Inhaftirung die Hilfsbedürftigkeit unterbrochen . . .	79
Nr. 37. R. G. § 30 Abs. 1b Schlusssatz. Die Hilfsbedürftigkeit des Landarmen braucht nicht schon zur Zeit der Einlieferung in die Krankenanstalt u. s. w. bestanden zu haben . . .	81
Nr. 38. — Es genügt, wenn die Hilfsbedürftigkeit unmittelbar nach dem Zeitpunkte der Entlassung, oder doch sobald nachher hervortritt, daß an der seitdem fortbestehenden Hilfsbedürftigkeit nicht gezweifelt werden kann . . .	83
Nr. 39. — Die Entlassung braucht nicht mit einer Entfernung aus der Anstalt verbunden zu sein; es genügt, daß mit dem Aufhören der Pflege von anderer Seite die Armenpflege eingetreten ist . . .	86

IV. Höhe des Erstattungsanspruchs.

Nr. 40. R. G. § 30 Abs. 3 u. 4. Die Tariffätze sind Pauschätze. Nr. 2 des preuß. Tarifs findet auch Anwendung, wenn die ärztliche Behandlung durch einen festremunerirten Armenarzt geschah. § 30 Abs. 3 greift nur Platz, wenn die Erstattung nicht nach Tariffätzen erfolgt . . .	90
---	----

V. Einreden gegen den Erstattungsanspruch.

Nr. 41. R. G. § 30 a. Unterbrechung der Verjährung. Die Frage, durch welchen prozessualen Akt eine Klage im armenrechtlichen Streitverfahren als erhoben anzusehen ist, muß nach den landesgesetzlichen Prozeßvorschriften, nicht nach § 253 C.P.O. entschieden werden . . .	92
--	----

VI. Außerordentliche Armenlast.

Nr. 42. R. G. § 32 a. Eine Verpflichtung zur Erstattung der Kosten für einen aus der Anstalt des Landarmenverbandes entwichenen Geisteskranken ist nur begründet, wenn dessen Organen ein Verschulden zur Last fällt . . .	98
Nr. 43. — Anwendung der Grundsätze über die Zulässigkeit der Verrechnung des von einem Drittverpflichteten Gezahlten auf die außertaritmäßigen Kosten. — Unzuständigkeit der armenrechtlichen Spruchbehörde zur Entscheidung eines Rechtsstreits der beteiligten Armenverbände darüber, welcher von ihnen gegenüber einem Drittverpflichteten zum Rückgriffe berechtigt sei . . .	104

Nr. 44.	<u>R. G. § 32 a. Erstattungsanspruch des Landarmenverbandes gegenüber dem Armenverbande des Dienstorts. — Anmeldung des Erstattungsanspruchs bei dem Landarmenverbande, zu dessen Bezirk der endgültig verpflichtete Ortsarmenverband gehört</u>	107
---------	--	-----

VII. Streitverfahren in Armensachen.

Nr. 45.	R. G. § 40. Kostenerstattungspflicht der unterliegenden Partei gegenüber einem Beigeladenen	110
Nr. 46.	R. G. §§ 55, 56. Abänderung oder Aufhebung einer nach § 55 erfolgten Einigung wegen veränderter Umstände. Die anderweite Normirung des Unterstützungsbeitrags kann nicht im Wege des § 56 geschehen	112
Nr. 47.	R. G. § 56. War nach Lage des Falles die Unterbringung eines seit Jahren kranken und arbeitsunfähigen Mädchens in einer Krankenanstalt und ihre Trennung von der Mutter zu diesem Zwecke als erhebliche Härte anzusehen?	115

I. Erwerb und Verlust des Unterstützungs- wohnstitzes.

Nr. 1.

Gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne des § 10 R. G.

R. G. §§ 10, 13.

Schönholthausen -|- Verdohl.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Arnsherg.
Urtheil des Bundesamts vom 27. Oktober 1900.

Gründe:

Aus dem Worte „Unterstützungswohnitz“ läßt sich für die Meinung des Beklagten, daß in Fällen, wie der vorliegende, der Ort, in welchem der Unterstützte seine Familienwohnung hat, als der Ort des gewöhnlichen Aufenthalts im Sinne des § 10 des R. G. zu gelten habe, nichts herleiten. Gerade die Bezeichnung Unterstützungswohnitz deutet darauf hin, daß es sich nicht um einen Wohnitz im Sinne des bürgerlichen Rechtes handelt; ebensowenig kommt in Betracht, welcher Ort in steuerlicher Beziehung als Wohnort anzusprechen ist.*)

Für das Verhältniß der Armenverbände unter einander wird mit dem Worte „Unterstützungswohnitz“ derjenige Ortsarmenverband bezeichnet, welcher der Träger der endgültigen Fürsorgepflicht ist,**) und die Voraussetzungen

*) Wohlers-Krech zu § 10 Anm. 3a.

**) § 30 a. a. O.; vergl. Art. 1 des preussischen Gesetzes vom 21. Mai 1855.

dieser Verpflichtung sind aus den §§ 10 ff. a. a. O. zu entnehmen. Wenn § 10 a. a. O. einen zweijährigen, gewöhnlichen und ununterbrochenen Aufenthalt für den Erwerb, § 22 eine ununterbrochene zweijährige Abwesenheit für den Verlust des Unterstüßungswohnsitzes erfordern, so ergeben die §§ 13, 25, daß nicht jede Unterbrechung des Aufenthalts und der Abwesenheit dem Erwerbe bezw. dem Verluste des Unterstüßungswohnsitzes entgegensteht, sondern daß das entscheidende Gewicht beizulegen ist der Absicht, an einem Orte, der Entfernung ungeachtet, den Aufenthalt beizubehalten, bezw. der Absicht, bei der Rückkehr den Aufenthalt nicht dauernd fortzusetzen.

Bei Personen, welche durch ihren Lebensberuf zu häufigem Ortswechsel gezwungen sind, oder welche gar ihre Thätigkeit nur herumreisend betreiben können, ist die Begründung eines eigenen Hausstandes oder eines ständigen Mittelpunktes ihrer Berufsthätigkeit wohl geeignet, diesen Ort als den des gewöhnlichen Aufenthalts im Sinne des § 10 a. a. O. erscheinen zu lassen, auch wenn sich die Abwesenheit auf Jahre ausdehnt. Anders liegt es bei Personen, welche ihre Arbeitsthätigkeit dauernd an einem und demselben Orte ausüben können. Wenn solche Leute an dem Arbeitsorte nicht ihre Familienwohnung haben, vielmehr regelmäßig für ihre Person die sechs Wochentage und zwar nicht bloß während der Arbeitszeit, sondern auch in den arbeitsfreien Stunden und über Nacht zubringen, so daß sie nur Sonntags bei ihrer Familie weilen, so ist eben der Arbeitsort der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts; es vermag weder die sonntägliche Abwesenheit vom Arbeitsorte den Erwerb des Unterstüßungswohnsitzes an demselben zu hindern, noch vermag die sonntägliche Rückkehr an den Wohnort der Familie, bei dem nur besuchsweisen Charakter solcher Anwesenheit, den dort etwa erworbenen Unterstüßungswohnsitz zu erhalten. Solche Leute haben für ihre

Person am Arbeitsorte den Mittelpunkt ihres Lebens und wollen ihn auch dort haben. Mögen sie auch die Steuern am Wohnorte der Familie zahlen; ihre Arbeitsthatigkeit kommt doch im Wesentlichen dem Orte zu gut, in welchem das gewerbliche Unternehmen, das sie beschäftigt, betrieben wird. Deshalb ist es auch von diesem Gesichtspunkt aus nur gerechtfertigt, daß diesem Orte die Armenlast endgültig zur Last fällt.

Nr. 2.

War nach Lage des Falles die in einer Bewahranstalt aufgenommene Person als Pflegling der Anstalt anzusehen und die Anwendbarkeit des § 11 Abs. 2 R. G. begründet?

R. G. §§ 11, 23 Abs. 2.

Münster -|- Siegen.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Arnsherg.

Urtheil des Bundesamts vom 2. März 1901.

Gründe:

Emma hat durch ihren Aufenthalt in Münster in der Zeit vom 27. Mai 1892 — dem Tage, an welchem sie ihr achtzehntes Lebensjahr vollendete — bis zu ihrer Aufnahme in das Clemenshospital am 11. Dezember 1899 den Unterstützungswohnsitz in Siegen verloren und in Münster erworben. Zwar kann nicht bezweifelt werden, daß das Kloster zum guten Hirten in Münster, insofern es den Zweck hat, sittlich gefährdete oder bereits gefallene weibliche Personen durch Fernhaltung von der Verführung und durch entsprechende Einwirkung vor sittlichen Schäden zu bewahren, auch zu einer späteren ordentlichen Beschäftigung zu erziehen, — als eine Bewahranstalt im Sinne der §§ 11 und 23 Abs. 2 R. G. anzusehen ist. Auch muß als

festgestellt angesehen werden, daß Emma A. in derselben nicht als Diensthote oder Arbeiterin eingetreten ist. Aber die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die A., wenngleich ihre Erziehung eine mangelhafte gewesen sein mag, bis zum Eintritt in das Kloster in keiner Weise sittlich verwahrlost gewesen ist oder in sittlicher Beziehung Anstoß erregt oder auch nur zu Befürchtungen in dieser Beziehung Veranlassung gegeben hat. Sie war, wenn sie außerhalb der Anstalt belassen wurde, im Stande, sich ihren Unterhalt zu verdienen, und Gefahren nicht mehr ausgesetzt als jedes andere junge Mädchen. Ihre Aufnahme in das Kloster geschah — wenigstens war dies die Absicht ihres Vaters, wie des Fräulein N., die im Auftrage des St. Elisabethvereins zu Siegen die Unterbringung der Emma A. in das Kloster vermittelte — lediglich zum Zwecke besserer Ausbildung. Wenn das Kloster zum guten Hirten neben gefallenem oder sonst sittlich verwahrlosten Mädchen unbescholtene Mädchen aufnimmt, um solchen bessere Erziehung oder Ausbildung zu gewähren, so geht es bei solchen Personen über den Rahmen einer Bewahranstalt hinaus. Das Bundesamt hat in dem Urtheile vom 4. November 1876 (Entsch. 8 S. 18) bei einem in einer ähnlichen klösterlichen Anstalt aufgenommenen, und in der Klasse der „Büßerinnen“ geführten Mädchen die Anwendbarkeit des § 11 Abs. 2 a. a. D. verneint, weil es an einem zureichenden Grunde fehle, sie als eine der Besserung bedürftige Gefallene anzusehen, wie das Statut voraussetze; es hat allgemein ausgesprochen: daß, wie in einer Heilanstalt selbstverständlich nur die Kranken der Bestimmung in §§ 11, 13 Abs. 2 a. a. D. unterworfen seien, so in einer Bewahranstalt (Besserungsanstalt) nur die nach der Bestimmung der Anstalt zu bessernden oder zu bewahrenden Pfleglinge. Dasselbe muß gelten, wenn die Anstalt neben solchen Pfleglingen andere aufnimmt, bei denen der Ge-

sichtspunkt der Bewahrung nicht zutrifft, welche vielmehr als Zöglinge zu Ausbildungs- und Erziehungszwecken in derselben weilen.

Nr. 3.

Prostituirte, die auf polizeiliche Anordnung im sanitätspolizeilichen Interesse in einer Krankenanstalt untergebracht sind, entbehren während der Dauer ihres Aufenthalts in derselben der freien Selbstbestimmung bei der Wahl ihres Aufenthalts.

R. G. §§ 12, 24.

Berlin · Charlottenburg.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Potsdam.

Urtheil des Bundesamts vom 6. Oktober 1900.

Gründe:

In Uebereinstimmung mit dem Bezirksausschusse hat das Bundesamt angenommen, daß die theils im städtischen Obdach, theils in der Königlichen Charité zu Berlin auf polizeiliche Anordnung im sanitätspolizeilichen Interesse wiederholt untergebrachte ledige Luise K. während der Dauer ihres Aufenthalts in diesen Anstalten der freien Selbstbestimmung bei der Wahl ihres Aufenthalts entbehrt und demgemäß nach Lage des Falles am 6. September 1898, als sie wegen Geisteskrankheit der Armenpflege in Berlin anheimfiel, den Unterstützungswohnsitz in Charlottenburg trotz mehr als dreijähriger Abwesenheit noch beseßen hat.

Allerdings hat die Verwaltung der Königlichen Charité mitgetheilt, daß die von den Polizeibehörden zur Heilung der Syphilis zwangsweise überwiesenen Personen, wenn sie vor erfolgter Heilung ihre Entlassung verlangen und hier-

auf trotz ärztlicher Ermahnung bestehen, in die Freiheit entlassen werden; sie hat indeß hinzugefügt, daß in solchem Falle die Polizeibehörde davon benachrichtigt werde. Diese Benachrichtigung hat den Zweck, die Polizeibehörde in die Lage zu versetzen, die nach der Natur der Krankheit und der Persönlichkeit der Erkrankten zur Verhütung von Ansteckung anderer Personen gebotenen Maßregeln zu treffen, insbesondere die noch nicht geheilten Dirnen auch gegen ihren Willen so lange in Kur und Pflege unterzubringen, als erforderlich ist. Der ganze Zweck der Zwangsheilung würde verfehlt sein, wenn solche Personen die Krankenanstalt ungeheilt verlassen könnten, ohne daß rechtzeitig polizeiliche Maßregeln ergriffen würden, welche die Weiterverbreitung der Krankheit verhindern. Demgemäß hat ohne Weiteres angenommen werden müssen, daß die Benachrichtigung der Polizeibehörde durch die Königliche Charité-Verwaltung der Entlassung ungeheilter Dirnen vorangeht, oder daß die Polizeibehörde auf anderem Wege, z. B. durch Erkundigung der in der Charité dienstlich anwesenden Beamten der Sittenpolizei von der bevorstehenden Entlassung solcher Dirnen, sich Kenntniß verschafft. *)

Mr. 4.

Die Ableistung der Militärpflicht hat nur ein Ruhen des Lauses für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes, nicht aber eine Unterbrechung des Aufenthalts am früheren Wohnorte im gesetzlichen Sinne zur Folge. Eine

*) Vergl. Entsch. des Obergerwaltungsgerichts vom 10. Oktober 1899 im Preussischen Verwaltungsblatt Jahrgang XXI S. 538 ff., insbesondere S. 539, und auch die Verfügung des Ministers des Innern vom 17. März 1885 unter Nr. 3 Min. Bl. f. innere Verwaltung S. 70.

Rückkehr an diesen Ort ist als Fortsetzung des früheren Aufenthalts anzusehen, selbst wenn die Absicht bestand, dort nicht wieder dauernd sesshaft zu bleiben.

Die Heranziehung des Stiefvaters zur Unterstützung der vorehelichen Kinder seiner Frau im Wege des Resoluts nach § 65 des preussischen Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871 ist unzulässig; ebenso die Heranziehung des außerehelichen Vaters eines solchen Kindes.

R. G. §§ 12, 24, 13, 25, 28, 30.

Baerwalde -|- Kussow.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Bromberg.
Urtheil des Bundesamts vom 9. Februar 1901.

Gründe:

Den Gegenstand des Rechtsstreits bilden die Pflegekosten, die der Kläger an die Großmutter des Knaben Otto B. in der Zeit vom 15. Oktober 1898 bis 1. April 1899 mit monatlich 7,50 M., und vom 1. April 1899 bis zur Klageanstellung Ende April 1900 mit monatlich 6 M. gezahlt hat, sowie die ferner aufzuwendenden Pflegegelder. Otto B. ist ein unehelicher Sohn der seit dem 23. Juli 1898 an den Arbeiter Karl N. verheiratheten Emilie B. In erster Instanz ist der Kläger abgewiesen worden, weil der Stiefvater des Knaben verpflichtet gewesen sei, das Vorkind seiner Frau in seine häusliche Gemeinschaft aufzunehmen oder in Gemeinschaft mit seiner Frau für dasselbe zu sorgen; zu Weidern sei er bei einem Wochenlohne von 15 M. wohl im Stande gewesen; der Kläger hätte die N.'schen Eheleute auf Grund des § 65 des preussischen Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871 zum Unterhalte des Knaben heranziehen müssen.

Der Bezirksauschuß hat hierbei übersehen, daß der § 65 a. a. O. zwar die Erwirkung eines Resoluts gegen die uneheliche Mutter des Knaben, nicht aber gegen dessen Stiefvater zuläßt, daß also auf diesem Wege der durch die Weigerung des N., das Kind bei sich aufzunehmen oder an die Großmutter Pflegegeld für dasselbe zu zahlen, begründeten Hilfsbedürftigkeit nur unter der Voraussetzung ein Ende hätte bereitet werden können, wenn Frau N. Vorbehaltsgut besessen hätte, aus welchen die Pflegegelber beigetrieben werden konnten. Denn ein gegen die Frau erwirktes vollstreckbares Resolut würde dem Kläger ein Vorgehen gegen den Mann im Wege der Zwangsvollstreckung, auch wenn die Eheleute in Gütergemeinschaft lebten, nicht gestattet haben. Auch gegen den außerehelichen Erzeuger des Knaben konnte der Kläger von der Bestimmung im § 65 a. a. O. keinen Gebrauch machen; ganz abgesehen davon, daß jener sich, nach dem Inhalte der Verwaltungsakten, mit der Mutter des Knaben unter Zustimmung des Vormundschaftsgerichts durch Zahlung von 400 M. abgefunden hatte. Die Nothwendigkeit der dem Knaben Otto B. gewährten Unterstützung mußte hiernach anerkannt werden.

Der Knabe theilt mit seiner Mutter den Unterstützungswohnsitz seines Stiefvaters. Dieser ist am 31. Juli 1874 geboren; er besaß bei Zurücklegung des achtzehnten Lebensjahrs durch Abstammung den Unterstützungswohnsitz in Ruffowo; er würde überdies einen solchen auch durch den Aufenthalt daselbst in der Zeit vom 31. Juli 1892 bis zu seinem Eintritt in das Militär im Herbst 1894 erworben haben. Nach Vollendung der Dienstzeit kehrte N. zunächst nach Ruffowo zurück, von wo er erst im November 1896 nach Stettin verzog. Allerdings hat der Vater des Karl N. diesen letzten Aufenthalt desselben im Elternhaus als einen besuchsweisen bezeichnet. Indes während der Dienstzeit des N. ruhte der Lauf der Frist für den Erwerb und Verlust

des Unterstützungswohnsitzes. Wenn Karl N. aber nach Erfüllung seiner Dienstpflicht an den Ort zurückkehrte, in welchem er bis zu seinem Eintritt in den Militärdienst gelebt hatte, so setzte er eben nur seinen früheren Aufenthalt daselbst fort, auch wenn er sich bereits bei seiner Rückkehr mit der Absicht getragen haben mag, dort nicht wieder dauernd zu bleiben, sondern in eine Stadt zu ziehen. Der Beginn der zweijährigen Abwesenheitsfrist ist daher erst vom November 1896 zu berechnen; sie war noch nicht abgelaufen, als der Stiefsohn des N. am 15. Oktober 1898 der öffentlichen Fürsorge in Baerwalde anheimfiel.

Nr. 5.

Eine Rückkehr, welche nicht von vornherein auf bestimmte Zeit beschränkt war, ist nicht stets als ein zur Unterbrechung der Abwesenheit im Sinne des § 25 R. G. führender Aufenthalt bis auf Weiteres, als gewöhnlicher Aufenthalt, anzusehen; es kommt vielmehr auf die Umstände des Einzelfalls an.

R. G. §§ 13, 25.

Frankfurt a./O. -/- Boosen.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Frankfurt a./O.

Urtheil des Bundesamts vom 2. März 1901.

Gründe:

Der von dem Kläger gegen die abweisende Borentscheidung eingelegten Berufung konnte nicht stattgegeben werden. Allerdings enthält die Rechtsprechung des Bundesamts den Satz: für den Rechtserfolg der Unterbrechung der Abwesenheit genüge es, wenn der Rückkehrende beabsichtigt habe, am früheren Aufenthaltsorte wieder seinen gewöhn-

lichen Aufenthalt zu nehmen, und zwar bis auf Weiteres — nicht bloß auf eine im Voraus bestimmte Zeit oder auf so kurze Zeit, daß nur besuchswaises Verweilen angenommen werden könne. Aus diesem Satze folgt aber nicht, daß ein Aufenthalt, der nicht von vornherein auf bestimmte Dauer beschränkt worden, stets als ein Aufenthalt „bis auf Weiteres“, als gewöhnlicher Aufenthalt, anzusehen sei. Ebensowenig ist eine durchweg anwendbare Rechtsregel in dem Urtheile vom 14. September 1886*) aufgestellt, welches die Ausführung enthält, daß stellenlos gewordene Personen als bis auf Weiteres — also auf unbestimmte, längere Zeit — in die Heimath zurückgekehrt zu betrachten seien, „wenn sie, ohne an einem anderen Orte den Mittelpunkt ihres Lebens zu haben, am Wohnorte der Eltern wieder heimisch sein und bleiben wollen, bis es ihnen gelungen sein werde, eine neue Stellung zu finden“. Es müssen vielmehr stets die besonderen Umstände des Einzelfalls ins Auge gefaßt werden.

Unter diesem Gesichtspunkte kann in dem vorliegenden Falle kein triftiger Zweifel darüber bestehen, daß die seit dem Jahre 1886 stets in Frankfurt a. D. als Gesinde thätig gewesene Bertha W. niemals die Absicht gehabt hat, in Boosßen wieder heimisch zu werden und dort eine Stellung anzunehmen, daß sie vielmehr die Zeiten vorübergehender Stellenlosigkeit lediglich dazu benutzt hat, einige Wochen bei der Mutter in Boosßen zuzubringen, um sich durch Instandsetzung ihrer Kleidungsstücke und Wäsche für eine neue Dienststellung vorzubereiten. Denn sie fühlte sich offenbar in eine Stadt gehörig; insbesondere war Frankfurt a. D. bis 1895 der Ort, den sie als Mittelpunkt ihrer wirthschaftlichen Thätigkeit, überhaupt ihres Lebens betrachtete, haben und behalten wollte.

*) Entsch. 19 S. 19.

Nr. 6.

Ist nach Lage des Falles anzunehmen, daß durch die in etwa halbjährigen Zwischenräumen zur Beschaffung von Kleidungsstücken gezahlten Beträge eine fortlaufende Unterstützung stattgefunden hat?

R. G. §§ 14, 30 Abs. 1b.

Ober-Gruna - Landarmenverband der Stadt Breslau.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Breslau.
Urtheil des Bundesamts vom 1. Dezember 1900.

Gründe:

Der Bezirksausschuß hat den Beklagten zur Erstattung der Pflegekosten verurtheilt, welche von dem Kläger seit dem 29. Dezember 1897 für Ida R., ein uneheliches Kind der landarmen Anna R., aufgewendet sind. Der erste Richter nimmt an, daß ein anderes uneheliches Kind derselben Mutter, Vornamens Elfriede, sich beim Eintritte des streitigen Pflegefalls in Breslau im Zustande dauernder Hilfsbedürftigkeit befunden habe; denn die Unterstützungen, welche diesem Kinde am 21. Dezember 1896, 29. November 1897, 25. April 1898, 12. September 1898 mit je 5 M. bzw. 8 M. gewährt worden sind, seien nicht einmalige, durch eine vorübergehende Nothlage bedingte, sondern wiederholte gewesen und durch andauernde Armuth der Unterstützten wie deren Mutter und Pflegeeltern begründet worden.

Nach den in zweiter Instanz vorgelegten Akten der Armen-Direktion zu Breslau befindet sich Elfriede R. schon seit vielen Jahren bei den U.'schen Eheleuten in Pflege. Weil die Mutter mit dem Pflegegeld im Rückstande blieb, auch der außereheliche Vater des Kindes nichts zahlte, suchte die ihrer Angabe nach mittellose Frau U. bereits im April

1893 eine einmalige Unterstützung nach; es wurden ihr am 3. Mai 1893 6 M. angewiesen. Am 20. März 1896 bat der Vormund des Kindes, „welches vorläufig von den U.'schen Eheleuten unentgeltlich gepflegt worden“, um eine Unterstützung zur Beschaffung eines Anzugs; der Antrag wurde abgewiesen. Als aber die Verhandlungen mit dem Erzeuger des Kindes zu dem Ergebnisse geführt hatten, daß dieser jede Zahlungsverpflichtung ablehnte, und Frau U. um eine einmalige Unterstützung für das Kind, welches sie seit zwei Jahren beköstigt und bekleide, gebeten hatte, wurden ihr am 21. Dezember 1896 5 M. als einmalige Unterstützung zur Bekleidung der Elfriede R. gewährt. Am 5. Februar 1897 bat Frau U. um laufende Unterstützung: sie sei selbst arm und könne das Kind nicht mehr unterhalten. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil es den Grundsätzen der Breslauer Armenverwaltung widerspreche, evangelische Kinder bei katholischen Pflegeeltern (und umgekehrt) in Pflege zu geben; der Frau U. wurde anheimgegeben, das Kind dem Waisenhause zuzuführen. Frau U. mochte sich von dem Kinde nicht trennen; sie beantragte aber am 11. November 1897 wiederum eine einmalige Unterstützung zur Beschaffung warmer Bekleidung für dasselbe. Es wurden ihr darauf am 29. desselben Monats 8 M. bewilligt. Ein am 16. Februar 1898 erneuter Antrag der Pflegemutter auf Gewährung laufender Unterstützung hatte keinen Erfolg; man stellte ihr abermals die Abgabe des Kindes an das Armenhaus anheim. Dagegen wurde ihr am 25. April 1898 die wiederum zur Beschaffung von Bekleidung erbetene Unterstützung als einmalige Unterstützung bewilligt. Dasselbe geschah am 2. September 1898, am 9. Februar, 29. Juni, im Dezember 1899, im Mai 1900.

Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Elfriede R. seit dem November 1897 fortlaufend unterstützt wird. Die U.'schen Eheleute sind nicht im Stande, ihrer-

seits allen Bedürfnissen des Kindes zu genügen; sie müssen die Armenpflege zur Deckung des jährlichen Kleidungsbedürfnisses in Anspruch nehmen; die Armenbehörde gewährt den erforderlichen Zuschuß seit November 1897 durch immer wiederholte Gaben in etwa halbjährigen Zwischenräumen. Seit dem November 1897 ist die Elfriede R. nicht nur als dauernd hilfsbedürftig im Sinne des § 31 des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 anzusehen,*) sie befindet sich auch seit dieser Zeit in fortlaufender Unterstützung des Ortsarmenverbandes Breslau. Daß die Unterstützungen jedesmal als einmalige gewährt worden sind, steht dieser Auffassung nicht entgegen.**)

Der beklagte Landarmenverband, in dessen Bezirke die Armenpflege der Elfriede R. bereits eröffnet war, als deren Schwester Ida in Ober-Gruna hilfsbedürftig wurde, ist deshalb mit Recht auch zur Erstattung der Pflegekosten für Letztere verurtheilt worden.***)

Nr. 7.

Ruhen des Fristenlaufs während der ganzen mehrjährigen Dauer der Behandlung eines an angeborener Hüftgelenksverrenkung leidenden Kindes, insbesondere auch in den Zeiten, in welchen das Kind, mit einem Gipsverband um das Becken und den sonstigen nothwendigen Apparaten versehen, außerhalb der Krankenanstalt bei der Mutter sich aufhielt, ohne in diesen Zeiten vom Arzte beobachtet zu werden.

*) Wohlers-Krech zu § 31 Anmerkung 6.

**) Wohlers-Krech zu § 14 Anm. 2 b.

***) Wohlers-Krech zu § 30 Anm. 16 b.

R. G. §§ 14, 27.**Bonnaf ·-· Hamburg.**I. Inst.: Senatskommission für Angelegenheiten der Armenverbände
zu Hamburg.

Urtheil des Bundesamts vom 30. März 1901.

Gründe:

Mit Recht ist in der von dem Beklagten angefochtenen Vorentscheidung angenommen worden, daß das Kind Gertrud N., welches an einer angeborenen linksseitigen Hüftgelenksverrenkung leidet, deren Beseitigung eine mehrjährige ärztliche Behandlung erheischt, in der ganzen Zeit seit der Aufnahme in das St. Johannesshospital zu Bonn fortgesetzt hilfsbedürftig gewesen, daß insbesondere die Hüftsbedürftigkeit auch in den zwei- bis viermonatigen Zwischenzeiten nicht unterbrochen worden ist, in denen das Kind, mit dem erforderlichen Gipsverband um das Becken und den sonstigen nothwendigen Apparaten und ärztlichen Hilfsmitteln versehen, bei der Mutter in Bonn zugebracht hat.

Weber das auf die Lieferung von Kleidungsstücken in längeren, fast jährigen Zeitabschnitten bezügliche Urtheil des Bundesamts vom 19. Februar 1887,*) noch das Urtheil vom 3. März 1900**) können für die Entscheidung des vorliegenden Falles herangezogen werden. Insbesondere war in dem, der letztgedachten Entscheidung zu Grunde liegenden Falle das Heilverfahren des Unterstützten mit der Amputation des Beines und seiner Entlassung aus dem Krankenhause beendet gewesen; die Gehfähigkeit war durch die Verabfolgung von Krücken wiederhergestellt. Wenn die Krücken später durch einen Stelzfuß ersetzt worden sind, sei es, weil jene abgenutzt waren, sei es, weil man einen

*) Entsch. 29 S. 31.

**) Entsch. 32 S. 28.

solchen Ersatz des fehlenden Beines für zweckmäßiger hielt, so hatten die Krücken doch nicht die Bedeutung eines in der Zwischenzeit angewendeten Heilmittels gehabt. Diesen Charakter haben dagegen im vorliegenden Falle insbesondere die angelegten Gipsverbände. Bei der Natur des Leidens war es geboten, dem verrenkten Hüftgelenke durch feste Verbände für längere Zeit eine unverrückbare Stellung zu geben und während derselben weitere Eingriffe zu vermeiden. Die Behandlung des chronischen Leidens dauerte fort, solange das Kind und die Fortschritte des Heilverfahrens, denen die Verbände dienten, unter ärztlicher Kontrolle blieben. Am Nächsten kommt dem vorliegenden Falle der Thatbestand des Urtheils des Bundesamts vom 4. Dezember 1886,*) wo es sich um eine chronische Krankheit handelt, für welche die verordneten Heilmittel in Zwischenräumen von 10 Tagen bis zu vier Wochen immer von Neuem angefertigt wurden und das Bundesamt die angewendeten Heilmittel als Unterstützung während der ganzen Zwischenzeit angesehen hat. Daß im vorliegenden Falle die Zwischenzeiten längere, und daß das Heilmittel so eingerichtet war, daß es wochen-, ja monatelang der Erneuerung nicht bedurfte, begründet keinen Unterschied in der rechtlichen Auffassung. Die angelegten Verbände sind als das für die Zeit bis zu ihrer Erneuerung erforderliche und bestimmte, dem kranken Kinde als öffentliche Unterstützung gewährte Heilmittel zu betrachten.

Nr. 8.

Eine thatsächlich gewährte Unterstützung gilt als öffentliche im Sinne des R. G. nur, sofern sie von einem Armenverbande zur Erfüllung der

*) Entsch. 19 S. 30.

öffentlichen Unterstützungspflicht, also mit dem Bewußtsein und in der Absicht, Armenpflege zu üben, gewährt ist.

R. G. §§ 14 Abs. 1, 28.

Posen -|- Gnesen.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Bromberg.
Urtheil des Bundesamts vom 22. September 1900.

Gründe:

Eine thatsächlich gewährte Unterstützung gilt als eine öffentliche, das Ruhen des Fristenlaufs gemäß § 14 R. G. bewirkende, nur sofern sie von einem Armenverbande zur Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Unterstützungspflicht gewährt ist. *) Dazu gehört, daß bei der Gewährung die Absicht, Armenpflege zu üben, das Bewußtsein von der armenrechtlichen Hilfsbedürftigkeit des Unterstützten bestanden hat. Diese Voraussetzung hat aber auf Seiten des klagenden Armenverbandes keinesfalls vor dem 1. April 1898 bestanden. Denn auf Grund der Angabe der S. bei ihrer Einlieferung in das Krankenhaus hat der Kläger angenommen, daß das Dienstverhältniß erst am 31. März 1898 sein Ende erreichte und daß in Folge dessen die auf Grund des Dienstboten-Abonnements eingelieferte Kranke bis zu diesem Zeitpunkt auf Kosten des Abonnements zu verpflegen sei. Darüber, daß eine frühere Beendigung des Dienstverhältnisses in Frage komme, ist der Kläger erst weit später unterrichtet worden. Nach seinen Verwaltungsakten ist dies erst im Juni desselben Jahres in Folge der Einsicht in das Dienstbuch geschehen. Mag daher das Dienstverhältniß noch vor oder erst nach dem 17. März 1898 aufgelöst worden sein, — jedenfalls ist der S. die Krankenhauspflege bis zum 31. März 1898 ohne die Absicht

*) Wohlers-Krech Note 5 d zu § 14.

sicht öffentlicher armenrechtlicher Unterstützung gewährt worden. Dann aber liegen zwischen dem spätesten in Frage kommenden Zeitpunkt ihrer Entfernung von Gnesen (17. März 1896) und dem Beginne der öffentlichen Unterstützung mehr als zwei volle unterstützungsfreie Jahre.

Nr. 9.

War nach Lage des Falles die Frau gesetzlich befugt, von dem Manne getrennt zu leben?

R. G. § 17.

König. - Landarmenverband der Provinz Westpreußen.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Danzig.

Urtheil des Bundesamts vom 8. September 1900.

Gründe:

Mit Recht hat der Bezirksausschuß angenommen, daß Frau P., die von ihrem Manne seit Jahren getrennt lebt, hierzu gesetzlich befugt, mithin in Bezug auf Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes als selbständig zu betrachten, und daß demgemäß die ihr seit dem 1. Dezember 1896 in Bromberg gewährte öffentliche Unterstützung nicht als eine mittelbar dem Manne zu Theil gewordene anzusehen ist, also auch für den Landarmenverband Posen keine Verpflichtung begründet, die Erstattung der in König für den Landarmen Ehemann P. seit dem 3. Dezember 1898 entstandenen Krankenpflegekosten zu übernehmen.*) Der beklagte Landarmenverband hat demgegenüber geltend gemacht, daß die der Frau P. angethanen Beleidigungen, da dieselbe länger als ein Jahr die Ehe fortgesetzt habe, ohne ihren Mann auf Scheidung zu verklagen, nach §§ 720,

*) Wohlers-Krech zu § 30 Ann. 16 bß.

Entsch. d. R. A. f. d. Heimathw. Heft 33.

721 Th. II Tit. 1 des Preussischen Allgemeinen Landrechts als verziehen gelten müßten, daher für die Frage: ob Frau B. gesetzlich befugt gewesen sei, von ihrem Manne getrennt zu leben? nicht in Betracht kommen könnten. — Im vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht — wie in der durch Urtheil vom 2. Juni 1894*) entschiedenen Streitfache — um eine einzelne Mißhandlung, sondern um das gesammte Verhalten des Mannes, der, arbeitsfheu und dem Trunke ergeben, Frau und Kinder fortgesetzt gröblich beschimpft und gemißhandelt, auch für die Seinigen in keiner Weise gesorgt hat, überdies schon seit Jahren ohne bestimmten Aufenthalt und regelmäßigen Verdienst ist, übrigens auch vielfach in Krankenhäusern Pflege und Unterhalt gesucht und gefunden hat. Einem solchen Manne konnte die Frau mit Recht die eheliche Folgepflicht versagen. Die Nöthigung der Frau zur Vereinigung mit dem Manne würde dem Wesen der Ehe widerstreiten; ein Verlangen des Mannes nach Herstellung der ehelichen Gemeinschaft würde als ein Mißbrauch seines Rechtes erscheinen.**)

Ar. 10.

Die Ehelichkeit eines vor dem 1. Januar 1900 geborenen Kindes ist nicht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche, sondern nach dem früher geltenden Rechte zu beurtheilen.

R. G. § 18.

Artt. 203, 207—209 des Einführ.Ges. zum B.G.B.

Köln ·|-· Niederembt.

*) Entsch. 26 S. 50 ff.

**) Wohlers-Krech zu § 17 Anm. 6. — (Vergl. auch §§ 1353, 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Köln.
Urtheil des Bundesamts vom 18. Mai 1901.

Gründe:

Für die Frage: „ob ein vor dem 1. Januar 1900 geborenes Kind ein eheliches ist?“ sind nicht die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, sondern die des älteren Rechtes maßgebend. Da der Knabe Johann T. während des Bestehens der Ehe des Engelbert T. mit seiner erst durch Urtheil vom 21. November 1891 von ihm geschiedenen Frau empfangen und zu Ehrenfeld bei Köln im Gebiete des Rheinischen Rechtes geboren worden ist, so ist er nach Art. 312 ff. des code civil als ein von dem Ehemann erzeugtes, eheliches Kind anzusehen.

Ob für die Frage: unter welchen Umständen und von wem die Ehelichkeit des Kindes angefochten werden kann? ebenfalls das ältere Recht (was Habicht in seinem Werke: Die Einwirkung des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf zuvor entstandene Rechtsverhältnisse § 53, 2. Auflage Seite 588, annimmt) oder die §§ 1593—1599 des B.G.B. zur Anwendung kommen, kann im vorliegenden Falle dahingestellt bleiben. Das Einführungsgezet vom 18. August 1896 (R.G.B. S. 604) trifft hierüber in den Artikeln 207 bis 209 keine Bestimmung.*) Es bedarf hierüber deshalb keiner Entscheidung, weil sowohl die älteren Vorschriften im Artikel 312 ff. des code civil als die neueren des B.G.B. §§ 1594 ff. übereinstimmend die Anfechtung der Ehelichkeit eines während des Bestehens der Ehe von der Ehefrau empfangenen und geborenen Kindes zu Lebzeiten des Ehe-

*) Art. 203 a. a. D., nach welchem sich das Rechtsverhältniß zwischen den Eltern und einem vor dem Inkrafttreten des B.G.B. geborenen ehelichen Kinde vom 1. Januar 1900 ab nach dem B.G.B. richtet, gilt nicht für die Beurtheilung der Ehelichkeit selbst und für deren Anfechtbarkeit (Mot. zu Art. 121 des Entw. zum Einf. Ges. S. 291).

manns nur mittelst einer von ihm selbst angestellten Klage, aber nicht durch einen Dritten, wie im vorliegenden Falle den beklagten Armenverband, erfolgen kann.

Da der unterstützte Knabe hiernach als ein eheliches Kind des Engelbert L. gelten muß, und der Mutter bei Scheidung der Ehe die Erziehung des Kindes nach dem Ehescheidungsurtheile nicht zustand (§ 20 des R.G.) so theilt es den Unterstützungswohnsitz des Vaters, der unstreitig im Bezirke des Beklagten besteht.

II. Erstattungsanspruch der Armenverbände.

Nr. 11.

Die Unfähigkeit eines Vaters, seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht zu genügen, begründet dessen eigene armenrechtliche Hülfbedürftigkeit nur, sofern das bedürftige Kind noch seinen Unterstützungssitz theilt. — Unterhaltspflicht des Vaters gegenüber minderjährigen und großjährigen Kindern nach dem Preussischen Allgemeinen Landrecht und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche.

R. G. §§ 28, 30.

Verlinghausen -|. Abbedissen.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Minden.

Urtheil des Bundesamts vom 2. März 1901.

Gründe:

Der Bezirksausschuß irrt, indem er davon ausgeht: Gegenstand des Streites sei die Hülfbedürftigkeit nicht der Caroline L., sondern ihres Vaters, des Zieglers August L. Allerdings sind Eltern sowohl nach dem Allgemeinen Land-

rechte für die preussischen Staaten (§ 64 II. 2), als auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche (§ 1601) verpflichtet, ihren Kindern, die außer Stande sind, sich selbst zu unterhalten, den Unterhalt zu gewähren. Diese Verpflichtung ist auch nicht auf die Zeit beschränkt, während welcher die Kinder unter väterlicher oder elterlicher Gewalt stehen (vergl. A.L.R. § 251 II. 2, B.G.B. §§ 1601 ff.). Der Umstand, daß ein Vater diese Verpflichtung nicht zu erfüllen vermag, begründet jedoch seine eigene Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne nur dann, wenn den Gegenstand der Verpflichtung die Unterhaltung eines Kindes bildet, das in Bezug auf Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes noch nicht selbständig ist, vielmehr den Unterstützungswohnsitz des Vaters theilt (§ 18 R.G.). Nur diese Kinder gehören zur Familie ihres Vaters im armenrechtlichen Sinne.*) Caroline L. war aber, als ihre Unterstützung erfolgte, bereits 30 Jahre alt, also armenrechtlich selbständig. War sie nicht im Stande, sich ihren Unterhalt selbst zu erwerben, und ihr Vater nicht im Stande, sie aus seinen Mitteln zu unterhalten, so war sie selbst, nicht ihr Vater, im armenrechtlichen Sinne hilfsbedürftig.

Diese Voraussetzungen lagen aber zu der hier erheblichen Zeit thatsächlich vor.

Nach dem Gutachten des Dr. med. M. zu Verlinghausen ist Caroline L. zwar körperlich gesund, aber in so hohem Grade schwachsinzig, daß sie vollständig der Fähigkeit ermangelt, gewinnbringende Arbeiten selbständig zu verrichten. Hierdurch widerlegt sich, daß sie durch Lohnarbeiten sich ihren Unterhalt zu beschaffen vermag; sie kann eben nur unter Aufsicht in der Hauswirthschaft der Eltern

*) Vergl. Wohlers-Rech zu § 9 Anm. 2 und zu § 28 Anm. 6a Fußnote ***.

beschäftigt werden, soweit sich hierzu Gelegenheit findet. Der Beklagte hat zwar angegeben, daß der Einlieger L. auch ein Stück Land in Größe von $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{4}$ Hektar gepachtet habe; indessen ist von ihm zugegeben worden, daß dieses unbedeutende Grundstück zu voller Ausnutzung der Arbeitskraft der Caroline L. die Möglichkeit nicht bietet; es kommt hinzu, daß für die Bewirthschaftung des Pachtstücks bereits die Arbeitskraft der 60 Jahre alten Ehefrau des L. zu Gebote steht. Hieraus ergibt sich, daß Caroline L. weder außerhalb noch innerhalb des elterlichen Hausstandes Arbeiten von irgend erheblichem Werthe zu verrichten in der Lage ist, keinesfalls von einem Werthe, der die Kosten ihres Unterhalts erreicht.

Eine Verpflichtung ihres Vaters, sie zu unterhalten, bestand vor dem 1. Januar 1900 nach § 64 und § 252 II. 2 A.L.R. nur, soweit der Vater hierzu vermögend war, nach dem 1. Januar 1900 aber gemäß § 1603 des B.G.B., da sie großjährig ist, nur soweit der Vater im Stande ist, ihr den Unterhalt ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts zu gewähren. Hierzu war indessen der Ziegler L. seit dem Oktober 1899, als die erste Unterstützung in Höhe von 9 M. vom Kläger gewährt worden, nicht im Stande, wenigstens nicht im vollen Umfange, u. s. w.

Nr. 12.

Ob die Unterbringung eines taubstummen Kindes in eine Anstalt als ein Akt der Armenpflege anzusehen ist, bestimmt sich nach den am Orte der vorläufigen Unterstützung geltenden landesgesetzlichen Bestimmungen.

R. G. §§ 28, 30; 1, 8.

Hamburg ·-· Niendorf.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Schleswig.
Urtheil des Bundesamts vom 30. März 1901.

Gründe:

Der Bezirksauschuß hat mit Unrecht den Anspruch des Klägers auf Erstattung der durch die Unterbringung des Knaben Fritz G. in die Taubstummenanstalt zu Hamburg entstandenen Pflegekosten abgewiesen, weil für die Frage, ob diese Kosten erslattbar seien, das Armenrecht des Bundesstaats maßgebend sei, welchem der endgültig fürsorgepflichtige Armenverband angehört. Nach preussischem Rechte gehöre die Ausbildung und der Unterricht Taubstummer nicht zu den Aufgaben der Armenpflege; es komme also nicht darauf an, ob dies in Hamburg der Fall sei.

Diese Ausführungen stehen mit dem § 1 Nr. 1 des R.G. im Widerspruch. Danach ist jeder Norddeutsche (jetzt Deutsche im Geltungsbereiche des Unterstützungswohnsitzgesetzes) in jedem Bundesstaat in Bezug auf Art und Maß der im Falle der Hilfsbedürftigkeit zu gewährenden öffentlichen Unterstützung als Inländer zu behandeln. Art und Maß der Unterstützung richten sich aber gemäß § 8 a. a. O. nach der Landesgesetzgebung. Dementsprechend verordnet § 3 der Hamburgischen Ausführungsverordnung vom 23. Juni 1871:*)

Sinngemäß der Art und des Maßes der zu gewährenden Unterstützung gelten bis auf Weiteres die bisher maßgebenden Bestimmungen und Einrichtungen, und sind namentlich alle Angehörigen derjenigen deutschen Staaten, in welchen das Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz Geltung hat, in dieser Beziehung gleichmäßig zu behandeln.

Nach § 28 des R.G. liegt die Unterstützungspflicht

*) Rrech, Unterstützungswohnsitz, Handausgabe, IV. Auflage S. 112.

gegenüber dem Hilfsbedürftigen dem Ortsarmenverbande des Aufenthalts ob. In Hamburg ist dieser Pflicht gegenüber Angehörigen anderer Bundesstaaten nach den in Hamburg geltenden Vorschriften über die Art und das Maß der Unterstützung ebenso zu genügen, wie gegenüber Hamburgern. Ist Hamburg nicht der Unterstützungswohnsitz des Hilfsbedürftigen, so steht dem Ortsarmenverbande Hamburg nach § 28 Abs. 2 a. a. O. ein Erstattungsanspruch wegen der von ihm pflichtmäßig geleisteten Unterstützung gegen den nach § 30 a. a. O. endgültig fürsorgepflichtigen Armenverband zu, gleichgültig, ob für die Art und das Maß der Unterstützung Hilfsbedürftiger im Bezirke des Letzteren dieselben oder andere Grundsätze gelten. *)

Das Hamburger Gesetz über das Armenwesen vom 18. Mai 1892 (Gesetz-Sammlung Nr. 32) enthält über die Art und das Maß der Unterstützung keine Abänderung der bisher maßgebenden Bestimmungen (§ 3 der Ausführungsverordnung vom 23. Juni 1871). Dagegen finden sich darüber in der revidirten Geschäftsordnung für die Armenpflege der allgemeinen Armenanstalt vom 25. Februar 1897 eingehende Vorschriften, welche sich als eine Zusammenstellung der maßgebenden Bestimmungen darstellen (§§ 40 ff.). Der § 54 bestimmt unter der Randüberschrift IV. Gebrechliche Kinder:

Die direkte Unterbringung von Kindern von Seiten der Armenanstalt ist zulässig bei geistig und körperlich gebrechlichen Kindern. Es dienen hierzu hauptsächlich folgende Anstalten:

1. für Taubstumme: Taubstummenanstalt an der Bürgerweide; sie verfolgt den Zweck, bildungsfähigen, taubstumm geborenen Kindern Erziehung

*) Vergl. Wohlers-Krech zu § 14, Anm. 5 g, zu § 28 Anm. 6 a; sowie das Urtheil des Bundesamts vom 30. September 1899 — Entsch. 32 S. 58.

und Unterricht zu gewähren und sie bis zur Entlassung aus der Schule für das bürgerliche Leben vorzubereiten.

Wenngleich in Hamburg der Schulunterricht für arme Kinder unentgeltlich ist und nicht zu den Aufgaben der Armenpflege gehört, so ist dies anders, wenn es sich um Unterricht und Erziehung taubstummer, blinder und idiotischer, epileptischer, schwachsinntiger Kinder handelt. Das Bundesamt hat bereits wiederholt ausgesprochen, daß das Fehlen ähnlicher Bestimmungen eine erhebliche Lücke in der Gesetzgebung Preußens und anderer Bundesstaaten bilde.*)

Daß der Vater des Knaben, wenn er auch im Stande sein würde, denselben in seinem Haushalte mit zu unterhalten, die Anstaltspflegekosten nicht aufzubringen vermag, ist nach seinen Verhältnissen ohne Weiteres anzuerkennen.

Der Kläger fordert daher mit Recht von dem Beklagten die Erstattung der Anstaltskosten, die sich vom 11. Juni bis 31. Dezember 1900 auf 200 M. belaufen. Da in der Klage der Erstattungsanspruch auf die Zeit bis Ende September 1900 mit 110 M. beschränkt war, so können dem Kläger 4% Zinsen seit der Klagezustellung nur von diesem Betrage zuerkannt werden. Auf die weiteren 90 M. hat der Kläger seinen Antrag erst in der Berufungsschrift erstreckt. Wegen dieses Betrags ist daher der Zinsanspruch erst vom Tage der Zustellung der Berufungsschrift begründet.

Nr. 13.

Wo, wie in Preußen, die Polizeiverwaltung in den Städten vom Bürgermeister oder anderen dazu bestimmten Beamten im Namen des Königs

*) Entsch. 27 S. 57.

geführt wird, sind ihre Beamten zwar Gemeindebeamte, aber nicht Organe der Gemeinde auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung, insbesondere auf dem der Armenpflege, soweit sie nicht neben ihren polizeilichen Funktionen auch mit Angelegenheiten dieser Art ausdrücklich oder stillschweigend in ihrer Eigenschaft als Gemeindebeamte beauftragt worden sind. Die durch einen Polizeibeamten erfolgte Unterbringung eines Obdachlosen ist daher regelmäßig nicht als Armenunterstützung anzusehen.

R. G. §§ 28, 30.

Marienburg -|- Tessenlopf.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Marienwerder.
Urtheil des Bundesamts vom 16. März 1901.

Gründe:

Unstreitig hatte der vom Kläger unterstützte Arbeiter Adam K. den Unterstützungswohnsitz im Bezirke des Beklagten dann verloren, wenn der Zeitpunkt des Beginns der Unterstützung nach dem 31. Oktober 1898 liegt. Der Kläger hat behauptet: die Armenpflege sei bereits am 15. Oktober 1898 eingetreten, weil er an diesem Tage dem damals obdachlosen K. eine Wohnung verschafft und später den Miethszins für diese Wohnung bezahlt habe. Der Bezirksauschuß hat angenommen: eine Beschaffung von Obdach am 15. Oktober 1898 durch den Ortsarmenverband Marienburg oder dessen Organe habe überhaupt nicht stattgefunden; vielmehr sei durch die dortige Polizei die Vermietung einer Wohnung an K. vermittelt worden. Die Armenpflege für K. habe erst im Januar 1899 begonnen, als derselbe den Unterstützungswohnsitz im Bezirke des Be-

flagten bereits durch mehr als zweijährige unterstützungsfreie Abwesenheit verloren gehabt habe. Die Klage ist daher abgewiesen worden.

In der Berufungsschrift ist von dem Kläger bestritten worden, daß die Polizeiverwaltung an der Beschaffung des Unterkommens für R. betheiligt gewesen. Der Polizeikommissar, der hierbei thätig gewesen, sei zu einer Erklärung, daß die Polizeiverwaltung Kosten übernehme, nicht berechtigt, hierzu auch von dem Polizeiverwalter nicht beauftragt gewesen. Eventuell könnten die Maßnahmen desselben nur als ein Akt der öffentlichen Armenpflege betrachtet werden, da die Polizeiverwaltung ein Organ der Gemeinde, als der Trägerin der öffentlichen Armenlast, sei.*) Die Thätigkeit der Polizei habe nur eine vermittelnde sein können. Der Polizeikommissar habe vor seinem Einschreiten Rücksprache mit dem Dezernten in Armensachen und Vorsitzenden der Armendeputation genommen.

Den Ausführungen des Bezirksausschusses hat beigetreten und seine Entscheidung, wie geschehen, bestätigt werden müssen.

Der Arbeiter Adam R. hatte, wie er am 6. März 1899 zu Protokoll erklärt hat, im Oktober 1898 eine Wohnung bei der Wittwe S. in Marienburg (Stadt Kalthof Nr. 29) gemiethet. Als er am 17. Oktober einziehen wollte, verweigerte ihm die Vermietherin den Einzug, weil er eine zu große Familie habe. Er meldete sich in Folge dessen im Rathhause als obdachlos, versprach, die Wohnungsmiethe selbst zu zahlen, stellte aber keine weiteren Anträge auf Unterbringung. Der Polizeikommissar S. ertheilte in Folge dessen dem Polizeisergeanten A. folgenden schriftlichen Auftrag:

„Sorgen Sie doch dafür, daß R. in Kalthof, dort wo er die Wohnung gemiethet hat, Unterkunft findet.

*) Entsch. 32 S. 151.

Wir haben die Verpflichtung für Obdachlose zu sorgen. Eventuell bezahlt der Magistrat die Miethe“.

Am 16. Januar 1899 verlangte der Schuhmachermeister W. in Marienburg, Schloß Kalthof Nr. 27, wohnend, von dem Magistrat zu Marienburg die Zahlung von 16,50 M. rückständiger Miethe des K. mit der Behauptung, daß er letzterem in Folge einer Vermittelung des Polizeisergeanten A., der das erwähnte Schreiben des Polizeikommissars vorgezeigt habe, eine Wohnung gegen einen Miethszins von 22,50 M. vierteljährlich vermietet habe, welcher von K. nur in Höhe von 6 M. berichtigt worden sei. Nachdem hierauf am 1. März 1899 Ermittlungen über die Verhältnisse des K. angeordnet worden waren, wies der Kläger am 10. März 1899 die Zahlung von 16,50 M. Wohnungsmiethe an W. an; er verlangte von dem Beklagten Erstattung mit der Angabe, daß dem K., weil er am 15. Oktober 1898 obdachlos gewesen, ein Unterkommen im Wege der Armenpflege habe verschafft werden müssen.

Es ergibt sich aus diesen Vorgängen, daß die Armenpflege für K. nicht vor dem März 1899 eingetreten ist. K. hatte eine Wohnung in Marienburg gemiethet und die polizeiliche Vermittelung am 15. Oktober 1898 nachgesucht, weil er am Einzuge in die Wohnung durch die Vermietherin gehindert wurde. Der Auftrag, den der Polizeikommissar hierauf dem Polizeisergeanten A. ertheilt hat, war lediglich darauf gerichtet, dafür zu sorgen, daß K. in der Wohnung, die er in Kalthof gemiethet hatte, Unterkunft finde. Der zweite Satz des Schreibens stellt nur eine Meinungsäußerung des Polizeikommissarius dem Polizeisergeanten gegenüber dar, nicht aber einen Auftrag, für Rechnung der Stadtgemeinde eine Wohnung zu miethen. Hierzu wäre der Polizeikommissarius, wenn er nicht seinerseits einen entsprechenden Auftrag von dem Magistrat oder dem Polizeiverwalter erhalten hatte, gar nicht berechtigt ge-

wesen. Der Polizeiergeant A. hat auch, nach der schriftlichen Erklärung des Schuhmachermeisters B., nicht einen Miethsvertrag Namens der Polizeiverwaltung oder der Stadtgemeinde mit ihm abgeschlossen, sondern nur einen solchen zwischen B. und R. vermittelt. Eine Bürgschaft für die Zahlung der Miethe Namens der Stadtgemeinde zu übernehmen, war er weder befugt noch beauftragt. Daß ein solcher Auftrag etwa von dem Vorsitzenden der Armendeputation ertheilt worden sei, hat der Kläger nicht behauptet. Er hat nur geltend gemacht, daß zwischen jenem und dem Polizeikommissarius eine Rücksprache stattgefunden habe, bevor dieser dem A. den erwähnten schriftlichen Auftrag ertheilte.

Endlich ist auch die Annahme des Klägers irrig, daß die Handlungsweise des Polizeikommissarius S. ein Einschreiten des Ortsarmenverbandes Marienburg deshalb darstelle, weil die dortigen Polizeibeamten als Gemeindebeamten auch Organe des dortigen Ortsarmenverbandes seien. Aus der von dem Kläger hierfür angezogenen Entscheidung des Bundesamts kann dies nicht gefolgert werden. Jene Entscheidung befaßt sich nur mit der Frage: unter welchen Umständen eine durch die Polizeibehörde bewirkte Abschiebung eines Hilfsbedürftigen für die Gemeinde, deren Organ die betreffende Polizeibehörde ist, in ihrer Eigenschaft als Ortsarmenverband Verbindlichkeiten erzeuge? Nicht aber ist dort ausgesprochen worden, daß auch jede Unterstützung, welche einem Hilfsbedürftigen von einem Polizeibeamten gewährt wird, der Gemeindebeamter ist, als eine von dem dortigen Ortsarmenverbande gewährte Unterstützung anzusehen sei. Ueberdies ist die Stellung der Polizeibeamten innerhalb des Behördenorganismus im Königreiche Preußen nicht die gleiche, wie in der freien Stadt Hamburg, auf welche sich die erwähnte Entscheidung bezieht. In Preußen wird die örtliche Polizeiverwaltung nach dem

Polizeiverwaltungsgefetze vom 11. März 1850 von den nach den Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze dazu bestimmten Beamten (Bürgermeistern u. f. w.) im Namen des Königs geführt. Durch sie wird stets eine Aufgabe des Staates erfüllt. Wo diese den Vorstehern der Gemeinden durch das Gesetz übertragen ist, verwalten sie die Polizei nicht als eine kommunale Angelegenheit der Gemeinden, sondern als eine ihnen delegirte staatliche Angelegenheit. Nur die Verpflichtung, die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung zu bestreiten, aber nicht diese Verwaltung selbst, liegt nach § 3 des bezeichneten Gesetzes den Gemeinden ob. Die Polizeiverwaltung ist hiernach gesetzlich, ebensowenig wie ihr Beamtenpersonal, ein Organ der Gemeinde; ihre Beamten sind zwar Gemeindebeamte, aber nicht Organe der Gemeinde auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung und auf dem der Verwaltung der Armenpflege in der Gemeinde, soweit sie nicht neben ihren polizeilichen Funktionen auch mit Angelegenheiten dieser Art ausdrücklich oder stillschweigend in ihrer Eigenschaft als Gemeindebeamte beauftragt worden sind. Hierbei kann dahingestellt bleiben, unter welchen Umständen auch im Königreiche Preußen eine Hilfsbedürftigkeit, die zur Kenntniß eines solchen Polizeibeamten gekommen ist, der gleichzeitig in Folge eines solchen ausdrücklich oder stillschweigend erteilten amtlichen Auftrags ein Organ des Ortsarmenverbandes ist, als dem Ortsarmenverbande gegenüber hervorgetreten zu gelten hat, und unter welchen Umständen Handlungen von Polizeibeamten gegenüber Hilfsbedürftigen eine Verpflichtung des Armenverbandes, in dessen Bezirke sie vorgenommen worden sind, deshalb begründen können, weil dieser seine Armenverwaltung in unzureichender Weise organisiert hat.*) Im vorliegenden Falle hatte eine Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne überhaupt nicht bestanden. Ebensowenig

*) Entsch. 30 S. 72—74.

war zur Beseitigung einer solchen eine Unterstützung gewährt worden. Der Polizeisergeant A. hat nicht für Rechnung des Ortsarmenverbandes eine Wohnung gemiethet, sondern nur einen Miethsvertrag, wie bereits erwähnt, vermittelt. Sollte der Polizeikommissarius S. den A. beauftragt haben, zur Beseitigung einer vorübergehenden Obdachlosigkeit des damals erwerbsfähigen und an sich nicht hilfbedürftigen K. diesem Obdach zu verschaffen, so würden die hieraus erwachsenen Kosten möglicher Weise als sächliche Kosten der Polizeiverwaltung der Stadtgemeinde Marienburg zur Last fallen, aber nicht den dortigen Ortsarmenverband belasten.

Nr. 14.

War nach Lage des Falles die Behandlung eines Kranken durch einen Arzt als Armenpflege und der Arzt als Organ des Armenverbandes anzusehen?*)

R. G. §§ 28, 30.

Kempen -|- Ligota.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Posen.
Urtheil des Bundesamts vom 2. Februar 1901.

Gründe:

Der Bezirksausschuß hat die Klage, mit welcher der Kläger Erstattung von 15 M. Kosten für ärztliche Behandlung der Wittwe K. und ihrer Tochter Pauline durch den Dr. L. verlangte, abgewiesen, weil dieser Arzt kein Organ der Armenverwaltung gewesen, daher die ärztliche Behandlung nicht im Wege der öffentlichen Armenpflege erfolgt sei. Dieser Auffassung konnte, nachdem durch Ver-

*) S. auch unten Nr. 33 S. 72.

nehmung des Dr. L. Beweis erhoben worden war, nicht beigetreten werden. Nach seinem Zeugniß ist es in Kempen üblich, daß die im armenrechtlichen Sinne hilfsbedürftigen Personen in Krankheitsfällen sich an irgend einen der dortigen Aerzte wenden; die von dem Arzte ausgestellten Rezepte werden zum Magistrat gebracht, wo auf ihnen vermerkt wird, daß die Anfertigung der Medizin auf Kosten der Stadtgemeinde erfolgen könne; die Aerzte reichen viertel- oder halbjährlich ihre Rechnungen für die Behandlung solcher hilfsbedürftigen Personen dem Magistrat ein, und erhalten sie dann von diesem bezahlt. Die Wittwe K. — so lautet die weitere Aussage des genannten Arztes — habe er von Ende Dezember 1898 bis Anfang Januar 1899, deren zehn- bis dreizehnjährige Tochter habe er von Oktober bis Dezember 1898 ärztlich behandelt. Daß dieselben hilfsbedürftig im armenrechtlichen Sinne waren, sei ihm bei Beginn der Behandlung nicht bekannt gewesen, wenngleich er gewußt habe, daß die Wittwe K. eine arme Arbeiterfrau war, die mehrere Kinder hatte. Als das erste von ihm verschriebene Rezept ohne Weiteres auf Kosten der Stadt angefertigt worden, habe er hieraus entnommen, daß Frau K. und ihre Tochter im armenrechtlichen Sinne hilfsbedürftig seien, und daraufhin seine Rechnung dem Magistrat eingereicht.

Unter den vom Zeugen dargelegten thatsächlichen Verhältnissen sind die Aerzte in Kempen, wenn sie mit Rücksicht auf das dort übliche Verfahren hilfsbedürftigen Personen ärztliche Behandlung zu Theil werden lassen, als Organe der dortigen Armenverwaltung anzusehen. Sie handeln dann auf Grund der ihnen vom dortigen Armenverbande stillschweigend ertheilten allgemeinen Ermächtigung, solchen Personen, die hilfsbedürftig im armenrechtlichen Sinne sind, ärztliche Hülfe auf Rechnung des Armenverbandes auch ohne besonderen Auftrag zu gewähren. Daß

Dr. L. vor dem Verschreiben des ersten Rezepts für die Pauline K. noch nicht davon bestimmte Kenntniß hatte, daß diese und ihre Mutter hilfsbedürftig im angegebenen Sinne waren, schließt den Charakter der Armenpflege für seine Hülfeleistung nicht aus, weil objektiv armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit vorgelegen hatte und der Arzt offenbar für den Fall, daß diese später festgestellt werden sollte, auch für Rechnung der Armenverwaltung seine Thätigkeit hat ausüben wollen.

Nr. 15.

Es ist unzulässig, wenn ein Armenverband den zum Unterhalt eines Kindes gesetzlich nicht verpflichteten Pfleger desselben durch die Drohung, das Kind ihm abzunehmen, zu bestimmen sucht, auf die nachgesuchte Beihilfe zu verzichten.

R. G. §§ 28, 30.

Norderbrarup - Gut Rundhof.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Schleswig.
Urtheil des Bundesamts vom 13. Oktober 1900.

Gründe:

Der Beklagte ist als Armenverband des Unterstützungswohnhauses verurtheilt worden, dem Kläger die für den Knaben Jakob B. seit dem 10. Oktober 1898 aufgewendeten Unterstützungskosten mit monatlich 5 M. sowie die ferner entstehenden Unterstützungen zu erstatten. Er hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, weil der Vormund und Pflegevater des Knaben vorher vor dem Königlichen Amtsgerichte zu Kappeln und auch später bei seiner Vernehmung im Prozeßverfahren erklärt habe, daß er das Kind auch ohne jede Beihilfe bei sich behalten werde, da er es nicht missen wolle.

Die Vorentscheidung hat indeß aufrecht erhalten werden müssen.

Denn, nachdem der Vormund und Pflegevater des Knaben um eine Beihülfe zu dessen Unterhalt gebeten hatte, durfte der Kläger ihm eine solche nicht versagen. Namentlich wäre es durchaus unzulässig gewesen, wenn der Kläger den Vormund durch die Drohung, daß er das Kind fortnehmen werde, wenn jener es nicht umsonst behalte, — zu bestimmen versucht hätte, auf die nachgesuchte Beihülfe zu verzichten. Daß der Kläger schon vorher vor dem Amtsgericht und später bei seiner Vernehmung im Prozeß erklärt hat, er wäre im Stande, sein Mündel auch ohne öffentliche Unterstützung zu erhalten, und wenn er gezwungen werden sollte, den Knaben herauszugeben, würde er lieber auf eine Beihülfe verzichten, — steht dem Erstattungsanspruche des Klägers nicht entgegen. Denn der Vormund hat solche Erklärung dem Kläger gegenüber nicht abgegeben; aber auch wenn er es gethan hätte, würde der Kläger deshalb den Unterstützungsantrag nicht haben ablehnen dürfen, weil der Vormund nicht verpflichtet war, den Knaben aus seinen Mitteln zu unterhalten. Zweifellos würde er diesen nicht haben verkommen lassen, wenn der Kläger die erbetene Beihülfe verweigert hätte; allein auch diese Erwägung hätte den Kläger nicht berechtigt, die Unterstützung zu versagen; denn er durfte seine Unterstützungspflicht nicht auf einen Nichtverpflichteten abwälzen.*)

Nr. 16.

Die Nothwendigkeit der Armenunterstützung ist anzuerkennen, wenn der vermögenslose Vater eines erkrankten Kindes außer Stande ist, von

*) Vergl. Entsch. 21 S. 120—123.

seinem Arbeitsverdienste den für die Aufnahme desselben in ein Krankenhaus erforderlichen Kostenvorschuß aufzubringen.

R. G. §§ 28, 30.

Bismarck -|- Gut Gortziken.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Gumbinnen.
Urtheil des Bundesamts vom 19. Januar 1901.

Gründe:

Der Anspruch des Klägers auf Erstattung der Kosten für Krankenhauspflege des Kindes des Fabrikarbeiters A. ist in erster Instanz abgewiesen worden, weil der Vater von seinem Verdienste diese Kosten ohne weitere Beeinträchtigung hätte zahlen können. Diese Entscheidung hat auf die Berufung des Klägers, wie geschehen, abgeändert werden müssen.

Nach den Verwaltungsakten des Klägers hat A. am 24. Oktober 1898 die Aufnahme seines an tuberkulöser Kniegelenkentzündung leidenden, einer Operation und langdauernder ärztlicher Behandlung bedürftigen Sohnes in das Krankenhaus unter der Angabe erbeten, daß er nicht die Mittel besitze, die entstehenden Kosten zu tragen. Vermögen besaß er nicht; sein Tagesverdienst, von welchem ihm nach Abzug der Miete monatlich nur 51 M. übrig blieben, reichte zum Unterhalte seiner aus der Frau und vier Kindern bestehenden Familie nur eben hin, ermöglichte ihm aber nicht, die an das Krankenhaus für seinen Sohn zu entrichtenden Kosten zu tragen, geschweige denn dem Krankenhause den üblichen Vorschuß von 20 M. zu zahlen. Einen solchen Vorschuß zu fordern, war die Verwaltung des evangelischen Krankenhauses zu Gelsenkirchen aber berechtigt, da ihr andernfalls jede Sicherheit gefehlt hätte, von dem vermögenslosen A. den Ersatz ihrer Aufwendungen zu erhalten;

ebensowenig konnte der Krankenhausverwaltung zugemuthet werden, sich auf tägliche oder wöchentliche Berechnung mit A. einzulassen. *) Der Kläger war deshalb verpflichtet, mit seiner Hülfe einzutreten, und fordert den Ersatz seiner Auslage mit Recht von dem Beklagten, als dem Armenverbande des Unterstützungsmohnsitzes.

In demselben Sinne hat das Bundesamt auch in der Streitsache Spandau -|- Espenhöhe (Urtheil v. 29. Septbr. 1900) entschieden.

Nr. 17.

Bei einem, seinem Alter entsprechend entwickelten Knaben von 14 Jahren kann ohne Nachweis besonderer Umstände nicht angenommen werden, daß er außer Stande sei, sich seinen Unterhalt selbst zu erwerben.

R. G. §§ 14, 27, 28.

Frankfurt a./M. -|- Landarmenverband des Reg.-Bez. Wiesbaden.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Wiesbaden.

Urtheil des Bundesamts vom 18. Mai 1901.

Gründe:

Der frühere Photograph Rudolf S. fiel mit seiner Familie im März 1900 in Frankfurt a. M. der Armenpflege anheim. Dort hatte er zuletzt vom 22. Mai 1896 bis 16. Oktober 1899 gewohnt und war für seine Person vom 30. September 1896 bis zum 6. Juli 1897 unterstützt worden. Diese Kosten hat der beklagte Landarmenverband erstattet; ebenso die Kosten, welche der Kläger in der Zeit vom August 1893 bis 31. März 1896 als Unterhaltsbeihilfe für den am 7. Mai 1882 geborenen

*) Vergl. Entsch. 22 S. 75, 76, 27 S. 38.

Knaben Fritz K., einen Stiefsohn des S., an den Vorstand des Pestalozzivereins gezahlt hat. Im Frühjahr 1896 wurde der Knabe konfirmirt; nach der Konfirmation sollte er bei einem Schreinermeister in die Lehre treten. Der Vorsitzende des Pestalozzivereins hat, weil seine eigenen Mittel knapp, mit der Ausbildung des Knaben aber nicht unbedeutende Kosten verbunden seien, um Weitergewährung des bisher gezahlten Beitrags. Der Landesdirektor von Wiesbaden bewilligte Namens des Landarmenverbandes ein Lehrgeld von im Ganzen 150 M. für eine dreijährige Lehrzeit; er hat auch dem Pestalozzverein für drei Jahre vom April 1896 ab jährlich 50 M. gezahlt.

Der Streit der Parteien beschränkt sich darauf, ob durch diese Zahlungen verhindert worden ist, daß S. in der Zeit vom 6. Juli 1897 bis zum 16. Oktober 1899 die Landarmeneigenschaft verlor und den Unterstützungswohnsitz in Frankfurt a. M. erwarb. Der Bezirksauschuß zu Wiesbaden hat die Frage zu Ungunsten des Klägers entschieden und denselben mit dem Erstattungsanspruch abgewiesen. Denn die Unterbringung in eine Lehrstelle sei in erster Linie zum Zwecke der Ausbildung geschehen; der Kläger habe auch nicht behauptet, daß der Knabe nicht gesund und seinem Alter entsprechend kräftig und arbeitsfähig gewesen sei; es müsse unter den heutigen sozialen Verhältnissen daran festgehalten werden, daß ein mit normalen Körperkräften ausgestatteter Mensch nach Vollendung des 14. Lebensjahrs im Stande sei, sich den nothdürftigen Lebensunterhalt selbst zu erwerben.

Der gegen diese Entscheidung eingelegten Berufung mußte der Erfolg versagt werden.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der beklagte Landarmenverband, wie bei der Erstattung der bis zum April 1896 dem Pestalozzverein für den Knaben gezahlten Beiträge, so auch bei der Zahlung der als Lehrgeld für drei

Jahre bewilligten 150 M. von der Meinung ausgegangen ist, einer armenrechtlichen Verpflichtung zu genügen. Denn selbst, wenn der Beklagte, als er sich zur Zahlung des Lehrgeldes bereit erklärte, eine solche Auffassung ausgesprochen hätte, würde der Unterstützung der Charakter einer armenrechtlich bedeutsamen nur dann beigegeben werden können, wenn Fritz K. außer Stande gewesen wäre, sich seinen Unterhalt selbst zu verdienen. In dieser Beziehung enthalten die Verwaltungsakten des Klägers keine Andeutung dafür, daß der Knabe, als er im Jahre 1893 dem Pestalozziverein zur Erziehung übergeben wurde, in körperlicher Beziehung nicht seinem Alter entsprechend entwickelt gewesen wäre; der Grund der Unterbringung in der Erziehungsanstalt zu Weinheim beruhte allein darin, daß der Knabe, von den Eltern verlassen, keine Schule besucht hatte und völlig verwahrloßt war. Wenn er nach dreijährigem Aufenthalt in der Erziehungsanstalt sich soweit entwickelt hatte, daß er zu einem Schreinermeister in die Lehre gegeben werden konnte, so beweist diese Thatfache ohne Weiteres, daß Fritz K. körperlich seinem Alter entsprechend arbeitsfähig gewesen ist. Daß es ihm unter solchen Umständen unmöglich gewesen sein sollte, sich in Frankfurt oder an einem anderen Orte den nothdürftigen Unterhalt selbst zu erwerben, wird durch die gutachtliche Aeußerung des Geschäftsführers der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle zu Frankfurt vom 11. Februar 1901 nicht dargethan, widerspricht auch den Erfahrungen des Lebens, welche im Gegentheil bezeugen, daß zahlreiche Knaben in Stadt und Land nach Vollendung des schulpflichtigen Alters sich ihr Brot selbst verdienen müssen und auch verdienen. Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß Fritz K. bei Beginn der für die Frage des Unterstützungsmohnsitzes in Betracht kommenden Frist am 6. Juli 1897 bereits über 15 Jahre alt war.

Wenn der Knabe auch in seiner Lehrstelle durch den Pestalozziverein mit Kleidung, Wäsche, Schuhzeug u. s. w. versehen werden mußte, und der Landarmenverband hierzu aus seinen Mitteln dem Verein eine Beihilfe von jährlich 50 M. gewährt hat, so kann aus den angeführten Gründen darin eine armenrechtlich nothwendige Unterstützung nicht gesehen werden.

Nr. 18.

Nachtragszahlungen haben nicht den Charakter von Armenunterstützungen, auch wenn sie durch eine Beschwerdeentscheidung der zuständigen Behörde nur für die Zeit seit Unbringung der Beschwerde angeordnet sind.

R. G. §§ 28, 30.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Danzig.
Urtheil des Bundesamts vom 22. Juni 1901.

Gründe:

Der Bezirksausschuß zu Marienwerder hat auf die im Dezember 1899 von dem ehemaligen Schiffseigner Jakob H. wegen ungenügender Armenunterstützung angebrachte Beschwerde am 21. März 1900 angeordnet, daß Thorn, als Armenverband des Aufenthaltsorts, die dem H. bisher gewährte Unterstützung von 6 M. für die Wintermonate vom 1. Dezember 1899 ab auf 9 M. monatlich zu erhöhen und die erhöhte Unterstützung von jenem Tage an nachzuzahlen habe. Auf Anweisung des Königlich Regierungspräsidenten hat Thorn für die Zeit vom 1. Dezember 1899 bis 31. März 1900: 12 M. nachgezahlt.

Der Beklagte hat die Erstattung abgelehnt, weil derartige Nachzahlungen als Armenunterstützungen nicht zu betrachten seien. Dagegen ist von dem Bezirksausschuß in

erster Instanz ausgeführt worden, daß, wenn auch dieser Grundsatz im Allgemeinen zutreffe, doch „die Auslegung der grundlegenden Prinzipien der Armenpflege und des Umfanges des zwischen den Armenverbänden bestehenden Pflichtenkreises zum Schaden des Hilfsbedürftigen nicht so weit führen dürfe, daß berechtigte Ansprüche desselben bis zur Erledigung der zeitraubenden Beschwerdeinstanzen gänzlich aufgehoben werden, dolose Verschleppungen oder Herabsetzungen den Armenverbänden ungerechtfertigte Ersparnisse auf Kosten des Hilfsbedürftigen einbringen und auch Letztere bis zur Anerkennung ihrer gerechtfertigten Bedürfnisse dem größten Mangel und schweren Entbehrungen unter Beeinträchtigung ihrer zukünftigen Lebenslage ausgesetzt bleiben sollen“. Die Dringlichkeit der Beschwerde sei durch den einer Nachzahlung der Unterstützung für vier Monate anordnenden Bescheid des Bezirksausschusses anerkannt worden. Demgemäß ist der Beklagte, da die Eigenschaft des G. als Landarmer feststeht, zur Erstattung der 12 M. verurtheilt worden.

Diese Entscheidung hat nicht aufrecht erhalten werden können.

Der in den früheren Entscheidungen des Bundesamts (Heft 21 S. 25 und 24 S. 32) aufgestellte Grundsatz, daß Nachtragszahlungen für einen Zeitraum, in welchem ein Hilfsbedürftiger ohne Beihülfe aus Mitteln der Armenpflege gelebt hat, als Armenunterstützungen im Sinne des Gesetzes überhaupt nicht betrachtet werden können, — gilt nicht nur für die Rechtsbeziehungen der Armenverbände unter einander, sondern auch für das Verhältniß der Armenpflege zu dem Hilfsbedürftigen. Die Unterstützungspflicht der Armenverbände beruht auf völlig anderer Grundlage als der civilrechtliche Unterhaltsanspruch eines Bedürftigen. In dem letzteren Falle ist der Unterhaltsberechtignte Subjekt eines obligatorischen Anspruchs auf

Unterhaltsgewährung; in dem ersteren Falle ist der Hülfsbedürftige Objekt einer den Armenverbänden im öffentlichen Interesse auferlegten Verpflichtung. Dieses Interesse geht dahin, daß Niemand, weil er außer Stande ist, sich den nothdürftigen Lebensunterhalt selbst zu beschaffen, zu Grunde gehe. Daraus ergibt sich von selbst, daß es für einen Zeitraum, in welchem diese Folge nicht eingetreten ist, an jedem öffentlichen Interesse fehlt, Armenunterstützung eintreten zu lassen. Gewiß kann ein pflichtvergessener Armenverband durch Unterlassung einer nothwendigen Unterstützung auch den Armen selbst schädigen. Indeß daraus folgt nicht, daß diesem die zu Unrecht vorenthaltene Unterstützung nachgezahlt werden muß. Denn einen civilrechtlichen Anspruch auf Unterstützung hat der Arme nicht, und ein öffentliches Interesse ist für solche Nachzahlung nicht anzuerkennen. Dolose Verschleppungen oder Herabsetzungen sind im Disziplinarwege zu rügen. Hat die Nichtgewährung der Unterstützung etwa zur Folge gehabt, daß die Gesundheit des Armen geschädigt worden ist, so würde, je nach Lage des Falles, durch Festsetzung einer einmaligen außerordentlichen Unterstützung oder durch eine der etwa vermehrten Hülfsbedürftigkeit entsprechende höhere Unterstützung in der Zukunft Abhülfe zu schaffen sein. Daß im vorliegenden Falle der Unterstützte durch die Vorenthaltung einer Mehrunterstützung von 3 M. monatlich irgend welchen Schaden erlitten habe, ist nicht ersichtlich.

Allerdings gewährt das Bürgerliche Gesetzbuch dem Unterhaltsberechtigten einen Anspruch auf Erfüllung oder Schadensersatz wegen Nichterfüllung für die Vergangenheit von der Zeit an, zu welcher der Verpflichtete in Verzug gekommen oder der Unterhaltsanspruch rechtshängig geworden ist (§ 1613). Indeß bei dem civilrechtlichen Unterhaltsansprüche handelt es sich nicht nur um einen im Rechtswege verfolgbaren Anspruch, sondern auch um Gewährung

des über die bloße Nothdurft hinausgehenden standesmäßigen Unterhalts. Die unberechtigte Vorenthaltung dieses Unterhalts von Seiten des Verpflichteten muß hier dazu geführt haben, daß der Berechtigte entweder Schulden gemacht, oder die öffentliche Armenpflege angerufen, oder sich auf das Nothdürftigste eingeschränkt hat. Ein im armenrechtlichen Sinne Hilfsbedürftiger hat sich aber stets mit dem Nothdürftigsten zu begnügen; er mag wohl, wenn ihm eine zu bestimmter Zeit zahlbare Unterstützung zugesichert ist, bis zu deren Höhe auch Kredit finden; nicht aber kann durch solche Erwägung die Nachzahlung einer Armenunterstützung überhaupt oder auch nur von dem Zeitpunkte des Einganges der Beschwerde gerechtfertigt werden. Denn hat der Arme, trotz Verweigerung der Unterstützung durch den Ortsarmenverband, noch Kredit gefunden, um sich den nothdürftigsten Unterhalt zu beschaffen, so würde seine armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit in Zweifel zu ziehen sein; ist er aber durch die Privatwohlthätigkeit mit dem Nothdürftigen versehen, so ist ihm — wenngleich von anderer Seite — zu Theil geworden, was ihm vom armenrechtlichen Standpunkte zu gewähren war.

Die Vorentscheidung hat deshalb, wie gesehen, abgeändert werden müssen.

Rr. 19.

Dadurch, daß Jemand die zu seiner Verfügung stehenden und zur Bezahlung der Krankenpflege ausreichenden Mittel (Pension) zu diesem Zwecke nicht verwenden will, wird armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit nicht begründet.

R. G. §§ 28, 30.

Berlin · Deutsch-Wilmersdorf.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Potsdam.
Urtheil des Bundesamts vom 9. Februar 1901.

Gründe:

Der Bezirksausschuß hat den Anspruch des Klägers auf Erstattung der ihm durch die Krankenhauspflege des Eisenbahn-Stationsassistenten a. D. A. erwachsenen Kosten mit Recht zurückgewiesen, weil A. während der Zeit der ihm gewährten Pflege nicht im armenrechtlichen Sinne hilfsbedürftig war. Eine solche Hilfsbedürftigkeit war dadurch ausgeschlossen, daß dem A., als er in das Krankenhaus im Friedrichshain am 7. September 1899 aufgenommen wurde, in der für diesen Monat noch nicht abgehobenen Pension von monatlich 62,50 M. bereite Mittel zur Verfügung standen, um die außerhalb der Armenpflege tarifmäßig 2 M. täglich betragenden Kosten des Aufenthalts im Krankenhaus bestreiten zu können.

Sein Anspruch auf die Pension war auch bei er Aufnahme in das Krankenhaus von A. angegeben worden, daher dem Kläger bei Einleitung der Armenpflege bekannt. Der Kläger hat somit seine Fürsorge einer erkennbar nicht hilfsbedürftigen Person gewährt, so daß er Erstattung der dennoch aufgewendeten Mittel von dem Armenverbande des Unterstützungswohnhauses zu fordern nicht berechtigt ist.

Dadurch, daß eine armenrechtlich nicht hilfsbedürftige Person die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht zu der für sie nothwendigen Pflege verwenden will, wird — wie der Bezirksausschuß richtig bemerkt hat — eine armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit nicht begründet. Deshalb ist eine Erörterung der Frage entbehrlich: ob der Kläger gegenüber der Weigerung des A., die Pension abzuheben, die geeigneten Mittel ergriffen hat oder nicht? Gelang es dem Kläger nicht, die Pension zur Deckung der Pflegekosten heranzuziehen, und gestattete der Gesundheitszustand des A.

nicht, demselben die Krankenhauspflege zu entziehen, so müssen die Kosten der letzten demjenigen zur Last fallen, der sie thatsächlich aufgewendet hat. Ein Erstattungsanspruch aus dem Armenrecht ist jedenfalls nicht gegeben.

Nr. 20.

Begründete nach Lage des Falles die Unterbringung eines den Eltern entlaufenen Knaben das Einschreiten der Armenpflege?

R. G. §§ 28, 30.

Beuthen -|- Lipine.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Oppeln.

Urtheil des Bundesamts vom 5. Januar 1901.

Gründe:

Das Bundesamt hat kein Bedenken getragen, ohne Weiteres anzuerkennen, daß der seit vier Tagen seinen Eltern entlaufene, mittellose elfjährige Vinzent N. im armenrechtlichen Sinne hilfsbedürftig gewesen ist, und daß der Kläger durchaus sachgemäß gehandelt hat, indem er demselben — zumal in dem rauhen Novembermonat — durch Aufnahme im Waisenhaus Obdach und Pflege gewährte, nachdem die Versuche, ihn seinen angeblich in Beuthen bezw. Neu-Beuthen wohnhaften Eltern zuzuführen, mißlungen waren, weil sich die Angaben des Knaben über den Wohnort seiner Eltern als unwahr erwiesen.

Allerdings gehört es zu den Aufgaben der Polizei, zu verhindern, daß Kinder bettelnd von Haus zu Haus gehen. Sie genügt dieser Aufgabe bei Kindern, welche den unterhaltungspflichtigen Eltern nicht zugeführt werden können, dadurch, daß sie dieselben der Armenbehörde überweist, deren öffentlich-rechtliche Verpflichtung es ist, sich solcher Personen anzunehmen, die weder durch eigene Arbeitskraft oder aus

eigenen Mitteln sich zu unterhalten vermögen, noch diesen Unterhalt von dazu verpflichteten Angehörigen erhalten. Die Armenbehörde hat diesen Unterhalt so lange zu gewähren, als der Hilfsbedürftigkeit nicht durch Heranziehung unterhaltspflichtiger Personen ein Ende gemacht werden kann. Deshalb gehörte es auch zu den Obliegenheiten der Armenbehörde zu Beuthen, nach dem Aufenthalte der Eltern des Knaben zu forschen; es entsprach der Sachlage, daß der Kläger zunächst durch Anfrage in Kopanina feststellte, ob die Angabe des Knaben über den Wohnort der Eltern wahr sei. Ebenso war es angemessen, daß der Kläger die Gemeindebehörde zu Kopanina aufforderte, für die Abholung des Knaben durch seine Eltern Sorge zu tragen. Uebrigens würden die Kosten der Zuführung des Knaben zu seinen Eltern nach Kopanina, die durch einen zuverlässigen Beamten hätte geschehen müssen, kaum geringere gewesen sein, als die durch Verpflegung im Waisenhause bis zur Abholung erwachsenen Kosten. Den Knaben ohne Begleitung nach Kopanina zu schicken, war nicht zulässig. Der Kläger würde seinen armenrechtlichen Pflichten nicht genügt haben, wenn er die Hilfe eingestellt hätte, ohne Sicherheit zu haben, daß der Knabe der öffentlichen Fürsorge nicht ferner bedurfte, weil ihm der Unterhalt im Elternhause gewährt wurde.

Der Erstattungsanspruch des Klägers erscheint daher begründet. Die Höhe der Verzugszinsen konnte indeß nur auf 4% bemessen werden (§§ 284, 288 B.G.B.).

Nr. 21.

Die Kosten für den Transport und die Ausstattung eines zum Zwecke der Ausbildung und Erziehung in eine Taubstummenanstalt übergeführten Kindes sind in Preußen als Armenpflegekosten nicht anzusehen.

R. G. §§ 28, 30.**Röft -|- Rappeln.**

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Schleswig.
 Urtheil des Bundesamts vom 10. November 1900.

Gründe:

Der Anspruch des Klägers auf Erstattung der Kosten für den Transport und die Bekleidung des auf Anordnung des Königlichen Landrathsamts zu Rappeln in die Taubstummenanstalt in Schleswig übergeführten schulpflichtigen Kindes Elisabeth B. ist in erster Instanz abgewiesen worden, weil es sich bei der Unterbringung des Kindes in jene Anstalt um eine Erziehungsmaßregel gehandelt habe.

Der Kläger hat demgegenüber in der Berufungsinstanz ausgeführt: die Kosten des Transports und der Bekleidung gehörten nicht zu den Kosten der Ausbildung und Erziehung, seien vielmehr Kosten des nothwendigen Unterhalts, die der Vater des Kindes zu bestreiten gehabt, wegen seiner Armuth aber nicht habe aufbringen können.

Daß die Kosten des Transports des Kindes in die Taubstummenanstalt als für dessen Unterhalt aufgewendet nicht angesehen werden können, bedarf keiner näheren Ausführung. Die Beschaffung der nothdürftigen Kleidung gehört allerdings zu den Aufgaben der Armenpflege; das Bundesamt hat sogar stets anerkannt, daß, wenn zur Durchführung einer armenrechtlich gebotenen Maßregel, wie z. B. zur Aufnahme eines Geisteskranken in eine Irrenanstalt, die Beschaffung eines gewissen Kleidervorraths reglementsmäßig vorgeschrieben ist, auch wegen der dadurch entstehenden Kosten ein armenrechtlicher Erstattungsanspruch stattfindet. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber um keine armenrechtliche Maßregel, weil die Armenpflege mit der Erziehung eines Kindes nichts zu thun hat. Eben-
 sowenig kann davon die Rede sein, daß die Anschaffung

einer so reichlichen Kleidung für das Kind ohne dessen Unterbringung in der Taubstummenanstalt erforderlich gewesen sein würde. Die nothdürftige Bekleidung hätte von dem Vater für seine Tochter, wenn diese nicht zu Erziehungs zwecken in die Anstalt gebracht worden wäre, unzweifelhaft beschafft werden können.

Unter solchen Umständen hat die abweisende Vorentscheidung, wie geschehen, bestätigt werden müssen.

Nr. 22.

Die gesetzliche Verpflichtung der Armenverbände des Herzogthums Sachsen-Koburg-Gotha, zu den Kosten der Zwangserziehung einen Beitrag zu leisten, begründet keine Erstattungspflicht eines anderen Armenverbandes.

R. G. §§ 28, 30.

(Sachsen-Koburg-Gothaisches Gesetz vom 8. Juli 1884.)

Schwabhausen - Ohrdruf.

I. Inst.: Deputation für das Heimathwesen in Gotha.
Urtheil des Bundesamts vom 27. Oktober 1900.

Gründe:

Nach dem Landesrechte des Herzogthums Gotha gehört die Erziehung von Kindern an sich ebenso wenig, wie in Preußen, zu den Aufgaben der Armenverbände. Der § 1 des koburg-gothaischen Ausführungsgesetzes vom 31. Mai 1871 stimmt mit dem § 1 des preussischen Ausführungsgesetzes überein. Wesentlich anders liegen die Dinge im Herzogthum Anhalt, auf welches sich das in der Berufungsschrift in Bezug genommene Urtheil des Bundesamts vom 5. März 1892*) bezieht.

*) Entsch. 24 S. 113 ff.

Die Ausführung einer von dem Vormundschaftsgerichte für erforderlich erachteten Zwangserziehung erfolgt durch die zuständige landrätliche Behörde (§ 6 des Gesetzes vom 8. Juli 1884 Ges.=S. S. 67). Die Zwangserziehung ist, wie in Preußen, eine Maßregel, welche im öffentlichen Interesse erfolgt, und für welche grundsätzlich die Kosten der Staatskasse zur Last fallen. Allerdings ist durch § 10 a. a. O. dem gothaischen Ortsarmenverband, in welchem der Zögling seinen Unterstützungswohnsitz hat, falls aber dieser einen solchen nicht besitzt, dem Landarmenverbände des Herzogthums Gotha ein Drittel der Kosten auferlegt, soweit dieses Drittel nicht aus dem eigenen Vermögen des Zöglings getragen oder von den aus privatrechtlichen Titeln zur Alimentation Verpflichteten eingezogen werden kann; auch ist diese Verpflichtung an dieselben Voraussetzungen geknüpft, wie eine im Wege der Armenpflege erfolgende öffentliche Unterstützung. Allein hieraus folgt noch nicht, daß jene Verpflichtung eine armenrechtliche im Sinne des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 ist, und daß das zu deren Erfüllung Geleistete den Charakter einer öffentlichen Unterstützung im Sinne der Vorschriften jenes Gesetzes hat. Denn jene Verpflichtung bezieht sich nicht auf Rechte und Verbindlichkeiten, welche zwischen den zur Gewährung öffentlicher Unterstützung „nach Vorschrift dieses Gesetzes“ verpflichteten Verbänden (Orts- und Landarmenverbände, Bundesstaaten) begründet werden. Es stehen sich bei derselben überhaupt nicht zwei Armenverbände als Berechtigter und Verpflichteter gegenüber, sondern der Bundesstaat Gotha (jedoch nicht in seiner Eigenschaft als Träger der Armenlast §§ 33, 60 des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870) und der gothaische Armenverband des Unterstützungswohnsitzes oder der gothaische Landarmenverband. Wenn § 8 des Reichsgesetzes der Landesgesetzgebung die Bestimmung über Art und Maß der im Falle der Hilfsbedürftigkeit zu

gewährenden öffentlichen Unterstützung überläßt, so ist auch hier nur an solche Art der öffentlichen Unterstützung gedacht, welche nach Vorschrift des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz durch Ortsarmenverbände und Landarmenverbände geübt wird, und Rechte und Verbindlichkeiten zwischen diesen begründet (§§ 2, 61 a. a. O.).

Weil es hieran fehlt, ist der Umstand, daß der gothaische Armenverband des Unterstützungswohnsitzes oder der gothaische Landarmenverband der Staatskasse einen Beitrag von $\frac{1}{3}$ der Zwangserziehungskosten zu erstatten hat, eine für die unter Armenverbänden bestehenden, auf dem Unterstützungswohnsitz-Gesetze beruhenden Rechtsbeziehungen unerhebliche Thatsache. Insbesondere gilt dies für die Frage, ob durch die Erstattung dieser Kosten der Lauf der Erwerbs- und Verlustfrist nach §§ 14, 27 a. a. O. gehemmt wird. *)

Nr. 23.

War nach Lage des Falles die Gewährung von Reisegeld als eine angemessene Form armenrechtlicher Unterstützung anzusehen?

R. G. §§ 28, 30.

Zählershausen -|- Schweidnitz.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Breslau.

Urtheil des Bundesamts vom 22. September 1900.

Gründe:

Mit Recht beschwert sich der Beklagte darüber, daß dem Kläger auch diejenigen 56,60 M. zugesprochen worden sind, welche er am 30. Januar 1897 aufgewendet hat, um die Familie des Arbeiters B. nach Sferlohn zu schaffen, wo dieser lohnende Arbeit zu finden meinte.

*) Vergl. auch Entsch. 18 126, 19 147, 25 79, und besonders 22 19.
Entsch. d. B. A. f. d. Heimathw. Heft 33.

Allerdings hat das Bundesamt wiederholt anerkannt, daß eine Armenunterstützung auch in der Form von Reisegeld gewährt werden könne, indeß immer nur dann, wenn dadurch einer bestehenden Hilfsbedürftigkeit am schnellsten und am billigsten ein Ende zu bereiten ist. Könnte man nun auch zu Gunsten des Klägers annehmen, daß die Familie P., welcher Fahrkarten von Arnstadt nach Jferlohn beschafft waren, letzteren Ort in fahrplanmäßiger Zeit erreicht habe, obwohl P. sich erst am 10. März 1897 in Jferlohn angemeldet hat; wollte man auch ferner voraussetzen, daß die Uebersiedelung des P. nach Jferlohn eine öffentliche Unterstützung der Familie wenigstens für einige Zeit entbehrlich gemacht habe, obgleich von dem Beklagten behauptet worden, daß P. Jferlohn bald wieder verlassen habe, und daß aus anderen Städten Anfragen nach Schweidnitz gelangt seien, welche auf armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit hindeuteten, — so würden diese Umstände doch nicht ausreichen, um das Vorgehen des Klägers zu rechtfertigen. Denn es ist weder ohne Weiteres anzuerkennen, daß und weshalb P. nicht auch in einer Arnstadt nahegelegenen Ortschaft Arbeit und Verdienst in kurzer Zeit hätte finden können, noch daß bis dahin 56,50 M. für den nothdürftigen Unterhalt der Familie hätten aufgewendet werden müssen.

Nr. 24.

Die Erstattungspflicht des endgültig fürsorgepflichtigen Armenverbandes wird nicht schon dadurch begründet, daß der Armenverband des Aufenthaltsorts von der vorgesetzten Behörde zur Gewährung der Unterstützung angehalten worden ist.

N. G. §§ 28, 30.

Charlottenburg - Lundenwalde.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Potsdam.
Urtheil des Bundesamts vom 20. Oktober 1900.

Gründe:

Die Prüfung, ob eine eingeklagte Unterstützung gewährt werden mußte, und ob deshalb ein Erstattungsanspruch gegen den endgültig fürsorgepflichtigen Armenverband stattfindet? liegt den Spruchbehörden im armenrechtlichen Streitverfahren ob. Die Voraussetzung eines solchen Erstattungsanspruchs ist, daß der vorläufig unterstützende Armenverband wegen Hilfsbedürftigkeit des Unterstützten hat einschreiten müssen. Unterstützungskosten, zu denen der Armenverband durch die Verfügung der vorgesetzten Behörde veranlaßt worden ist, sind nicht schon aus diesem Grunde erstattungspflichtig; ihre Gewährung beruht auf Erfüllung der Gehorsamspflicht. Ob die vorgesetzte Behörde ihre Anordnung mit Recht getroffen hat, ist gegenüber dem endgültig fürsorgepflichtigen Armenverbande ebenso zu prüfen, wie wenn der vorläufig unterstützende Armenverband aus freien Stücken und ohne obrigkeitliche Anweisung mit seiner Hilfe eingeschritten wäre. Für das Verhältniß zwischen ihm und dem Hilfsbedürftigen ist freilich die Entscheidung der vorgesetzten Behörde endgültig; für die Rechtsbeziehungen zu dem endgültig verpflichteten Armenverbande kann sie schon deshalb nicht ohne Weiteres maßgebend sein, weil dieser vor dem Erlass der Anordnung nicht gehört ist. Insofern also in der Entscheidung des Bezirksauschusses die Verurtheilung des Beklagten damit begründet ist, daß die der Frau St. gewährte Monatsunterstützung von 6 M. auf einer im Beschwerdewege erwirkten und durch Beschluß des Bezirksauschusses zu Potsdam getroffenen Anordnung beruhe, kann dem ersten Richter nicht beigespflichtet werden. *)

*) Vergl. Wohlers-Krech zu § 28 Anm. 23 b.

Nr. 25.

Condictio indebiti. — War nach Lage des Falles ein Schadensersatzanspruch des Beklagten anzuerkennen, weil der Kläger seine Zahlungspflicht anerkannt und dadurch veranlaßt habe, daß der Beklagte die Anmeldung seines Anspruchs bei dem endgültig verpflichteten Armenverband unterließ?

R. G. § 28.

(Entscheidung auf Grund des preußischen Allgemeinen Landrechts.)

Die Frage ist in dem Falle A verneint, im Falle B bejaht.

A.

Bromberg -|- Kulmsee.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Marienwerder.

Urtheil des Bundesamts vom 16. Februar 1901.

Gründe:

Es ist unter den Parteien nicht bestritten, daß der Kläger den Unterstützungswohnsitz des Schlossergesellen G., der in der Zeit vom 15. bis 27. Februar 1899 von dem Beklagten durch Verpflegung im Krankenhause zu Kulmsee unterstützt worden war, auf die Anmeldung des Erstattungsanspruchs des Beklagten zu Unrecht anerkannt und demnächst den von dem Beklagten liquidirten Betrag von 9,60 M. aus Irrthum gezahlt hat. Der Bezirksauschuß hat dessenungeachtet die auf Rückerstattung dieses Betrags gerichtete Klage abgewiesen, indem er — den Ausführungen des Beklagten folgend — annimmt, daß der Kläger durch das Anerkenntniß seiner Erstattungspflicht den Beklagten schuldhafter Weise veranlaßt habe, die rechtzeitige Anmeldung seines Erstattungsanspruchs bei dem wirklich verpflichteten Armenverbände zu unterlassen, und daß er dem Beklagten für

den hierdurch demselben entstandenen Schaden nach den im vorliegenden Falle noch zur Anwendung kommenden Vorschriften des preussischen Allgemeinen Landrechts (§ 24 Th. I Tit. 6) ersatzpflichtig sei.

Die gegen diese Entscheidung von dem Kläger eingelegte Berufung erscheint begründet. Der gegenwärtige Fall liegt nicht wesentlich anders, als die Fälle, welche den Urtheilen vom 26. April 1890*) und vom 4. Februar 1899**) zu Grunde lagen. Namentlich auf die Ausführungen in den Gründen des letzteren Erkenntnisses kann hier Bezug genommen werden. Selbst wenn mit dem Bezirksauschusse davon ausgegangen wird, daß der Kläger, indem er den Unterstützungswohnsitz des G. dem Beklagten gegenüber anerkannte, sich eines Versehens schuldig gemacht hat, kann ihm doch jedenfalls weder Vorsatz noch grobes Verschulden zur Last gelegt werden; die Akten des Klägers ergeben sogar, daß die Frage, ob G. den Unterstützungswohnsitz in Bromberg verloren hatte? mit Rücksicht auf die zahlreichen, zum Theil langen Freiheitsentziehungen, die derselbe erlitten, und auf die häufigen Armenunterstützungen, die er erhalten hatte, sowie mit Rücksicht auf die Zweifel, die in der Richtung erhoben werden konnten: ob nicht auch die der Frau G. und ihren Kindern gewährten Unterstützungen dem Ehemann anzurechnen seien? — keineswegs leicht und einfach zu entscheiden war. Andererseits war der Schade, der dem Beklagten durch Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung des Erstattungsanspruchs bei dem wirklich verpflichteten Armenverband entstand, kein unmittelbarer, sondern nur ein mittelbarer im Sinne des § 21 A. L. R. I. 6. Eine etwaige Ersatzpflicht des Klägers fiel daher nach dieser Gesetzesvorschrift, auch wenn dem Kläger ein mäßiges Versehen zur Last zu legen wäre, schon dann fort, wenn der

*) Entsch. 22 S. 85.

**) Entsch. 31 S. 52.

Beklagte den Nachtheil durch Anwendung der gewöhnlichen Sorgfalt vermeiden konnte. Letzteres war aber hier zweifellos der Fall. Nach den Angaben, die G. bei der Vernehmung durch den Beklagten am 16. Februar 1899 über seine Aufenthaltsverhältnisse gemacht hatte, war für den Beklagten überhaupt keinerlei Anlaß zu der Annahme gegeben, daß G. damals noch seinen Unterstützungswohnsitz in dem Bezirke des Klägers haben könne; denn G. hatte — der Wahrheit gemäß — erklärt, daß er schon seit 5 Jahren ununterbrochen von Bromberg abwesend sei. Der Beklagte hat darauf zunächst nichts weiter gethan, als den Ortsarmenverband Brandenburg, von welchem G. im Jahre 1897 einmal unterstützt worden war, um Auskunft darüber anzufragen: wer damals die Unterstützungskosten erstattet habe? Nach Empfang der Antwort, daß dies s. Z. durch den Ortsarmenverband Bromberg geschehen sei, hat er dann ohne Weiteres auch seinen Anspruch bei dem Kläger angemeldet und sich bei dessen Anerkennung des Unterstützungswohnsitzes beruhigt. Irgend eine Ermittlung darüber: warum G. nach so langer Abwesenheit den Unterstützungswohnsitz noch in Bromberg habe? hat er nicht angestellt; er hat auch nicht einmal den Kläger um Mittheilung der diesem bekannten Verhältnisse ersucht. Dies wäre aber seine Sache gewesen, wenn er sicher gehen wollte, daß er wirklich den richtigen Armenverband angegangen hatte. Da er sich statt dessen bei der Erklärung des Klägers beruhigte, ohne einen genügenden Anhalt für die Richtigkeit dieser Erklärung zu haben, so handelte er auf seine Gefahr und hat es seinem eigenen Verhalten mit zuzuschreiben, wenn sich nachträglich die Annahme, daß G. in Bromberg unterstützungswohnsitzberechtigt sei, als irrthümlich herausstellte.

Daß sich der Kläger in seinen Schriftsätzen nicht ausdrücklich auf die in dem Verfahren des Beklagten liegende

Außerachtlassung der nöthigen Sorgfalt berufen hat, ist ohne Belang.

Die Ansicht des Bezirksausschusses, daß es der Geltendmachung einer besonderen „Einrede“ in dieser Richtung bedurft hätte, — beruht auf einer mißverständlichen Hereinziehung des § 24 A. L. R. I. 6, der hier überhaupt nicht in Betracht kommt.

B.

Bromberg · Schlochau.

I. Inst.: Bezirksauschuß zu Marienwerder.
Urtheil des Bundesamts vom 16. März 1901.

Gründe:

Der auf die *condictio indebiti* gegründete Klageanspruch war abzuweisen, weil der Einwand des Beklagten, daß er in Folge des Verhaltens des Klägers seines Anspruchs gegen den wirklich verpflichteten Armenverband wegen Unterlassung rechtzeitiger Anmeldung verlustig gegangen sei, und daß der Kläger für diesen dem Beklagten erwachsenen Schaden aufkommen müsse, für durchschlagend erachtet werden mußte. In dieser Beziehung kommt zunächst die bereits vom Bezirksauschuß angezogene Bestimmung im § 12 Theil I Titel 6 A. L. R. in Betracht, wonach der Kläger den aus einem mäßigen Versehen auf seiner Seite dem anderen Theile entstandenen wirklichen Schaden zu vertreten hat. Eines solchen Versehens hat sich Kläger bei der Feststellung der Unterstützungswohnitzverhältnisse des Albert D. schuldig gemacht, und zwar dadurch, daß er nach Empfang der protokollarischen Vernehmung des Albert D. und des Erstattungsanspruchs des Beklagten den Anspruch anerkannte, obwohl er bei sorgfamer Prüfung der in seinen eigenen Akten enthaltenen Vorgänge, eventuell bei nochmaliger Feststellung der Aufenthaltsverhältnisse des Albert D. und dessen

Vaters hätte erkennen müssen, daß Albert D. den Unterstützungswohnsitz in Bromberg nicht besaß. Wie bei der mehrfach vorangegangenen Anmeldung von Erstattungsansprüchen anderer Armenverbände hat sich jedoch der Kläger lediglich auf die Feststellung beschränkt, daß Albert D. seit seiner armenrechtlichen Selbständigkeit den Unterstützungswohnsitz in Bromberg noch nicht durch 2 jährige ununterbrochene Abwesenheit verloren habe. Dagegen hat der Kläger gar nicht geprüft, ob der, danach ihm verbliebene, Unterstützungswohnsitz des Vaters in Bromberg bestand. Schon aus den — freilich nicht sehr deutlichen — Zusammenstellungen, welche in den Verwaltungsakten des Klägers enthalten sind, jedenfalls aber durch einen ausdrücklichen Auftrag an den Polizeikommissar, wie er unterm 3. Mai 1899 in Folge der Anmeldung eines Erstattungsanspruchs aus Graudenz erteilt worden ist, hätte der Kläger ermitteln können, daß beim Eintritte der armenrechtlichen Selbständigkeit des Albert D. am 31. Oktober 1889 dessen Vater den Unterstützungswohnsitz in Bromberg, in Folge seiner Abwesenheit seit dem 24. März 1884, nicht mehr besaß.

Die Ermittlungspflicht traf allerdings zunächst den Beklagten, als vorläufig unterstützenden Armenverband. Aber dieser hat sich in der Erfüllung dieser Pflicht keinerlei Versehen oder Mangel an Aufmerksamkeit zu Schulden kommen lassen, durch die er seines Anspruchs auf Schadenersatz gemäß § 21 I. 6 A.L.R. verlustig gegangen wäre. Er hat in Befolgung des § 34 des R.G. Albert D. ausführlich protokollarisch vernommen und in Bezug auf dessen Aufenthaltsverhältnisse die Auskunft erhalten, daß er sich seit 18 Jahren ununterbrochen in Bromberg, also im Bezirke des jetzt klagenden Armenverbandes, aufgehalten habe. Zur Ausübung seiner Ermittlungspflicht konnte der Beklagte zunächst nicht mehr thun, als diese Angabe dem Kläger zur Prüfung zu unterbreiten, indem er zugleich den — für

den Fall der Richtigkeit der Angabe begründeten — Erstattungsanspruch anmeldete. Insbesondere lag für ihn kein Grund vor, etwa vor dieser Mittheilung durch eine Anfrage bei der Polizeiverwaltung in Bromberg die Richtigkeit der Angabe festzustellen,*) zumal da der Beklagte auf eine vor Anmeldung des Anspruchs gestellte Anfrage von dem Armenverbande Culm die Auskunft erhalten hatte, daß nicht lange vorher die dort entstandenen Pflegekosten von Bromberg erstattet worden seien. Als dann der Kläger den Erstattungsanspruch anerkannte, hatte der Beklagte auch nicht nöthig, sich die etwaigen Vorakten des Klägers zur Nachprüfung zu erbitten, wie dies nach dem Wortlaute der Entscheidung Bd. 31 S. 54 angenommen werden könnte. Hierzu würde Grund vorgelegen haben, wenn die bei der protokollarischen Vernehmung angegebenen Aufenthaltungsverhältnisse irgend welchen Zweifel über den Unterstützungswohnsitz des Hilfsbedürftigen aufkommen lassen konnten, insbesondere wenn die thatsächlichen Angaben nicht so vollständig und klar waren, daß aus ihnen der Unterstützungswohnsitz bei dem in Anspruch genommenen Armenverbande mit Nothwendigkeit folgen mußte. Im vorliegenden Falle aber gestattete die kurze und klare Angabe des Albert D., daß er seit 18 Jahren ununterbrochen in Bromberg sich aufgehalten habe — die Richtigkeit vorausgesetzt —, keinen Zweifel an dem Unterstützungswohnsitze des D. im Bezirke des Klägers. Auch die übrigen Angaben des D. boten keinen Anhalt zur Nachforschung in anderer Richtung. Als dann der Beklagte vom Kläger, dem die protokollarische Vernehmung zur Nachprüfung mitgetheilt war, ohne weitere Bemerkung den verauslagten Betrag erstattet erhielt, fiel für ihn jede Veranlassung zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit hinweg. Durch die Unter-

*) Wohlers-Arch Note 4c zu § 34; (Entsch. 27 S. 158).

lassung weiterer Schritte hat er einen Mangel an der gewöhnlichen Aufmerksamkeit nicht gezeigt. Er hat auch nicht — wie von dem Bezirksauschuß unter Anführung der Entscheidung Heft 22 S. 87 angenommen worden — in dem Sinne ein Versehen begangen, daß er, von einer unrichtigen Rechtsansicht ausgehend, den Kläger als erstattungspflichtig in Anspruch genommen und ihn so zur Erstattung verleitet habe; denn er hat lediglich auf Grund objektiv unrichtiger, aber für ihn nicht als unrichtig erkennbarer Thatfachen die Erstattung vom Kläger gefordert.

Der in der Verwirkung des Anspruchs gegen den wirklich verpflichteten Armenverband bestehende Schade der Beflagten ist hiernach ausschließlich auf mangelnde Aufmerksamkeit des Klägers zurückzuführen, der die ihm zur Prüfung unterbreiteten Angaben des Unterstützten, obwohl er dazu im Stande war, nicht berichtigte, sondern in ungenügender Prüfung der ihm vorliegenden oder zugänglichen Materialien den Anspruch ohne Weiteres anerkannte.

Dadurch aber wird der vom Kläger erhobene Anspruch auf Rückerstattung des irrtümlich Gezahlten in Folge des ihm entgegengehaltenen Einwandes des Beflagten hinfällig. Die Klage war deshalb, unter Abänderung der Vorentscheidung, kostenfällig abzuweisen.

Nr. 26.

Die Unterstützungspflicht des Armenverbandes des Dienstorts besteht nicht, wenn der Erkrankte zur Zeit des Hervortretens der Hilfsbedürftigkeit von dem Dienstorte thatsächlich abwesend war, mochte er auch seinen gewöhnlichen Aufenthalt daselbst beibehalten und mochten nur zufällige

Umstände es veranlaßt haben, daß die Armenpflege an einem anderen Orte nothwendig wurde.

R. G. § 29.

Oberrad -|- Eschersheim.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Wiesbaden.
Urtheil des Bundesamts vom 3. November 1900.

Gründe:

Die Dienstmagd Marie W. gehörte der Ortskrankenkasse des Landkreises Frankfurt a. M. an. Da sie von derselben pflichtgemäß im Elisabethkrankenhaus zu Frankfurt a. M. untergebracht wurde, so war sie während der Zeit vom 7. März bis 20. März 1899 nicht hilfsbedürftig. Eine Verpflichtung des Ortsarmenverbandes Eschersheim, mit seiner Fürsorge einzutreten, war nicht begründet; ebensowenig war dies der Fall, als die W., auf Wunsch und ungeheilt entlassen, sich nach Oberrad begab und dort wegen Tobsucht in Armenpflege genommen werden mußte. Denn die Fürsorgepflicht des Armenverbandes des Dienstorts dem Kranken gegenüber setzt dessen räumliche Anwesenheit am Dienstorte gerade so voraus, wie die Fürsorgepflicht gegenüber einem Hilfsbedürftigen überhaupt. Der § 29 Abs. 1 des R. G. entspricht dem ersten Satze des § 28. Eine endgültige Fürsorgepflicht für den Armenverband des Dienstorts ist nur insoweit vorhanden, als ihm wegen der von ihm gewährten Krankenpflege ein Erstattungsanspruch versagt wird, oder insofern ihm wegen Nichterfüllung seiner Unterstützungspflicht gegenüber dem Kranken, eine Erstattungspflicht gegenüber einem anderen Armenverbande, der sich des Erkrankten hat annehmen müssen, erwächst.*) Ob der außerhalb des Dienstorts der Armenpflege anheimgefallene Kranke am Dienstorte, seiner

*) Vergl. Wohlers-Krech zu § 29 Anm. 1 a u. 3.

Entfernung ungeachtet, den gewöhnlichen Aufenthalt beibehalten hat, ist für die Erstattungspflicht des Armenverbandes des Dienstorts ebenso unerheblich, wie für seine Unterstützungspflicht gegenüber dem Erkrankten. Die Vorschrift des § 13 a. a. O. hat nur für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durch Aufenthalt Bedeutung. Wie es für die im § 29 Abs. 1 geordnete Unterstützungspflicht des Armenverbandes des Dienstorts lediglich auf die Anwesenheit des Erkrankten zur Zeit des Hervortretens der Hilfsbedürftigkeit ankommt, nicht aber darauf, ob er damals am Dienstorte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, so genügt es für den Ausschluß dieser Unterstützungspflicht, daß der Erkrankte zu jenem Zeitpunkte von dem Dienstorte tatsächlich abwesend war, mochte er auch seinen gewöhnlichen Aufenthalt daselbst beibehalten, und mochten rein zufällige Umstände es verursacht haben, daß die Armenpflege nicht am Dienstorte, sondern an einem anderen Orte notwendig wurde. *)

Die abweisende Vorentscheidung hat deshalb, wie gesehen, aufrecht erhalten werden müssen.

Nr. 27.

Auch für die Anwendung des § 29 Abs. 2 und 3 wird durch den zeitweisen Fortfall armenrechtlicher Hilfsbedürftigkeit trotz fortbestehender Erkrankung ein neuer Pflegefall beim erneuten Hervortreten der Hilfsbedürftigkeit begründet.

R. G. § 29.

Riel - Landarmenverband der Provinz Schleswig-Holstein.

- I. Inst.: Bezirksausschuß zu Schleswig.
- Urtheil des Bundesamts vom 4. Mai 1901.

*) Wohlers-Krech zu § 29 Anm. 1 b u. 2 b.

Gründe:

Freilich kann nach Lage des Falles nicht davon die Rede sein, daß die Krankheit der an Rückenmarks- und Wirbelentzündung leidenden und schon seit Oktober 1898 aus öffentlichen Mitteln unterstützten Frau N. in der Zeit vom 22. Mai bis 7. Juli 1900 nicht bestanden hat. Um einen neuen Erkrankungsfall handelte es sich also nicht, als ihr Mann an letzterem Tage für sie die Armenpflege wieder in Anspruch nahm. Aber ihre armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit ist in der Zwischenzeit aufgehoben gewesen, weil die Schwiegereltern die Pflege der kranken Frau übernommen hatten. Daß sie auch in dieser Zeit ihren Unterhalt sich nicht selbst hat verdienen können, steht dieser Auffassung nicht entgegen; denn die Hilfsbedürftigkeit im armenrechtlichen Sinne besteht nicht, wenn einer mittellosen und arbeitsunfähigen Person, sei es auch von nicht Unterhaltspflichtigen, die erforderliche Krankenpflege zu Theil wird. Die fortbestehende Krankheit der Frau begründete daher am 7. Juli 1900 einen neuen Armenpflegefall, für welchen der Kläger, als Armenverband des Dienstorts des Ehemanns N., einen Anspruch auf Erstattung der Pflegekosten gegen den zur Unterstützung an sich verpflichteten Armenverband erst nach Ablauf von 13 Wochen geltend machen kann.

Nr. 28.

Zu den Kurkosten im Sinne des § 29 gehören auch die Kosten für Beschaffung eines mechanischen Hilfsmittels (Holzforset), welches bestimmt ist, die Verschlimmerung eines vorhandenen unheilbaren Leidens zu verhüten, auch wenn ein Heilverfahren nicht vorausgegangen war.

R. G. § 29.**Halle -|- Züterbog.**

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Potsdam.
 Urtheil des Bundesamts vom 20. April 1901.

Gründe:

Hinsichtlich der allein zwischen den Parteien streitigen Frage: ob die Gewährung eines Holzkorsets für die an einer chronischen Wirbelentzündung leidende Emilie F. als ein Akt der Krankenpflege zu erachten ist, dessen Kosten nach § 29 des R. G. der Kläger als Armenverband des Dienstorts zu tragen hat? mußte dem Bezirksausschusse, der diese Frage bejaht hat, beigetreten werden. Nach der Erklärung des Dr. L. vom 4. September 1900 bedurfte Frau F. des Korsets, „um die erkrankte Wirbelsäulenpartie zu stützen, wodurch der betreffende Wirbel entlastet wird“. Es konnte hiernach ohne Weiteres angenommen werden, daß der Gebrauch des Korsets dazu dienen soll, die nachtheiligen Folgen, die das chronische Leiden auf die Bewegungsfähigkeit des Körpers hatte, ganz oder theilweise zu beseitigen und einer Verschlimmerung des Leidens in Folge zu starker Belastung des erkrankten Wirbels bei Bewegungen des Körpers zu verhüten. Auch die Anwendung eines mechanischen Hilfsmittels, das diesem Zwecke dient, ist als „Kur“ im Sinne des § 29 a. a. O. anzusehen. Hiernach ist die Auffassung des Klägers unzutreffend, daß der Dienstort nach § 29 a. a. O. die Kosten für mechanische Hilfsmittel nur dann zu tragen habe, wenn die Beschaffung dieser Hilfsmittel im Anschluß an eine vorgängige Kur des Grundleidens zur Sicherung eines durch sie erreichten Heilerfolges nothwendig wird, und daß er daher die Erstattung der betreffenden Kosten im vorliegenden Falle vom Beklagten deshalb verlangen dürfe, weil Frau F. das erwähnte körperliche Leiden schon vor ihrer Ankunft in seinem

Bezirke befehen, ein Heilverfahren zur Beseitigung dieses Leidens hier überhaupt nicht stattgefunden habe und ein Heilerfolg bei ihrem chronischen Leiden auch ausgeschlossen gewesen sei. Die Verpflichtung des Armenverbandes des Dienst- oder Arbeitsorts tritt nach § 29 ein, sobald eine Person der dort bezeichneten Art in Folge von Krankheit hilfsbedürftig wird, ohne daß es darauf ankommt, ob die Krankheit selbst an dem Arbeitsort erst eingetreten ist oder schon früher an anderen Orten bestanden hat. Die Voraussetzung der Hilfsbedürftigkeit lag unstreitig vor.

Nr. 29.

Gehört ein in einem städtischen Hause die Stelle eines Pförtners vertretender Handwerker zu den unter § 29 R. G. fallenden Personen?

R. G. § 29.

Berlin -|- Schöneberg.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Potsdam.
Urtheil des Bundesamts vom 13. Oktober 1900.

Gründe:

Der von dem Kläger wegen Krankheit unterstützte Maler Z. bekleidete in einem Hause zu Berlin die Stelle eines Pförtners; er hatte freie Wohnung und war dafür verpflichtet, die mit dieser Stellung gewöhnlich verbundenen Obliegenheiten (Reinigen der Treppen und Flure, Anzünden und Auslöschen der Lampen u. f. w.) wahrzunehmen. Es fragt sich, ob Z. in Folge dessen als eine „gegen Lohn oder Gehalt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehende Person“ anzusehen war, ob daher der § 29 des R. G. Anwendung zu finden hat, welcher die Kosten der Kur und Verpflegung solcher Personen für die ersten 13 Wochen der Krankheit dem Armenverbande des Dienst-

orts auferlegt. Der Bezirksausschuß hat die Frage bejaht; es ist ihm hierin beizutreten.

Die angeführte Gesetzesvorschrift verlangt nicht, daß die Leistungen, welche dem Dienstverpflichteten vermöge des Dienstverhältnisses obliegen, seine Thätigkeit vollständig ausfüllen; es genügt, wenn sie auch nur einen Theil seiner Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der Bedienstete nebenbei zugleich selbständiger Gewerbetreibender ist; nur darf er nicht in dieser Eigenschaft die Dienste oder Arbeiten aus dem Vertragsverhältnisse leisten, welches die Anwendung des § 29 R. G. begründen soll. Lediglich in diesem Sinne hat das Bundesamt in dem Erkenntnisse vom 18. Juni 1898*) es als Voraussetzung für die Anwendung des § 29 erklärt: daß der Bedienstete ein unselbständiges Glied in dem Organismus des Gewerbes oder der Wirthschaft eines Anderen bilde. Dagegen ist es keineswegs als erforderlich angesehen worden, daß der Angestellte auch nicht außerhalb seiner dienstlichen Verrichtungen eine selbständige Erwerbsthätigkeit ausübe oder dazu in der Lage sei. Der Kreis der Personen, welche der § 29 umfaßt, ist insofern ein weiterer als derjenige der Versicherungspflichtigen nach § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes in der neuen Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1899 (R.G.Bl. S. 463); denn nach dem letzteren Gesetz unterfallen Angestellte der hier in Frage stehenden Art der Versicherungspflicht nur dann, wenn ihre dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet. Eine solche Beschränkung kennt der § 29 des R. G. nicht; sie darf ihm daher auch nicht unterlegt werden.

Hiernach erscheint die Auffassung des Bezirksausschusses, daß das Dienstverhältniß, in welchem J. stand, den Vor-

*) Entsch. 30 S. 86.

aussetzungen des § 29 entsprach, als zutreffend; denn es unterliegt keinem Zweifel, daß J. in seiner Thätigkeit als Pförtner bei der Verwaltung des Hauses, für das er angestellt war, dem Eigenthümer als ein untergeordnetes, insoweit unselbständiges Organ diene. Andererseits hat der Bezirksausschuß mit Recht angenommen, daß als „Lohn oder Gehalt“ im Sinne des § 29 auch die Gewährung freier Wohnung gelten muß, wenn sie sich, wie im vorliegenden Falle, als ein Aequivalent für die dagegen zu leistenden Dienste darstellt.

Nr. 30.

Die Vorschrift des § 29 Abs. 2 R. G. findet stets Anwendung, wenn die Beendigung des Dienstverhältnisses und der Beginn der Hilfsbedürftigkeit des Dienstboten u. s. w. in einem Zeitpunkte zusammentreffen.

R. G. § 29.

Leipzig - Minkwitz.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Merseburg.

Urtheil des Bundesamts vom 3. November 1900.

Gründe:

Lina M., welche zu Leipzig bei dem Schuldirektor K. im Gefindebedienst stand, hatte ihr Dienstverhältniß beim Jahresbeginn zum 1. Februar 1900 gekündigt. Sie erkrankte am 17. Januar dess. J. Die Kosten ihrer Behandlung im städtischen Krankenhause zu Leipzig hat bis zum 31. Januar ihr Dienstherr getragen. Vom 1. Februar bis zum 25. Mai 1900 wurde sie im Wege der Armenpflege behandelt. In erster Instanz ist der Beklagte, als Armenverband des Unterstützungswohnhauses, zur Erstattung

der Pflegekosten für 113 Tage mit 113 M. verurtheilt worden. Der Bezirksauschuß erachtet die Anwendbarkeit des § 29 Abs. 2 des R. G. für ausgeschlossen, weil Lina M. am 1. Februar 1900 nicht mehr in einem Dienstverhältniß in Leipzig gestanden habe.

Diese Entscheidung hat, wie geschehen, abgeändert werden müssen.

Das Bundesamt hat in wiederholten Erkenntnissen ausgeführt, daß § 29 a. a. O. auch dann zur Anwendung gelangt, wenn der Diensthote unmittelbar oder doch in kürzester Frist nach Auflösung des Dienstverhältnisses wegen Krankheit hilfsbedürftig wird, namentlich wenn er der Krankheit halber aus dem Dienste entlassen worden war. Allerdings trifft letzteres im vorliegenden Falle nicht zu. Die Lösung des Dienstverhältnisses beruhte auf der schon längere Zeit vor der Erkrankung der Lina M. erfolgten Aufkündigung desselben. Aber die Beendigung des Dienstverhältnisses und der Beginn der Hilfsbedürftigkeit fallen hier in einen und denselben Zeitpunkt zusammen; das Dienstverhältniß wurde fortgesetzt bis zu dem Moment, in welchem die M. in Folge ihrer Krankheit hilfsbedürftig wurde, weil die bis dahin bestandene Fürsorgepflicht der Dienstherrschaft ihr Ende erreichte.

Hiernach mußte die Vorschrift des § 29 Abs. 2 a. a. O. für maßgebend erachtet werden. Der Kläger kann für die ersten 13 Wochen (91 Tage) einen Erstattungsanspruch gegen den Beklagten nicht geltend machen. Dagegen ist dieser zur Erstattung der Pflegekosten für die Restzeit verpflichtet, nachdem der Kläger ihm bereits am 13. Februar 1900 von der Erkrankung der Lina M. Nachricht gegeben hatte (§ 29 Abs. 3 a. a. O.).

Nr. 31.

Die den betheiligten Ortsarmenverbänden bei Aenderung der Bezirksgrenzen gemeinschaftlich obliegende armenrechtliche Verpflichtung ist nicht dahin zu verstehen, daß sich die Kostenlast ohne Weiteres nach der Zahl der Armenverbände vertheilt. Die Vertheilung kann nur im Wege der Auseinandersetzung durch die zuständigen Verwaltungsbehörden geschehen; die armenrechtlichen Spruchbehörden können darüber nicht befinden.

R. G. §§ 30, 37.

Kleve -|- Hindern.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Düsseldorf.
Urtheil des Bundesamts vom 18. Mai 1901.

Gründe:

Der Bezirksausschuß geht nach der Begründung seiner Entscheidung davon aus, daß der Beklagte verpflichtet sei, die Kosten der Unterstützung der Familie H., auch soweit dieselben nach dem 10. Juli 1900 verausgabt worden, dem Kläger zur Hälfte zu erstatten.

Diese Entscheidung hat jedoch aufgehoben werden müssen, weil der vom Kläger gegen den Beklagten gestellte Antrag auf Kostenersatzung nach Lage der Verhältnisse im armenrechtlichen Streitverfahren nicht verfolgbar ist. Der Bezirksausschuß hat im Vorprozesse mit Recht festgestellt, daß in Ermangelung des Nachweises einer Auseinandersetzung über die Vertheilung der Armenlasten nach erfolgter Eingemeindung eines Theiles des früheren Ortsarmenverbandes Hindern in den Ortsarmenverband Kleve beide Armenverbände gemeinschaftlich verpflichtet sind, die Kosten der Armenpflege des in dem früheren Ortsarmenverbande

Kindern unterstützungsberechtigten Tagelöhners H. und seiner Familie endgültig zu tragen. Hieraus ergibt sich aber keineswegs, wie der Bezirksausschuß annimmt, daß die beiden Armenverbände die Kosten je zur Hälfte zu tragen haben. Vielmehr steht über das Verhältniß, in welchem sie an der gemeinschaftlichen Last Theil zu nehmen haben, bis zur erfolgten Auseinandersetzung nichts fest. Die Feststellung dieses Verhältnisses ist Sache der Verwaltungsbehörden; die Spruchbehörden in Armenstreitsachen können darüber nicht befinden. *) Solange aber die Höhe des Anthells der beiden gemeinschaftlich verpflichteten Armenverbände an der gemeinsamen Last nicht auf geordnetem Wege festgesetzt ist, kann keiner derselben gegen den anderen einen auf einen bestimmten Betrag gerichteten Erstattungsanspruch geltend machen.

III. Erstattungspflicht der Landarmenverbände.

Nr. 32.

Die im § 30 Abs. 2 R. G. aufgestellte Rechtsvermutung, daß der Beweis des Nichtbestehens eines Unterstützungswohnsitzes als erbracht gelte, wenn von dem die Erstattung fordernden Armenverbände dargelegt worden, daß er alle diejenigen Erhebungen vorgenommen hat, welche nach Lage der Verhältnisse als geeignet zur Ermittlung eines Unterstützungswohnsitzes anzusehen waren, — kann in dem angestellten Streitverfahren nur durch den Nachweis beseitigt werden, daß der Unterstützte an einem bestimmten Orte den Unter-

*) Vgl. Entsch. 19 E. 99 ff., insbesondere 103, 104.

stützungswohnsitz besitze. Es genügt nicht, wenn nachgewiesen ist, daß dies an einem oder dem anderen von zwei Orten der Fall sein müsse.

R. G. § 30 Abs. 1 b und Abs. 2.

Raschkow - Landarmenverband der Provinz Posen.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Posen.

Urtheil des Bundesamts vom 12. Januar 1901.

Gründe:

Der Bezirksausschuß hat angenommen, daß der Unterstützungswohnsitz der vom Kläger unterstützten Marianna K. nicht zu ermitteln gewesen ist, weil dessen Klagen gegen die beiden hierfür in Betracht kommenden Ortsarmenverbände Raschkowek und Pogrzebow durch rechtskräftige Entscheidungen des Bezirksausschusses mit der Begründung zurückgewiesen worden sind, daß die Unterstützte zur Zeit des Eintritts der Hilfsbedürftigkeit in jenen Armenverbänden einen Unterstützungswohnsitz nicht besessen habe.

Der im gegenwärtigen Rechtsstreite nunmehr zur Erstattung der erwachsenen Kosten aus § 30 Abs. 1 b des R. G. in erster Instanz verurtheilte Landarmenverband hat in der Berufungsschrift geltend gemacht: Es müsse auf Grund des vorliegenden Beweismaterials für feststehend erachtet werden, daß Marianna K. entweder in Raschkowek oder in Pogrzebow ihren Unterstützungswohnsitz gehabt habe; es handle sich jetzt nur um eine Entscheidung darüber, ob die an sich feststehenden Aufenthaltsverhältnisse derselben zum Erwerb oder Verlust des Unterstützungswohnsitzes in Pogrzebow bezw. in Raschkowek geführt haben oder nicht. Hierbei ist auf die früheren Ausführungen des Beklagten Bezug genommen, nach denen die K. den Unterstützungswohnsitz in Raschkowek erworben und bis zum Eintritt der Hilfsbedürftigkeit nicht verloren habe.

Das Erkenntniß des Bezirksausschusses mußte, wie geschehen, bestätigt werden.

Die Thatfache, daß die von dem Kläger in den Vorprozessen gegen die Ortsarmenverbände Raschkowef und Pogrzybow erhobenen Klagen rechtskräftig abgewiesen worden sind, weil das Bestehen eines Unterstützungswohnsitzes der R. an diesen Orten nicht erwiesen worden, reicht allerdings zu der vom Bezirksausschusse hierauf gegründeten Feststellung nicht aus, daß ein Unterstützungswohnsitz der Genannten nicht zu ermitteln ist. Da der jetzige Beklagte bei jenen Vorprozessen als Partei nicht betheiligt gewesen ist, kann die Rechtskraft der dort ergangenen Entscheidungen ihm gegenüber keine Wirkung haben. Der Bezirksausschuß hätte daher in eine selbständige Prüfung der Fragen eintreten müssen, ob der Kläger die Vornahme aller derjenigen Erhebungen, welche nach Lage der Verhältnisse als geeignet zur Ermittlung eines Unterstützungswohnsitzes der Marianna R. anzusehen waren, dargelegt hat, und ferner, ob aus den vorgenommenen Erhebungen das Bestehen eines Unterstützungswohnsitzes sich nicht ergibt?

Die Erstattungspflicht des Landarmenverbandes tritt nach § 30 des R. G. nur dann ein, wenn ein Unterstützungswohnsitz der betreffenden Person nicht zu ermitteln ist. Der Beweis dessen gilt nach Abs. 2 a. a. O. schon dann als erbracht, wenn der die Erstattung fordernde Armenverband die Vornahme von Erhebungen der oben bezeichneten Art dargelegt hat. Hierdurch ist jedoch nur — um dem vorläufig fürsorgepflichtigen Armenverbände die Beweisführung zu erleichtern, daß ein Unterstützungswohnsitz nicht zu ermitteln ist — eine Rechtsvermutung aufgestellt, welche von dem Landarmenverband in dem gegen ihn auf Erstattung angestellten Streitverfahren jederzeit durch den Nachweis beseitigt werden kann, daß der Unterstützte einen bestimmten Unterstützungswohnsitz besitze.

Die selbständige, von den gedachten beiden früheren Erkenntnissen unabhängige Prüfung des gesammten vorliegenden Materials hat dem Bundesamte die Ueberzeugung verschafft, daß der Kläger die ihm nach § 30 a. a. O. obliegende Ermittlungspflicht in vollem Umfange erfüllt hat, und daß aus den ermittelten Thatfachen sich das Bestehen eines Unterstützungswohnsitzes der Marianna R. nicht ergibt. Als solcher kann nach Lage der Sache nur Raschkowek und Pogrzybow in Frage kommen. Ueber ihren Aufenthalt an diesen Orten hat die seit dem 1. Dezember 1896 vom Kläger unterstützte Marianna R. auch bei ihrer ausführlicheren Vernehmung als Zeugin in der Streitsache des jetzigen Klägers wider den Ortsarmenverband Pogrzybow nur zu bekunden vermocht, daß sie in den Jahren 1891 bis 1895 in Raschkowek eine von ihr gemietete Schlafstelle besessen, aber fast täglich bei ihrer in Pogrzybow wohnenden verheiratheten Schwester gearbeitet habe; daß sie in den ersten Jahren zum Schlafen stets nach Raschkowek zurückgekehrt sei, dagegen in den letzten Jahren „seit etwa 1893“ auf Wunsch ihrer Schwester „meistens“ bei dieser in Pogrzybow genächtigt habe. Auch die übrigen in den Vorprozessen vernommenen Zeugen haben Bestimmteres über die Zeit und Dauer des Aufenthalts des Mädchens an den bezeichneten Orten nicht zu bekunden vermocht. Wollte man auf Grund jener Ermittlungen selbst annehmen, daß die Genannte in Raschkowek durch zweijährigen Aufenthalt den Unterstützungswohnsitz erworben habe, so würden doch die unbestimmten und unsicheren Angaben der Zeugen über Art und Dauer des Aufenthalts der R. während der Jahre 1893 bis 1895 weder die Feststellung ermöglichen, daß sie den Unterstützungswohnsitz dort nicht verloren, noch eine Feststellung, daß sie einen solchen in Pogrzybow erworben hat. Die vom Beklagten in der ersten Instanz aufgestellte Be-

hauptung: die Marianna K. habe den Unterstützungswohnsitz in Raschkowek nicht verloren, — war auf neue Thatfachen oder Beweismittel nicht gestützt. In der Berufungsinstanz hat der Beklagte nur behauptet: es sei durch die in den Vorprozessen erfolgte Beweisaufnahme festgestellt, daß die K. entweder in Raschkowek oder in Bogrzychow „ortsangehörig“ sei. Diese Annahme des Beklagten ist unzutreffend, wenn sie die Bedeutung hat, daß der Unterstützungswohnsitz für einen von beiden Orten nachgewiesen worden sei; sie ist unzureichend zur Widerlegung der dem Kläger zur Seite stehenden Rechtsvermutung des § 30 a. a. O., wenn damit nur der Nachweis erbracht werden sollte, daß Marianna K. an irgend einem Orte, gleichviel an welchem, einen Unterstützungswohnsitz besitze. Es hätte hierzu vielmehr des Nachweises bedurft, daß der Unterstützungswohnsitz im Bezirk eines bestimmten Ortsarmenverbandes erworben worden sei. Ein solcher Beweis ist aber vom Beklagten nicht angetreten worden.

Mr. 33.

Sind Armenärzte als Organe des Ortsarmenverbandes auch nach der Richtung hin anzusehen, daß eine zu ihrer Kenntniß gelangte Hilfsbedürftigkeit als dem Ortsarmenverbände fundbar geworden anzusehen ist?

R. G. §§ 30 Abs. 1b, 28.

A.

Landarmenverband der Provinz Schlesien -| Landarmenverband
der Stadt Breslau.

1. Inst.: Bezirksauschuß zu Breslau.

Urtheil des Bundesamts vom 1. Dezember 1900.

Der beklagte Landarmenverband Breslau hatte eingewendet, daß die Hülfbedürftigkeit des von dem Landarmenverbande der Provinz Schlesiens durch Krankenpflege unterstützten Mädchens Emilie K., bevor es am 14. Mai 1898 in Breslau in das Universitätskrankenhaus aufgenommen wurde, in Reife hervorgetreten sei. Es heißt darüber in den

Gründen:

In dieser Beziehung hatte der Beklagte lediglich geltend gemacht: der Dr. C. in Reife sei ein Organ der dortigen Ortsarmenpflege; auch habe sich der Vormund der K. noch an sonstige Organe der öffentlichen Armenpflege zu Reife gewendet. Auf diese letztere Behauptung, die bei ihrer Unbestimmtheit und in Ermangelung jeglichen Inhalts in den Akten keine Berücksichtigung verdient, ist der Beklagte in zweiter Instanz nicht zurückgekommen. Er leitet aber daraus, daß Dr. C. auch städtischer Bezirksarmenarzt sei, und daß das Mädchen sich bei der ärztlichen Untersuchung unzweifelhaft in einem hülfbedürftigen Zustande befunden habe, die Fürsorgepflicht des klagenden Landarmenverbandes her. — Indes mit Unrecht. Dr. C. ist von dem Vormunde der K. lediglich in seiner Eigenschaft als Oberarzt des fürstbischöflichen Hospitals angerufen worden und hat die Aufnahme in dieses Krankenhaus abgelehnt, weil die Kranke dort nicht in geeigneter Weise behandelt werden konnte. Dr. C. hat seiner Erklärung hinzugefügt, daß dies mit seiner Thätigkeit als Kommunal- oder Armenarzt nichts zu thun habe. Daß er diese Eigenschaften besaß, rechtfertigt es nicht, jeden zu seiner Kenntniß gelangten Krankheitsfall eines Hülfbedürftigen als zur Kenntniß des Ortsarmenverbandes Reife gekommen anzusehen. Es fragt sich vielmehr: ob und wiefern er nach der ihm obliegenden Amtspflicht dafür zu sorgen hatte, daß der Kranken die nöthige Fürsorge auf Kosten des Ortsarmenverbandes Reife zu

Theil wurde? An und für sich haben die Armenärzte nur dafür zu sorgen, daß die ihnen überwiesenen Kranken der öffentlichen Fürsorge theilhaftig werden, solange sie derselben bedürfen, mit der Einleitung der Armenpflege sind sie regelmäßig nicht befaßt. Sie können es vielmehr dem Kranken überlassen, sich an die dafür zuständigen Organe des Armenverbandes zu wenden. Das hat der Vorstand des Mädchens in Reife nicht gethan. Erst in Breslau ist für Emilie K. die Armenpflege in Anspruch genommen worden.

B.

Berlin ·|- Landarmenverband der Provinz Brandenburg.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Potsdam.

Urtheil des Bundesamts vom 20. Oktober 1900.

Gründe:

2c. Wenn nach der Rechtsprechung des Bundesamts, um den Eintritt der Hilfsbedürftigkeit innerhalb eines Armenverbandes zu begründen, es genügt, daß die Hilfsbedürftigkeit einem Organe der Armenverwaltung erkennbar geworden ist, so ist unter einem solchen Organe — als welches unter gewisser Voraussetzung auch der Armenarzt anzusehen ist*) — nur eine Person zu verstehen, die ordnungsmäßig, sei es durch gesetzliche oder durch allgemeine Verwaltungsvorschrift, oder durch Vertrag u. s. w., berufen und in der Lage ist, die Gewährung der Armenpflege unmittelbar eintreten zu lassen oder doch herbeizuführen. Dies ist aber bei den Armenärzten in Reinickendorf nach § 52 der Geschäftsanweisung für die Armendeputation der Gemeinde Reinickendorf nicht der Fall. Die Armenärzte haben nur, wenn bereits die Armenpflege an zuständiger Stelle in Anspruch genommen ist, bei der Feststellung

*) Entsch. 16 S. 75, 31 S. 48.

der Nothwendigkeit, soweit es sich um Krankenbehandlung handelt, mitzuwirken. Unmittelbar und zuerst in Anspruch genommen, ist der Armenarzt in Reinickendorf nicht befugt, armenärztliche Funktion zu üben; er kann nicht mehr thun als jeder Privatarzt, d. h. den von ihm Untersuchten an die zuständige Armenbehörde verweisen.

Folgt der Untersuchte dieser Weisung, so tritt die Hilfsbedürftigkeit erst mit der Inanspruchnahme der Armenbehörde in dem Armenverbande hervor; befolgt er sie nicht, so begründet die bloße ärztliche Untersuchung das Hervortreten der Hilfsbedürftigkeit überhaupt nicht. Letzterer Fall liegt hier, soweit der Armenverband Reinickendorf in Frage kommt, vor, auch dann, wenn Dr. C. den Th. etwa angewiesen hätte, sich mit seinem Attest zu dem Gemeindevorsteher in Reinickendorf — nicht nach einem beliebigen Krankenhause — zu begeben. Die Hilfsbedürftigkeit ist vielmehr armenrechtlich erst durch die Inanspruchnahme der Krankenhausbehandlung in Moabit, d. i. in Berlin, hervorgetreten.

Nr. 34.

Fortgesetzte Hilfsbedürftigkeit. — Besitz einiger Geldmittel bei der Entlassung des unheilbaren, aber nicht ständiger ärztlicher Behandlung bedürftenden Landarmen aus dem Krankenhause.

R. G. § 30 Abs. 1 b.

Löbau -|- Landarmenverband der Provinz Schlesien.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Breslau.

Urtheil des Bundesamts vom 20. April 1901.

Gründe:

Mit Unrecht ist in der Vorentscheidung bemerkt worden, daß es für die Frage, ob die Hilfsbedürftigkeit des land-

armen Webers W. in der Zeit zwischen seiner Entlassung aus dem Krankenhause zu Bunzlau am 15. Juli und seiner Aufnahme in das Krankenhaus zu Löbau am 31. Juli 1899 eine Unterbrechung erfahren habe, nicht darauf ankomme, ob W. sich etwas habe verdienen können, vielmehr darauf, ob er es gethan habe. Ein Mann, der sich durch Arbeit seinen Unterhalt verschaffen kann, ist ebensowenig hilfbedürftig, wie Jemand, der bereites Vermögen zu seinem Unterhalte zu verwenden im Stande ist. Freilich steht die Arbeitsfähigkeit des W. nicht fest. Indessen kommt es darauf nicht an, weil die Angabe des W. — dem seine Mutter am 22. Juni 1899 durch Postanweisung 9 M. gesendet hatte —, daß er bei seiner Entlassung aus dem Krankenhause zu Bunzlau davon noch mindestens 6 M. übrig gehabt habe, wohl glaubhaft erscheint. Der Zustand des W., der an einer unheilbaren chronischen Krankheit (anscheinend Rückenmarkschwindsucht) leidet, erfordert eine ständige Krankenhauspflege nicht, wie er denn im Jahre 1899 im April und im August auch aus dem Krankenhause zu Löbau entlassen werden konnte. Der Besiß von 6 M. gestattete ihm, mehrere Tage sich aus eigenen Mitteln zu unterhalten. Während dieser Zeit war er im armenrechtlichen Sinne nicht hilfbedürftig. Wie lange die 6 M. gereicht haben, und ob er sich nach deren Aufzehrung noch im Bezirke des beklagten Landarmenverbandes befunden hat, kann dahingestellt bleiben, weil weder behauptet, noch ersichtlich ist, daß er wegen Mittellosigkeit die öffentliche Hülfe innerhalb der Provinz Schlesien in Anspruch genommen hat. Bei der Entlassung aus dem Bunzlauer Krankenhause war W. nicht mittellos, auch fernere Krankenpflege nicht bedürftig.

Seine Hilfbedürftigkeit ist somit unterbrochen worden, und der beklagte Landarmenverband zur Erstattung der in Löbau entstandenen Krankenpflegekosten nicht verpflichtet.

Ebenso ist erkannt in Sachen Lübbecke -|- Hamburg (Urtheil v. 22. Juni 1901), wo einem z. Z. der Krankenpflege nicht bedürftigen, aber nur in sehr geringem Grade arbeitsfähigen Manne beim Verlassen des Krankenhauses aus einer Sammelbüchse ein Geldgeschenk von 3 M. gemacht war.

Nr. 35.

Unterbrechung der Hilfsbedürftigkeit einer im Bezirke des beklagten Landarmenverbandes dauernd unterstützten Person wird dadurch nicht begründet, daß ihre sofort nach ihrer Uebersiedelung in den Bezirk des klagenden Landarmenverbandes unternommenen Bemühungen, auch am neuen Wohnorte weitere Unterstützung zu erhalten, erst nach einigen Wochen Erfolg haben.

R. G. § 30 Abs. 1 b.

Landarmenverband der Provinz Posen -|- Landarmenverband der Provinz Westpreußen.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Danzig.

Urtheil des Bundesamts vom 6. Oktober 1900.

Gründe:

Streitig ist zwischen den Parteien nur: ob während des unterstützungsfreien Aufenthalts der Wittwe Ernestine M. in Bromberg im April und Mai 1895 deren Hilfsbedürftigkeit eine Unterbrechung erfahren hatte oder nicht? In Uebereinstimmung mit den vom Bezirksausschuß angeführten Gründen war das Letztere anzunehmen.

Die wirthschaftliche Lage der Wittve M., welche seit Jahren für Rechnung des Beklagten in Blotto dauernd unterstützt worden war, hatte durch ihren Fortzug von dort

gar keine Aenderung erfahren. Sie hatte bereits in Blotto mit ihrer Tochter, Frau K., zusammen gewohnt und war mit dieser zusammen nach Bromberg gezogen. Die Tochter war in Blotto für nicht fähig erachtet worden, ihre Mutter ohne Gewährung einer Beihilfe aus Mitteln der öffentlichen Armenpflege zu unterhalten; sie ist hierzu unstreitig auch in Bromberg nicht im Stande gewesen. Die Wittwe M. hatte auch bei dem Wegzuge von Blotto den dortigen Gemeindevorsteher gebeten, die fortlaufende Unterstützung von 9 M. ihr nach Bromberg zu senden, und bereits am 3. April 1895 einen gleichen Antrag an den Kreisaußschuß des Kreises Kulm gerichtet. Auf den ihr von dort ertheilten Bescheid: sie möge sich an den Magistrat in Bromberg wenden, hatte sie bei diesem am 4. Mai 1895 ein Gesuch um Gewährung von Armenunterstützung eingereicht, dem dann auch im Juni entsprochen worden ist. Dadurch, daß die Bemühungen der Mutter um Fortgewährung der ihr bewilligten Armenunterstützungen nicht sofort Erfolg gehabt haben, daß vielmehr einige Wochen verfloßen sind, bis ihr die nachgesuchte Unterstützung gewährt worden, ist eine Unterbrechung ihrer Hilfsbedürftigkeit nicht bewirkt worden. Wenn ihre Tochter auch thatsächlich die Mittel aufgebracht hat, um die Mutter bis zur Wiedergewährung der unterbrochenen Zahlung der nachher wie vorher gewährten fortlaufenden Unterstützung einige Wochen nothdürftig zu unterhalten, so wird hierdurch die Identität des Pflegefalls nicht aufgehoben. Der vorliegende Fall unterscheidet sich in seinem Thatbestande wesentlich von dem des Wilhelm D., auf den sich die vom Beklagten angeführte Entscheidung des Bundesamts vom 2. November 1895 bezog. Der vorher in Marienburg unterstützte D. war nach Dietrichsdorf verzogen, hatte sich dort, ohne eine Armenunterstützung zu beanspruchen, im Haushalte seines Sohnes aufgehalten und war von diesem unterhalten worden. Erst in Oppeln, wohin er seinen Wohnsitz

von Dietrichsdorf aus verlegte, hatte er Unterstützung nach-
 gesucht. Es konnte demnach davon ausgegangen werden,
 daß eine Hilfsbedürftigkeit des D. in Dietrichsdorf nicht
 bestanden hatte. In dem jetzt zur Entscheidung gestellten
 Falle ist eine solche aber sofort nach dem Umzug in den
 neuen Wohnort in demselben Maße wie an dem früheren
 Wohnorte hervorgetreten, auch alsbald zur Kenntniß des
 Ortsarmenverbandes des neuen Wohnorts gebracht worden.

Nr. 36.

Auch bei den in der Fürsorge des Landarmen-
 verbandes befindlichen Geisteskranken, welche aus
 der Anstalt entweichen, wird durch eine In-
 haftirung die Hilfsbedürftigkeit unterbrochen.

R. G. §§ 30 Abs. 1 b, 32 a.

Landarmenverband der Provinz Posen - Landarmenverband der
 Stadt Breslau.

I. Inst: Bezirksausschuß zu Breslau.

Urtheil des Bundesamts vom 3. November 1900.

Gründe:

Der landarme und geistesranke Bäcker Hermann M.
 entwich am 11. Januar 1899 aus der Provinzialirrenan-
 stalt zu Działka, in der er seit dem 21. Juli 1898 auf
 Kosten des Klägers verpflegt wurde. Am 21. Januar 1899
 wurde er in Breslau wegen Bettelns verhaftet, zwei Tage
 darauf aber, nachdem seine Geisteskrankheit erkannt worden,
 der Armenverwaltung überwiesen. Aus der städtischen
 Irrenanstalt zu Breslau wurde er durch die, von seiner
 Ergreifung verständigte, Direktion der Provinzialirrenanstalt
 zu Działka ohne vorherige Genehmigung des Landes-
 hauptmanns der Provinz Posen abgeholt. Der Kläger
 fordert die in der Zeit vom 27. Januar bis 21. Dezember

1899 in der Provinzialirrenanstalt zu Dzierzauka entstandenen Kosten mit 225 M. 13 Pf. von dem Beklagten, von der Ansicht ausgehend, daß durch die Verhaftung des M. in Breslau eine Unterbrechung des Pflegefalls eingetreten sei.

Der Bezirksausschuß hat dagegen angenommen, daß der Breslauer Pflegefall als eine Fortsetzung der im Bezirke des klagenden Landarmenverbandes vorher eingetretenen Hilfsbedürftigkeit anzusehen sei. Die von dem Kläger für seine entgegengesetzte Rechtsauffassung angeführte Entscheidung des Bundesamts vom 10. Februar 1894*) betreffe einen Thatbestand, der sich mit dem vorliegenden nicht vollständig decke; zumal da in jenem Falle zwischen der Entweichung des Unterstützten aus der Anstalt und seiner Verhaftung ein monatelanger Zeitraum gelegen habe, während es sich hier nur um wenige Tage handle.

Diese Entscheidung hat nicht aufrecht erhalten werden können.

Der Bezirksausschuß verkennt, daß in dem Urtheile vom 10. Februar 1894 die Ausführung, daß die armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit eines Gefangenen während der Dauer der Haft als aufgehoben angesehen werden muß, den Kernpunkt bildet. Ob die Verhaftung eines entwichenen Geisteskranken nach einigen Tagen oder erst nach Monaten erfolgt, ist ebensowenig von Bedeutung, wie die Ursache der Verhaftung. Auch bei einem verhafteten Bettler gilt der Satz, daß die Gefängnißbehörde ihm während der Dauer der Haft den nothdürftigen Lebensunterhalt gewährt und zu gewähren verpflichtet ist, so daß derselbe nicht in die Lage kommen kann, eine Armenbehörde um öffentliche Unterstützung anzurufen. Das Bundesamt hat ausgeführt, daß selbst eine eintägige Haft die Hilfsbedürftigkeit unterbricht.**)

*) Entsch. 26 S. 98.

**) Entsch. 29 S. 86.

Liegt hiernach eine Unterbrechung der Hilfsbedürftigkeit des M. in der Zeit vom 21. bis 23. Januar 1899 vor, so wurde durch seine Entlassung aus dem Gefängniß in Breslau ein neuer Fall der Armenpflege geschaffen, dessen Fortsetzung die Gewährung der Anstaltspflege in Dzierkaufa bildet. Allerdings scheint sich daraus, daß die Direktion dieser Anstalt den M. von Breslau hat abholen lassen, die Annahme zu rechtfertigen, als sei dessen Entweichung nicht ohne Verschulden der Anstaltsbeamten geschehen. Das Bundesamt hat in einem solchen Falle in dem Urtheile vom 25. März 1899*) ausgeführt, daß die Kosten des Rücktransports dem Landarmenverbande zur Last fallen, aus dessen Anstalt der Geisteskranke entwichen war. Allein aus dieser Entscheidung kann für den vorliegenden Rechtsstreit zu Ungunsten des Klägers nichts hergeleitet werden, weil in jenem Falle die Rückführung des Entwichenen von der Armenverwaltung des Ergreifungsorts bewirkt wurde, ohne daß inzwischen eine Verhaftung desselben wegen einer Straftat stattgefunden hatte.

Hiernach hat die Vorentscheidung, wie geschehen, abgeändert werden müssen.

Nr. 37.

Die Vorschrift des § 30 Abs. 1 b Schlusssatz setzt nicht voraus, daß die Hilfsbedürftigkeit des Landarmen schon zur Zeit der Einlieferung desselben in die Kranken- u. s. w. Anstalt bestanden habe; sie sieht vielmehr die Fürsorgepflicht des Landarmenverbandes, aus welchem die Einlieferung erfolgt ist, auch für den Fall vor, daß die Hilfs-

*) Entsch. 31 S 150.

Entsch. d. R. A. f. d. Heimathw. Heft 33.

bedürftigkeit des Pflinglinges erst mit dessen Entlassung aus der Anstalt eintritt.

R. G. § 30 Abs. 1 b Schlußsatz.

Heppenheim - Landarmenverband der Provinz Hannover.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Hannover.

Urtheil des Bundesamts vom 20. April 1901.

Gründe:

Der Kläger begründet seinen Anspruch auf Uebernahme des auf seine Kosten in der Landes-Irrenanstalt zu Heppenheim verpflegten geisteskranken, angeblich landarmen, vor-maligen Apothekers Heinrich K. und auf Erstattung der Pflegekosten durch Berufung auf die Vorschrift des § 30 Abs. 1 unter b des R. G., der zufolge, wenn ein Landarmer in hilfsbedürftigem Zustand aus einer Straf-, Kranken- u. s. w. Anstalt entlassen wird, die endgültige Fürsorgepflicht demjenigen Landarmenverbände obliegt, aus welchem seine Einlieferung in die Anstalt erfolgt ist. Eine Einlieferung im Sinne dieser Gesetzesvorschrift soll nach der Behauptung des Klägers darin zu finden sein, daß K. im August 1890 von Lesum in der Provinz Hannover aus, wo er sich damals bei dem Apotheker W. in Stellung befand, in die Anstalt Bethel bei Bielefeld aufgenommen wurde, von der er dann im Jahre 1894 in die Irrenanstalt zu Heppenheim überführt worden ist.

Wenn der Bezirksausschuß die Klage um deshalb abgewiesen hat, weil K. zur Zeit der angeblichen Einlieferung in die Anstalt Bethel nicht hilfsbedürftig gewesen sei, indem die Pflegekosten sowohl in Bethel, wie in Heppenheim bis zum Jahre 1898 von dem Vater des Kranken getragen worden seien, so beruht dieser Entscheidungsgrund auf Rechtsirrtum. Die oben erwähnte Gesetzesvorschrift setzt, wie der Kläger mit Recht geltend

macht, keineswegs voraus, daß die Hilfsbedürftigkeit des Landarmen schon zur Zeit der Einlieferung desselben in die Anstalt vorhanden gewesen ist; ihre praktische Bedeutung liegt vielmehr der Hauptsache nach gerade darin, daß sie die Fürsorgepflicht des Landarmenverbandes, aus welchem die Einlieferung erfolgt ist, auch für den Fall vorsieht, daß die Hilfsbedürftigkeit des Pfleglings erst mit dessen Entlassung aus der Anstalt eintritt.

Dessenungeachtet kann die Berufung des Klägers keinen Erfolg haben, weil sich aus den von dem Bezirksausschuß eingezogenen Akten der Anstalt Bethel mit voller Bestimmtheit ergibt, daß die Aufnahme des R. in diese Anstalt im Sommer 1890 mit einer Einlieferung im Sinne des R. G. nicht verbunden war. In diesen Akten befindet sich ein Schreiben des R. an die Anstaltsverwaltung vom 30. Juli 1890, in welchem er selbst sein Eintreffen in der Anstalt für den folgenden Tag in Aussicht stellt und die Gründe auseinandersetzt, die es ihm, wie auch seinem bisherigen Prinzipal, als wünschenswerth erscheinen ließen, daß er zunächst noch einige Zeit in der Anstalt, aus der er erst im Frühjahr desselben Jahres ausgeschieden war, zubringe und sich dadurch weiter kräftige. Der Brief ist in einer Weise abgefaßt, daß über die auf freier Entschließung beruhende Rückkehr des R. in die Anstalt kein Zweifel bestehen kann. Die Annahme einer Einlieferung erscheint hiermit ausgeschlossen.

Nr. 38.

für die Anwendbarkeit des § 30 Abs. 1 b Schlusssatz des R. G. ist es nicht erforderlich, daß die Hilfsbedürftigkeit der Armenbehörde des Entlassungsorts im Zeitpunkte der Entlassung erkennbar wird, sofern dies nur unmittelbar oder sobald nach

jenem Zeitpunkte geschieht, daß an der seitdem fortbestehenden Hülfbedürftigkeit nicht gezweifelt werden kann.

R. G. § 30 Abs. 1b Schlußsatz.

Berlin · Landarmenverband der Provinz Brandenburg.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Potsdam.

Urtheil des Bundesamts vom 27. Oktober 1900.

Gründe:

Der Bezirksausschuß hat den in der Entscheidung des Bundesamts vom 15. Mai 1886*) enthaltenen Satz:

„Tritt der hülfbedürftige Zustand nicht am Orte und im Zeitpunkt der Entlassung hervor, so findet der zweite Satz des § 30b Unterstützungswohnitzgesetzes überhaupt keine Anwendung“

zu eng aufgefaßt, indem er glaubt, der Zwischenraum von einem Tage zwischen dem Augenblicke der Entlassung des Schuhmachers M. aus dem Stadtvoigteigefängniß zu Berlin und der Wahrnehmung seiner Hülfbedürftigkeit durch die Armenorgane des Entlassungsorts stehe der Anwendung jener Vorschrift entgegen.

Der der gedachten Entscheidung des Bundesamts zu Grunde liegende Fall bietet zu so enger Auffassung keinen Anlaß. In demselben war die Entlassung 3 Tage vor Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege an einem anderen Orte und innerhalb eines anderen Landarmenbezirkes erfolgt. Wenn in dem generalisirenden Satze jener Entscheidung die beiden Erfordernisse, welche die Anwendbarkeit der hier fraglichen Bestimmung bedingen, angegeben und bezeichnet worden als „Hervortreten des hülfbedürftigen Zustandes am Ort und im Zeitpunkte der Entlassung“, so lassen die vorangegangenen Ausführungen er-

*) Entsch. 18 S. 93 ff. insbesondere S. 96.

kennen, daß es in dem damaligen Falle hauptsächlich darauf ankam, zu betonen, daß die Hülfbedürftigkeit der Armenbehörde des Entlassungsorts erkennbar geworden, also im Landarmenbezirke des Entlassungsorts hervorgetreten sein müsse. Die Frage des Zeitpunkts des Hervortretens der Hülfbedürftigkeit ist nicht näher erörtert worden.

Das Gesetz macht in seinem Wortlaute die Verpflichtung des Landarmenverbandes, aus welchem die Einlieferung in die Anstalt erfolgt ist, nur davon abhängig, daß der Unterstützte im hülfbedürftigen Zustand aus der Anstalt entlassen worden. Darnach muß der hülfbedürftige Zustand bei der Entlassung bestanden haben. Mehr wollen auch die Worte der Bundesamts-Entscheidung „im Zeitpunkte der Entlassung“ nicht besagen; sie wollen und können nicht bedeuten, daß die Armenbehörde des Entlassungsorts in dem Augenblicke, in welchem die Entlassung rechtlich durch ihre Mittheilung oder thatsächlich durch den Austritt aus der Anstalt sich vollzieht, von dem hülfbedürftigen Zustand unterrichtet sein müsse. Es genügt vielmehr, wenn letzteres in so unmittelbarer oder doch baldiger Aufeinanderfolge nach dem erstbezeichneten Zeitpunkte geschieht, daß kein Zweifel darüber obwalten kann, daß der die Hülfbedürftigkeit verursachende Zustand in der Zwischenzeit unverändert bestanden hat. Hierfür wird die Vermuthung namentlich dann sprechen, wenn die Entlassung wegen eines körperlichen Zustandes (z. B. Arbeitsunfähigkeit) erfolgt ist, der die Hülfbedürftigkeit unmittelbar hervorrufen muß.

Die vorbezeichnete Voraussetzung erscheint im gegenwärtigen Falle erfüllt, da, nach dem übereinstimmenden Sachvortrage der Parteien, der schon in dem Stadtvoigteigefängniß als arbeitsunfähig und mittellos erkannte und gerade wegen seiner Arbeitsunfähigkeit ohne Verhängung korrekioneller Nachhaft entlassene Schuhmacher M. am

frühen Morgen des Tages nach der Entlassung am Entlassungsorte hilfsbedürftig aufgefunden und der Armenbehörde zugeführt wurde. Deshalb ist gemäß § 30 b letzter Satz des Unterstützungswohnsitzgesetzes der Landarmenverband der Provinz Brandenburg, aus welchem M. in die Stadtvoigtei zu Berlin eingeliefert war, fürsorgepflichtig, so daß — unter Abänderung der Vorentscheidung — die kostenpflichtige Verurtheilung des Beklagten nach dem Klageantrag auszusprechen war.

Nr. 39.

Für die Anwendbarkeit der Vorschrift im § 30 Abs. 1 b Schlusssatz des R. G. ist nicht nothwendig, daß die Entlassung mit einer Entfernung aus der Krankenanstalt verbunden war; wenn nur das Aufhören der von anderer Seite für den Pfleger geübten Fürsorge und das Eintreten der Armenpflege an deren Stelle äußerlich erkennbar hervortritt.

R. G. § 30 Abs. 1 b Schlusssatz.

Frankfurt a./M. · Landarmenverband des Kreises Mainz.

I. Inst.: Provinzialausschuß der Provinz Rheinhesfen.
Urtheil des Bundesamts vom 13. Oktober 1900.

Gründe:

Der landarme Theobald F., der sich wegen Geisteskrankheit im Militär Lazareth zu Mainz befand, ist im Februar 1899 von der Militärbehörde in die Irrenanstalt zu Frankfurt a. M. verbracht und dort zunächst auf Kosten des Militäriskus versorgt worden. Durch Schreiben vom 22. Februar 1899 theilte die Militärbehörde der Anstaltsverwaltung mit, daß die Kosten der Pflege des F., nachdem

dieser inzwischen aus dem Geere entlassen sei, nur noch bis zum Ende des Monats getragen werden würden, und daß die Anstaltsverwaltung sich wegen der weiteren Kosten mit dem Armenverbande Mainz ins Benehmen setzen möge. Der Vorstand der Irrenanstalt gab hiervon der Armenbehörde in Frankfurt Nachricht, welche darauf pflichtmäßig auf Grund des § 28 des R. G. die nunmehr nothwendig gewordene Armenpflege für F. vom 1. März 1899 an ihrerseits übernommen hat. F. ist im April desselben Jahres gebessert und in nicht hülfsbedürftigem Zustand aus der Irrenanstalt entlassen worden.

Die Erstattung der entstandenen Kosten beansprucht der Kläger von dem beklagten Landarmenverbande des Kreises Mainz; er stützt den Anspruch auf die Schlußbestimmung des § 30 unter b des R. G., derzufolge, wenn ein Landarmer in hülfsbedürftigem Zustand aus einer Straf-, Kranken-, Bewahr- oder Heilanstalt entlassen wird, derjenige Landarmenverband erstattungspflichtig ist, aus welchem seine Einlieferung erfolgt ist.

Der Provinzialausschuß hat diese Vorschrift auf den vorliegenden Fall nicht für anwendbar erachtet, weil eine Entlassung des F. aus der Irrenanstalt am 1. März 1899 nicht stattgefunden habe, vielmehr die Kosten, um deren Erstattung es sich handle, gerade dadurch entstanden seien, daß F. in der Anstalt habe belassen werden müssen.

Diese Entscheidung kann nicht aufrecht erhalten werden; sie beruht auf einer zu engen Auslegung des Gesetzes, die Zweck und Absicht desselben nicht genügend berücksichtigt.

Wie das Bundesamt schon in früheren Entscheidungen ausgeführt hat, ist der Zweck der gedachten Ausnahmbestimmung: die Landarmenverbände, in deren Bezirke sich Straf-, Heil- oder ähnliche Anstalten befinden, vor der Armenlast zu bewahren, die sie nach der allgemeinen Regel

des Gesetzes treffen würde, wenn landarme Personen von außerhalb in eine solche Anstalt eingeliefert, in dieser zunächst auf Kosten des Staates, einer anderen Stelle oder aus eigenem Vermögen unterhalten werden, hinterher aber der Armenpflege anheimfallen. Es erschien unbillig, den betreffenden Landarmenverbänden eine Last aufzubürden, die bei der großen Zahl der in solchen Anstalten befindlichen erwerbsunfähigen Personen einen sehr bedeutenden Umfang annehmen könnte, und von dem Landarmenverbande nur in Folge des zufälligen Umstandes getragen werden müßte, daß die Anstalt sich in seinem Bezirke befindet. Das Gesetz geht hierbei von dem regelmäßigen — bei Strafanstalten in der That allein möglichen — Falle aus: daß die Hülfbedürftigkeit des Sträflings oder Pfleglings erst mit dessen Entlassung aus der Anstalt eintritt, indem die anderweitige Fürsorge, durch welche die Kosten seines Aufenthalts in der Anstalt bestritten worden sind, bis zur Beendigung dieses Aufenthalts fortgedauert hat. Aus diesem Grunde erwähnt das Gesetz auch nur den Fall, daß der Unterstützte in hülfbedürftigem Zustand aus der Anstalt entlassen worden. Allein nach dem Zwecke und der Absicht der Vorschrift kann der räumlichen Entfernung aus der Anstalt entscheidende Bedeutung nicht beigelegt werden. Auch wenn die Hülfbedürftigkeit des Pfleglings noch während seines Aufenthalts in der Anstalt entsteht, weil diejenige Stelle, welche bisher für ihn gesorgt hatte, erklärt: sich seiner nicht mehr annehmen zu wollen, — kann, ohne mit der Absicht des Gesetzes in Widerspruch zu treten, die endgültige Tragung der Kosten für den weiter nothwendigen Aufenthalt des Pfleglings in der Anstalt nicht dem Landarmenverband aufgelegt werden, in dessen Bezirke sich die Anstalt befindet. Ein innerer Grund für eine verschiedene Behandlung beider Fälle ist schlechterdings nicht ersichtlich.

Hierzu kommt, daß die Beendigung der bisherigen Fürsorge für den nun armenrechtlich Hilfsbedürftigen immerhin eine Entlassung, wenn auch nicht aus den Räumen der Anstalt, doch aus jener, in der Anstalt bis dahin geübten Fürsorge darstellt. Die Auffassung, welche den Begriff der Entlassung in diesem weiteren Sinne versteht, liegt schon dem Urtheile vom 29. Juni 1874*) zu Grunde. In dem dort entschiedenen Falle hatte zwar die Justizbehörde, von welcher ein Strafgefangener in einer Irrenanstalt untergebracht worden war, die Anstaltsverwaltung ersucht, den Kranken aus der Anstalt zu entlassen und ihn der Armenbehörde des Ortes vorzuführen. Allein dieses Ersuchen hatte, da eine Entlassung des Kranken aus der Anstalt wegen seines Zustandes unmöglich war und auch nicht stattgefunden hat, in Wirklichkeit doch nur den Zweck und Sinn, die Tragung der weiteren Kosten für die Pflege des Kranken in der Anstalt abzulehnen, also diesen aus der Fürsorge der Justizbehörde zu entlassen.

Eine engere Auslegung der Schlußbestimmung des § 30 unter b würde, wie der Kläger mit Recht geltend macht, zu einem zwecklosen und ungerechtfertigten Formalismus führen. Sie führt auch zu praktisch unhaltbaren Ergebnissen, wie denn z. B. im vorliegenden Falle, wenn F. auch noch nach seiner Entlassung aus der Irrenanstalt der Armenunterstützung bedurft hätte, die Ansicht des ersten Richters dahin führen würde, daß zwar die Kosten, welche hierdurch entstanden, von dem Beklagten, dagegen die Kosten der Anstaltspflege von dem Landarmenverbande des Regierungsbezirkes Wiesbaden zu tragen wären, obgleich doch unzweifelhaft nur ein und derselbe fortgesetzte Pflegefall vorläge. Einen solchen Zustand kann das Gesetz nicht beabsichtigt haben.

*) Entsch. 4 S. 59 ff.

Um in Fällen, wie dem vorliegenden, die Schlußbestimmung des § 30 unter b des Unterstützungswohnsitzgesetzes zur Anwendung zu bringen, muß freilich das Aufhören der anfänglich für den Pflegling von einer anderen Stelle als der Armenbehörde geübten Fürsorge und das Eintreten der Armenpflege an Stelle derselben äußerlich erkennbar hervorgetreten sein. Hieran hat es aber im gegenwärtigen Falle auch nicht gefehlt; denn durch das Schreiben der Militärbehörde vom 22. Februar 1899 und durch die daraufhin von der Armenbehörde in Frankfurt getroffene Verfügung war auf das Unzweideutigste klargestellt: daß mit dem 1. März 1899 dem F. die Fürsorge der Militärverwaltung entzogen und dafür die Armenpflege des Klägers zu Theil wurde.

Der Erstattungsanspruch des Klägers erscheint hiernach begründet.

IV. Höhe des Erstattungsanspruchs.

Nr. 40.

Die Tariffsätze sind Pauschalsätze, bei deren Anwendung es nicht darauf ankommt, ob das Geleistete thatsächlich einen solchen Aufwand erfordert hat; namentlich nicht, ob der behandelnde Arzt Gebühren überhaupt erhalten hat, und ob er verpflichtet war, die Behandlung für seine Remuneration als Armenarzt zu bewirken. Eine Verminderung des auch die Arzneikosten und sonstigen Heilmittel umfassenden Satzes in Nr. 2 des preussischen Tarifs aus letzterem Grunde ist nicht vorgesehen. § 30 Abs. 3 greift nur Platz, wenn die Erstattung nicht nach Tariffsätzen erfolgte.

R. G. § 30 Abs. 3 u. 4.

Preussischer Tarif vom 2. Juli 1876 Nr. 2.

Filfil - Memel.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Königsberg.
 Urtheil des Bundesamts vom 20. April 1901.

Gründe:

Schon der Wortlaut der Nr. 2 des Tarifs vom 2. Juli 1876 ergibt, daß der in demselben für ärztliche und wund-ärztliche Behandlung einschließlich der Heilmittel vorgegebene Betrag von 20 Pfennig täglich nur auf Personen Anwendung findet, welche nach Nr. 1 des Tarifs wegen ihrer Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit (auch abgesehen von ärztlicher u. f. w. Behandlung) täglicher Verpflegung bedürfen und solche erhalten. Nur wo es sich um Aufwendungen handelt, deren täglicher oder wöchentlicher Betrag in Pauschquanten sich feststellen läßt, können überhaupt Tariffsätze normirt werden (§ 30 Abs. 4 des R. G.). Dies trifft regelmäßig nur für Personen zu, die in Anstalten tägliche Verpflegung, sei es als Gesunde oder als Kranke, erhalten. Die Nr. 4 des Tarifs sichert den erstattungspflichtigen Armenverband gegen höhere Liquidationen, wenn statt der Anstaltspflege dieselben Leistungen außerhalb der Anstalt gewährt werden, also neben täglicher Verpflegung auch tägliche ärztliche Behandlung u. f. w. *)

In solchen Fällen findet — abgesehen von Verwundungsfällen und schweren Krankheiten — eine Spezialliquidation von Aufwendungen überhaupt nicht statt. Die Tariffsätze sind Pauschalsätze, bei deren Anwendung es nicht darauf ankommt, ob das Geleistete auch thatsächlich einen solchen Aufwand erfordert hat; ebensowenig aber auch, ob der behandelnde Arzt im Einzelfalle Gebühren überhaupt erhalten hat, und ob er verpflichtet war, die Behandlung

*) Vergl. Entsch. 24 S. 147, 148; 26 S. 110.

für seine Remuneration als Armenarzt zu bewirken oder nicht. — Nur wo die Tariffsätze keine Anwendung finden, wo also der unterstützende Armenverband seine Aufwendungen im Einzelnen zu liquidiren hat, also auch die Gebühren für den behandelnden Arzt, greift § 30 Abs. 3 a. a. O. mit der Vorschrift ein, daß für die Hülfsleistung durch festremunerirte Armenärzte besondere Gebühren nicht gefordert werden dürfen.

Der Bezirksausschuß hat hiernach mit Recht im vorliegenden Falle, in welchem eine Verpflegung der Wittve W. im Sinne der Nr. 1 des Tarifs nicht stattgefunden hat, die Liquidation eines Pauschalsatzes von 20 Pfennig für ärztliche Behandlung für unzulässig erklärt. Daß ein solcher Satz, auch wenn der behandelnde Arzt ein festremunerirter Armenarzt ist, neben dem Tariffsatz aus Nr. 1 gefordert werden kann, falls dieser aber nicht Platz greift, überhaupt nicht, — folgt aus der Natur der Tariffsätze als Pauschalsätze, sowie daraus, daß eine Verminderung des auch die Arzneikosten und sonstige Heilmittel umfassenden Satzes in Nr. 2 für den Fall, daß die Behandlung durch einen festremunerirten Armenarzt geschah, nicht vorgesehen ist.

V. Einreden gegen den Erstattungsanspruch.

Nr. 41.

Unterbrechung der Verjährung.

Die Frage, durch welchen prozessualen Akt eine Klage im armenrechtlichen Streitverfahren als erhoben anzusehen ist, muß nach den für dieses Verfahren landesgesetzlich geltenden Prozeßvorschriften, nicht nach § 230 (jetzt § 253) der Civilprozeßordnung entschieden werden.

R. G. § 30 a.**Landarmenverband der Provinz Westpreußen -|- Briesen.**

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Marienwerder.

Urtheil des Bundesamts vom 22. September 1900.

Gründe:

Der Bezirksausschuß hat die Klage wegen Verjährung nach § 30 a R. G. abgewiesen, ohne daß in erster Instanz die Einrede der Verjährung ausdrücklich erhoben war. Er ist der Meinung, daß in dem gänzlichen Bestreiten des Klageanspruchs auch das Abwehrmittel der Verjährung enthalten und daß letzteres, weil dem öffentlichen Recht angehörig, auch von Amtswegen zu berücksichtigen sei. Das Irrige dieser Auffassung ergiebt sich aus dem Urtheile des Bundesamts vom 5. Februar 1898. *) Der Bezirksausschuß hätte daher dem Klageanspruch die Verjährung, die nicht ausdrücklich geltend gemacht war, nicht entgegenhalten dürfen. Indessen ist in der Berufungsinstanz die Einrede vom Beklagten nachträglich erhoben worden, weshalb nunmehr deren Berechtigung sachlich zu prüfen ist.

Diese Prüfung läßt die Verjährungseinrede im vorliegenden Falle als unbegründet erscheinen. Zwar greift die Vorschrift im § 30 a R. G. auch der *conditio indebiti* gegenüber Platz; **) die Verjährungsfrist ist jedoch rechtzeitig unterbrochen worden. Der Kläger hat nämlich in zweiter Instanz nachgewiesen, daß die Klage am 31. Dezember 1899 dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses seitens der Post ausgehändigt worden ist. Sie muß deshalb als während des Jahres 1899 beim Bezirksausschuß eingegangen gelten, wenngleich der Eingangsstempel das Datum des 1. Januar 1900 trägt. ***) Der Beklagte hat eingewendet, daß nicht

*) Entsch. 30 S. 159.

**) Entsch. 31 S. 111.

***) Vergl. Entsch. 23 S. 179.

der Eingang der Klage beim Bezirksausschusse, sondern nur die Zustellung an die Gegenpartei — welche im vorliegenden Falle erst am 11. Januar 1900 erfolgt ist — die Unterbrechung der Verjährung bewirke. Er hält in dieser Beziehung die Vorschriften der Civilprozeßordnung für maßgebend und leitet überdies aus den Vorschriften der §§ 29 und 34 des R. G. den Grundsatz ab, daß für die Berechnung der Verjährungsfrist bei Ansprüchen in Armenunterstützungssachen der Tag der Anmeldung bei dem schuldigen Armenverbande entscheidend sein müsse. (In diesem Sinne wird der Satz der auf die Berufungsschrift abgegebenen Gegenerklärung des Beklagten, daß die Verjährungsfrist erst von dem vorbezeichneten Tage ab gerechnet werde, zu verstehen sein).

Dieser Standpunkt des Beklagten erscheint unzutreffend.

Die Verjährung eines Rechtsanspruchs ist zunächst und in erster Linie eine Frage des bürgerlichen Rechtes. Dieses trifft über die Dauer der Verjährungsfrist, deren Beginn und Vollenbung, Ruhen und Unterbrechung die grundlegenden Bestimmungen. Soweit — wie in § 30a R. G., in den Gesetzen über öffentliche Abgaben u. A. — die Verjährung von Rechtsansprüchen im öffentlichen Rechte vorgesehen ist, erscheinen die bezüglichlichen Vorschriften als Sonderbestimmungen des öffentlichen Rechtes, zu deren Ergänzung im Einzelnen die allgemeinen Grundsätze des bürgerlichen Rechtes zur Anwendung gelangen (vergl. Art. 8, insbesondere § 2, des preussischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche). Das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und die Novelle vom 12. März 1894 enthalten keine besonderen Vorschriften über die Frage, wodurch die im § 30a vorgesehene Verjährung unterbrochen wird? Die Frage ist deshalb aus den allgemeinen Regeln des bürgerlichen Rechtes zu beurtheilen,

und zwar im vorliegenden Falle, da es sich darum handelt: ob der am 31. Dezember 1899 erfolgte Eingang der Klage beim Bezirksausschusse den Lauf der Verjährungsfrist unterbrochen hat? nach dem an diesem Tage geltenden Rechte. Als solches kommt für die Parteien zunächst das preussische Allgemeine Landrecht in Betracht. Dessen Vorschriften sind zwar, soweit nach Theil I Titel 9 §§ 551 ff. die Unterbrechung der Verjährung schon durch gerichtliche Anmeldung des Anspruchs eintritt, durch § 239 (jetzt § 267) der Civilprozeßordnung, wonach alle Wirkungen, welche durch die Vorschriften des bürgerlichen Rechtes an die Anstellung, Mittheilung oder gerichtliche Anmeldung der Klage . . . geknüpft werden — unbeschadet der Vorschrift des (hier nicht in Betracht kommenden) § 190 (jetzt § 209) mit der Erhebung der Klage eintreten, aufgehoben worden; jedoch nur für den sachlichen Geltungsbereich der Civilprozeßordnung. Dieser aber ist durch § 3 des Einführungsgesetzes auf die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten beschränkt, welche vor die ordentlichen Gerichte gehören. Für die Ansprüche aus dem Armenrechte, welche vor anderen Gerichten zum Austrage zu bringen sind, bewendete es daher bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs bei den angezogenen Vorschriften des Allgemeinen Landrechts. Demzufolge aber wäre im vorliegenden Falle die Verjährung rechtzeitig unterbrochen, weil in der Einreichung der Klage bei dem zuständigen Gerichte jedenfalls eine gerichtliche Anmeldung des Anspruchs enthalten ist.

Die rechtzeitige Unterbrechung der Verjährung würde aber auch dann angenommen werden müssen, wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte, daß jene Vorschrift der Civilprozeßordnung, die sich hinsichtlich der Unterbrechung der Verjährung mit § 209 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs deckt, als eine nicht bloß prozessuale, sondern — insofern sie die abweichenden Vorschriften des

bürgerlichen (Landes-) Rechts aufhebt — materiell-rechtliche Vorschrift auch in solchen Streitfachen öffentlichen Rechtes anzuwenden sei, bei denen auf das materielle bürgerliche Recht zurückzugehen ist; daß sie also, da das Unterstützungswohnsitzgesetz Sonderbestimmungen über die Unterbrechung der Verjährung nicht trifft, als eine allgemeine Regel des bürgerlichen Rechtes insbesondere auch beim Streite über die Verjährung von Ansprüchen der Armenverbände nach § 30a des R. G. maßgebend sein müsse.

Denn, dies vorausgesetzt, käme es darauf an: wann im Armenstreitverfahren die Klage als erhoben anzusehen ist, insbesondere ob bereits durch die Einreichung bei dem Gericht oder erst durch die Zustellung an den Gegner? Diese Frage aber ist jedenfalls eine rein prozessuale, ausschließlich das Verfahren betreffende. Für ihre Beurtheilung können die einschlägigen Vorschriften der zunächst nur für die Erledigung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten bestimmten Civilprozeßordnung nicht ohne Weiteres maßgebend gemacht werden. Vielmehr kommen, da das Unterstützungswohnsitz-Gesetz im § 38 Abs. 2 die Regelung des Armenstreitverfahrens — vorbehaltlich der Sonderbestimmungen in den §§ 39 ff. — der Landesgesetzgebung zugewiesen hat, im vorliegenden Falle gemäß § 39 Abs. 1 des preussischen Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (G. S. S. 237) die Vorschriften und Grundsätze des preussischen Verwaltungsstreitverfahrens in Betracht. Das preussische Landesverwaltungs-gesetz vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) enthält nun zwar in den einschlägigen Bestimmungen (§§ 61 ff.) über die Frage keine besondere Vorschrift, wie eine solche z. B. für das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten im § 37 des preussischen Gesetzes vom 18. Februar 1880 (G. S. S. 59) getroffen worden ist. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß in der Praxis des preussischen Verwaltungsstreitverfahrens — was die Wahrung der Klage-

fristen betrifft — als Erhebung der Klage (Anbringung) nicht deren Zustellung an den Gegner, sondern die Einreichung bei der zuständigen Gerichtsbehörde (§ 63 Landesverwaltungsgeſetzes) angeſehen wird*) und zwar mit gutem Grunde. Denn die Vorſchrift im § 230 (jezt § 253) der Civilprozeßordnung, wonach die Erhebung der Klage durch Zuſtellung eines den Anforderungen der Nr. 1—3 entſprechenden Schriftſatzes erfolgt, iſt, wie der Kläger zutreffend geltend gemacht hat, unlöslich mit dem, zwar der Civilprozeßordnung, nicht aber dem preußiſchen Verwaltungsſtreitverfahren eigenen Systeme der Zuſtellung durch die Partei verknüpft. Nur da, wo die Partei das Betreiben der Zuſtellung und damit den Zeitpunkt der letzteren ſelbſt in der Hand hat, kann die Erhebung der Klage mit allen ihren rechtlichen Wirkungen in die Zuſtellung verlegt werden. Da, wo dem Offizialverfahren gemäß die Zuſtellung durch das Gericht geſchieht, wo alſo deren Beſchleunigung oder Verzögerung in der Hand des Richters liegt und der Einwirkung der Partei entzogen iſt, können die rechtlichen Wirkungen der Erhebung der Klage nicht von der Zuſtellung abhängig gemacht werden. Die gegentheilige Auffaſſung würde für den Klageberechtigten zu harter Unbilligkeit führen. Beim preußiſchen Verwaltungsſtreitverfahren kommt hinzu, daß das Gericht nach § 64 Abſ. 1 des Landesverwaltungsgeſetzes die Befugniß hat, unter den dort angegebenen Vorausſetzungen die Klage ohne Zuſtellung an den Gegner zurückzuweiſen.

Wird nach den Grundſätzen des preußiſchen Verwaltungsſtreitverfahrens die Klage durch Einreichung bei dem zuständigen Verwaltungsgericht erhoben, ſo iſt im vorliegenden Falle die Verjährung auch bei Zugrundelegung des oben vorausgeſetzten Rechtsſtandpunkts noch vor Ablauf

*) Vergl. Entſch. des Oberverwaltungsgerichts Bd. 27 S. 198.
Entſch. d. B. A. f. d. Heimathw. Heft 33.

des Jahres 1899 unterbrochen. Denn der Beklagte, welcher auch aus den Vorschriften des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz selbst (§§ 29 und 34) für das Armenstreitverfahren den Grundsatz ableitet, daß für die Unterbrechung der Verjährung die „Anmeldung bei dem schuldigen Armenverbande“ maßgebend sein müsse, übersieht einerseits, daß es sich in den Fällen der genannten Paragraphen überhaupt nicht um eine Verjährung handelt, andererseits, daß die dort vorgesehenen Anmeldungen unmittelbar bei dem anderen Armenverbande zu erfolgen haben, während bei der Unterbrechung der Verjährung die Vermittelung des Gerichts zur Mittheilung des Klageanspruchs an den Gegner unentbehrlich ist.

Ist nach Vorstehendem der Anspruch des Klägers nicht gemäß § 30a des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes verjährt, so muß er der sachlichen Prüfung unterzogen werden. Da diese in I. Instanz bisher nicht erfolgt ist, war die Angelegenheit zur anderweitigen Entscheidung an diese Instanz zurückzuweisen.

VI. Außerordentliche Armenlast.

Nr. 42.

Die Verpflichtung des Landarmenverbandes zur Erstattung der einem anderen Armenverband erwachsenen Pflegekosten für einen aus der Anstalt entwichenen Geisteskranken kann nicht schon aus der Bewahrungspflicht unmittelbar hergeleitet werden; sie setzt vielmehr voraus, daß einem Organe des Landarmenverbandes ein Verschulden zur Last fällt.

R. G. § 32a.

Preussisches Gesetz vom 11. Juli 1891 § 31.

Stolp · Landarmenverband der Provinz Pommern.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Stettin.

Urtheil des Bundesamts vom 9. Februar 1901.

Gründe:

Den Ausführungen in der Vorentscheidung, insofern sie sich auf die Rechtsprechung des Bundesamts zu § 30 Absatz 1b des R. G. stützen und die Erstattungspflicht des beklagten Landarmenverbandes daraus herleiten, daß die am 22. Oktober 1899 in Schöneberg hervorgetretene Hilfsbedürftigkeit des geisteskranken Schneidergesellen A. lediglich eine Fortsetzung desjenigen Pflegefalls bilde, welcher die Aufnahme desselben in die Provinzialirrenanstalt zu Lauenburg nothwendig gemacht hatte, — kann nicht zugestimmt werden. § 30 Abs. 1b a. a. O. bezieht sich auf die reichsgesetzliche Erstattungspflicht der Landarmenverbände in Fällen der Unterstützung Landarmer gegenüber einem anderen mit der vorläufigen Fürsorge befaßt gewesenen deutschen Armenverbande. Im vorliegenden Falle handelt es sich weder um einen Landarmen, denn A. besitzt unstreitig den Unterstützungswohnsitz in Stolp; noch ist ein reichsgesetzlicher Erstattungsanspruch gegen einen Landarmenverband begründet. Schöneberg hat denn auch seinen auf §§ 28, 30 Abs. 1a a. a. O. begründeten Erstattungsanspruch gegen den Kläger gerichtet. Die Entscheidung darüber: ob der letztere seinen Rückgriff gegen den beklagten Landarmenverband nehmen kann? ist aus der preussischen Landesgesetzgebung über die außerordentliche Armenlast herzuleiten.

Danach hatte der beklagte Landarmenverband dem Ortsarmenverbände Stolp die Fürsorge für den der Anstaltspflege bedürftigen geisteskranken A. abzunehmen, obgleich dieser seinen Unterstützungswohnsitz in Stolp hatte. *)

*) Entsch. 28 S. 137.

Dieser Verpflichtung hat der Landarmenverband auch genügt, indem er A. in die Provinzialirrenanstalt zu Lauenburg aufnahm. Dadurch ist der Landarmenverband sowohl dem Kranken als auch anderen Armenverbänden, insbesondere auch dem Ortsarmenverbände Stolp gegenüber in die Rechtsstellung eines vorläufig unterstützenden Armenverbandes getreten, insofern ihm nach § 31 a der Novelle vom 11. Juli 1891 das Recht zusteht, von dem endgültig fürsorgepflichtigen Ortsarmenverband Ersatz der Pflegekosten mit Ausschluß der allgemeinen Verwaltungskosten zu verlangen. *) Die Verpflichtung der Landarmenverbände besteht darin: die der Anstaltspflege bedürftigen hilfbedürftigen Geisteskranken u. s. w. in geeignete Anstalten aufzunehmen, sie dort zu bewahren, und ihnen die erforderliche Kur und Pflege zu gewähren. Die Anstalten der Landarmenverbände haben den Charakter von Kranken-, Bewahr- und Heilanstalten. **) Außerhalb der Anstalten liegt den Landarmenverbänden keine Pflegepflicht hinsichtlich solcher Kranken ob. Das Bundesamt hat demgemäß auch eine Erstattungspflicht der Landarmenverbände für die Zeit bis zur Aufnahme des Geisteskranken in die Anstalt verneint, es sei denn, daß der Landarmenverband sich einer Verletzung der ihm obliegenden Aufnahmepflicht schuldig gemacht hätte. ***) Die Fürsorgepflicht für einen in eine Anstalt des Landarmenverbandes aufgenommenen Geisteskranken u. s. w. endet regelmäßig erst dann, wenn der Kranke der Bewahrung, Kur und Pflege in einer Anstalt nicht mehr bedarf. †) Auch in dieser Beziehung entspricht die vorläufige Unterstützungspflicht der Landarmenverbände in den Fällen der außerordentlichen Armenpflege der

*) Vergl. Entsch. 27 S. 135; Wohlers-Krech zu § 28 Anm. 1.

**) a. a. O. zu § 11 Anm. 3.

***) Entsch. 27 S. 143/145.

†) Entsch. 31 S. 152.

vorläufigen Fürsorgepflicht der Ortsarmenverbände nach § 28 a. a. D. *) Demgemäß hört auch die Fürsorgepflicht des Landarmenverbandes gegenüber dem Kranken auf, sobald dieser sich nicht mehr in der Anstalt befindet; es ist bei fortbestehender Hilfs- und Anstaltspflegebedürftigkeit desselben ein Erstattungsanspruch anderer Armenverbände, denen aus der Bewahrung, Kur und Pflege des Kranken unmittelbar oder (wie im vorliegenden Falle) mittelbar Kosten entstanden sind, gegenüber dem Landarmenverbande nur dann begründet, wenn dem letzteren bei der Entfernung des Kranken aus der Anstalt ein Verschulden trifft d. h. wenn dem Landarmenverband oder dessen Organe eine schuldhaftige Verletzung der gesetzlichen Unterstützungspflicht gegenüber dem Kranken zur Last fällt. **)

Namentlich kann eine Erstattungspflicht des Landarmenverbandes wegen der einem anderen Armenverbande erwachsenen Pflegekosten eines aus der Anstalt entwichenen Kranken nicht schon aus der „Bewahrungspflicht“ unmittelbar hergeleitet werden. Denn die Bewahrung ist eben nur eine Form der den — oft unheilbaren — Geisteskranken u. s. w. zu gewährenden Armenpflege; sie liegt nicht bloß den Landarmenverbänden in den Fällen der außerordentlichen Armenpflege ob, sondern ebenso jedem anderen Armenverbande, sei es in solchen, sei es in anderen Fällen (z. B. bei Siechen) — vergl. auch §§ 31 d und 31 e der Novelle vom 11. Juli 1891. — Ebenso wenig folgt im vorliegenden Falle eine Ersatzpflicht des beklagten Landarmenverbandes wegen der vom Kläger an Schöneberg erstatteten Unterstützungen des A. schon daraus, daß der Kläger, wenn er von dem Landarmenverband auf Grund des § 31 a a. a. D. auf Erstattung in Anspruch genommen würde, hierzu die Beihilfe des Kreises erlangen, daher nur $\frac{1}{3}$ der

*) Wohlers-Krech zu § 28 Anm. 7.

**) a. a. D. zu Anm. 7 u. 33.

Kosten zu tragen haben würde. Denn diese Vorschrift setzt eine in der Anstalt des Landarmenverbandes gewährte Pflege voraus. Hier aber handelt es sich um Kosten, die außerhalb der Anstalt entstanden sind, und für welche eine Erstattungsspflicht des Landarmenverbandes gegenüber dem klagenden Ortsarmenverbande Stolz, auch wenn dieser selbst sich des Kranken unmittelbar hätte annehmen müssen, nur daraus hergeleitet werden kann, daß der Landarmenverband seiner gesetzlichen Fürsorgepflicht gegenüber dem Kranken nicht genügt hat. Es war deshalb zu prüfen, ob die Voraussetzungen eines Erstattungsanspruchs wegen Verletzung der vorläufigen Unterstützungspflicht vorliegen.

Der geisteskrankte Schneidergeselle A. befand sich seit dem 27. August 1895 in der Provinzialirrenanstalt zu Lauenburg. Schon im Dezember 1897 war er auf mehrere Tage nach Berlin beurlaubt worden, ebenso im Februar 1899 nach Stolz. Am Sonntag den 15. Oktober 1899 hatte er, wie schon früher, freien Ausgang. Er benutzte diese Erlaubniß am Vor- und am Nachmittage. Von seinem Nachmittagsausgang kehrte er nicht in die Anstalt zurück. Am 17. Oktober ging bei der Direktion ein Schreiben seines Bruders aus Schöneberg ein, mit der Nachricht, daß A. bei ihm eingetroffen sei, sich nach seiner Angabe moralisch und physisch hergestellt fühle; zugleich wurde gebeten, demselben die ungerechtfertigte Entfernung aus der Anstalt verzeihen und ihn bis auf weiteres beurlauben zu wollen. A. selbst hatte dem Briefe des Bruders einige Zeilen in gleichem Sinne hinzugefügt. Die Anstaltsdirektion verfügte darauf am 17. Oktober 1899: „A. wird im Anschluß an seine Entweichung als gebessert nach Berlin entlassen“. — Schon am Freitag den 20. dess. M. stellten sich bei A. schwere mit Verfolgungswahnideen und Hallucinationen verbundene Erregungserscheinungen ein; er bedrohte seine Angehörigen mit dem Messer und zeigte sich sehr ge-

walthätig. Deshalb mußte er am 22. der Irrenheilanstalt Maison de santé in Schöneberg übergeben werden. Auf die am 23. dess. M. in Lauenburg eingegangene Mitteilung des Bruders erwiderte die Anstaltsverwaltung, daß die Wiederaufnahme des Kranken ohne weitere Formalitäten jederzeit erfolgen könne; dem Bruder werde anheimgestellt, die Ueberführung nach Lauenburg in die Wege zu leiten. — Inzwischen hatte sich die Armenverwaltung in Schöneberg des Kranken bereits angenommen und dessen ärztliche Untersuchung und Aufnahme in die Irrenanstalt erwirkt; sie hat demnächst auch im Dezember 1899 den Rücktransport des A. nach Lauenburg ausgeführt. Die Attest-, Pflege- und Transportkosten hat Schöneberg von dem Ortsarmenverbande Stolz erfordert und bezahlt erhalten.

Nach diesen Vorgängen hat das Bundesamt angenommen, daß die Hilfsbedürftigkeit, insbesondere auch die Anstaltspflegebedürftigkeit des A. nicht beendet war, als er aus der Anstalt in Lauenburg sich entfernte, und daß sie auch fortbestanden hat, bis er in Schöneberg der Armenpflege anheimfiel. Schon die Verfügung der Anstaltsleitung zu Lauenburg vom 17. Oktober 1899 läßt erkennen, daß A. trotz eingetretener Besserung nicht entlassen worden wäre, wenn er sich nicht heimlich entfernt hätte; auch daß die Wiederaufnahme ohne weitere Formalität geschehen sollte, spricht dafür, daß bei der Anstaltsverwaltung zu Lauenburg ein Zweifel darüber nicht bestand, daß es sich um eine Fortsetzung des früheren Pflegefalls handle; dies folgt auch daraus, daß schon nach 4 Tagen die schwersten Krankheits Symptome wieder hervorgetreten sind.

Die Identität des Pflegefalls genügt aber nicht, um die Erstattungspflicht des Beklagten zu begründen. Es muß ein schuldhaftes Verhalten desselben oder seiner Organe hinzukommen.*) In dieser Beziehung kann der Ver-

*) Wohlers-Krech zu § 28 Anm. 32a, 33.

waltung der Provinzialirrenanstalt zu Lauenburg der Vorwurf mangelnder Sorgfalt bei Ausübung ihrer gesetzlichen Bewahrungs- und Pflegepflicht nicht deshalb gemacht werden, weil sie dem A. am Sonntage den 15. Oktober 1899 freien Ausgang gestattet hat. A. war soweit gebessert, daß ihm ein zeitweiser Aufenthalt außerhalb der Anstalt gestattet werden konnte. Er hatte durch sein Verhalten bei den früher erfolgten Beurlaubungen gezeigt, daß er die ihm gewährte Vergünstigung nicht mißbrauche. Aber auch, als die Anstaltsleitung am 17. Oktober dess. J. den Aufenthalt des A. erfuhr, lag nach den Mittheilungen seines Bruders keine Veranlassung vor, die Zurückführung des Kranken durch Ersuchen der Polizeibehörde oder auf anderem Wege schleunigst in die Wege zu leiten. Dazu kommt, daß, auch wenn dies geschehen wäre, das Eingreifen der Armenpflege in Schöneberg nicht entbehrlich geworden sein würde, da schon am 20. dess. M. die Krankheit des A. in solcher Form austrat, daß Schöneberg mit seiner Hülfe eintreten mußte.

Hiernach hat der gegen den beklagten Landarmenverband erhobene Erstattungsanspruch für begründet nicht erachtet werden können. Demgemäß mußte die verurtheilende Vorentscheidung, wie geschehen, abgeändert werden.

Nr. 43.

Die Grundsätze über die Zulässigkeit der Verrechnung des von einem Drittverpflichteten an den vorläufig unterstützenden Armenverband Gezahlten auf die außertarifmäßigen Kosten finden auch in den Fällen der außerordentlichen Armenpflege Anwendung. — Im armenrechtlichen Streitverfahren ist ein Rechtsstreit der betheiligten

Armenverbände darüber, welcher von ihnen gegenüber einem Drittverpflichteten zum Rückgriff berechtigt sei, nicht zu entscheiden.

R. G. §§ 32a, 37, 62.

Landarmenverband der Provinz Schlesien · Landendorf und Kreis Gleiwitz.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Oppeln.

Urtheil des Bundesamts vom 15. September 1900.

Gründe:

Das in der Vorentscheidung herangezogene Urtheil des Bundesamts vom 23. Februar 1896*) betraf einen Fall, in welchem der Landarmenverband für den Armenverband des Aufenthaltsorts, der nicht zugleich der Armenverband des Unterstützungswohnsitzes war, die Fürsorge für einen Geisteskranken übernommen hatte. In diesem Falle war von dem Bundesamt anerkannt worden, daß der Landarmenverband die ihm von den unterhaltspflichtigen Verwandten des Kranken geleisteten Zahlungen zunächst auf denjenigen Theil seiner Selbstkosten verrechnen dürfe, wegen dessen ihm ein armenrechtlicher Erstattungsanspruch nicht zusteht. Im vorliegenden Rechtsstreit ist es allerdings der Armenverband des Unterstützungswohnsitzes, welchem der Landarmenverband die Fürsorge für den geisteskranken Franz D. abgenommen hat. Allein auch dies geschah auf Grund des § 31 Abs. 1 und 2 der Novelle vom 11. Juli 1891, welcher auch Anwendung findet, wenn sich der Hilfsbedürftige zur Zeit des Eintritts der Anstaltspflegebedürftigkeit an seinem Unterstützungswohnsitz aufhält. Die Fürsorge des Landarmenverbandes hat, da ihm die Kosten auch in diesem Falle nicht endgültig zur

*) Entsch. 28 S. 138 ff.

Last fallen, sondern ihm ein Erstattungsanspruch gegen den Armenverband des Unterstützungswohnortes gegeben ist (§ 31 a der Novelle), den Charakter einer vorläufigen Unterstützung im Sinne des § 28 des R. G. Es kann deshalb auch keinem Zweifel unterliegen, daß die vom Bundesamt aufgestellten Grundsätze über die Verrechnung des vom Drittverpflichteten Gezahlten auch im vorliegenden Falle Anwendung zu finden hätten, wenn es sich darum handelte, ob der Landarmenverband sich seinen armenrechtlichen Erstattungsanspruch (§ 30 Abs. 3 u. 4 des R. G.) gegen den Ortsarmenverband Langendorf mit Rücksicht darauf kürzen lassen müsse, daß er aus der Militärpension des D. Befriedigung erlangt habe oder hätte erlangen können.

Die Frage, die der Landarmenverband entschieden wissen will, ist aber eine andere. Der beklagte Ortsarmenverband Langendorf und der Kreis haben die 69 Pfennige, welche von den Pflegekosten des D. auf die Individualkosten entfallen, und wegen deren allein der armenrechtliche Erstattungsanspruch des Landarmenverbandes begründet ist, an den Kläger gezahlt, und weigern sich auch nicht, dies ferner zu thun. Sie haben sich aber ihre Zahlungen zum Theil aus der Militärpension des D. ersetzt lassen. Der Kläger meint, daß sie dazu nicht berechtigt gewesen seien, sondern ihm die Militärpension hätten frei lassen müssen, damit er sich wegen seiner durch die 69 Pfennige nicht gedeckten Mehraufwendungen daran erholen könne. Er will entschieden haben: wer von den beteiligten Armenverbänden nach § 62 des R. G. berechtigt ist, Ersatz seiner Leistungen von dem Drittverpflichteten zu fordern?

Diese Entscheidung ist im armenrechtlichen Streitverfahren nicht zu treffen. Denn es handelt sich dabei nicht um einen Streit über die öffentliche Unterstützung Hilfsbedürftiger, d. h. darüber, welcher Armenverband nach den

Vorschriften des R. G. die öffentliche Armenlast zu tragen hat, und in welchem Umfange dieses der Fall ist (§ 37 a. a. O.)? sondern darüber, ob und inwieweit die bei der Unterstützung eines Hilfsbedürftigen beteiligten Armenverbände wegen ihrer armenrechtlichen Leistungen einen Rückgriff an einen Dritten haben?

Daß die Entscheidung dieser Fragen aus der nach der Armengesetzgebung zu beurtheilenden Rechtsstellung der beteiligten Armenverbände zu entnehmen ist, daß also die Aktivlegitimation gegenüber dem Drittverpflichteten aus dem Armenrechte zu beantworten ist, begründet die Zuständigkeit der armenrechtlichen Spruchbehörde für einen auf § 62 a. a. O. gestützten Regreßanspruch nicht; ebenso wenig aber auch die Zuständigkeit zur Entscheidung einer in den Rechtsstreit gegenüber dem Drittverpflichteten gehörigen Einzelfrage.

Das Bundesamt hat die Zulässigkeit des armenrechtlichen Streitverfahrens auch bereits in einem Falle verneint, in welchem der vorläufig unterstützende Armenverband von dem Armenverbande des Unterstützungswohnsitzes die Herausgabe des von diesem angeblich zu Unrecht erhobenen Krankengeldes des Unterstützten verlangte.*)

Nr. 44.

für einen am Dienstort erkrankten Geisteskranken steht dem Landarmenverband, in dessen Anstalt dieser aufgenommen worden ist, für die ersten 13 Wochen ein Erstattungsanspruch nur gegen den Armenverband des Dienstorts zu. — Zur Verfolgung des Erstattungsanspruchs für die spätere Zeit gegenüber dem Landarmenverbande,

*) Entsch. 32 S. 128 ff.

zu dessen Bezirke der endgültig fürsorgepflichtige Armenverband gehört, ist eine Anmeldeung des Erstattungsanspruchs bei dem Landarmenverbande genügend.

R. G. §§ 29, 32 a, 34.

Landarmenverband der Provinz Pommern - Landarmenverband der Provinz Westpreußen.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Posen.

Urtheil des Bundesamts vom 8. September 1900.

Gründe:

Da der Kläger nicht bestritten hat, daß Emma D., während sie in Pasewalk in einem Arbeitsverhältnisse stand, erkrankt, auch ihre Erkrankung und Hilfsbedürftigkeit zur Kenntniß der dortigen Armenbehörde gelangt ist, so ist Pasewalk für die ersten 13 Wochen der Krankheit, d. h. bis zum 26. Februar 1899 nach § 29 Abs. 5 des R. G. als endgültig fürsorgepflichtiger Armenverband anzusehen, mithin ein Erstattungsanspruch weder gegenüber Cegielnia, als dem Armenverbande des Unterstützungswohnortes, noch gegenüber dem beklagten Landarmenverbande (Westpreußen) auf Grund des § 31 Abs. 3 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 31. März 1871/11. Juni 1891 begründet. *) — Wenn der klagende Landarmenverband nach § 15 des Reglements vom 17. März/12. Mai 1887 nicht in der Lage ist, dem Ortsarmenverbande Pasewalk Kosten für die ersten 13 Wochen in Rechnung zu stellen, so folgt hieraus doch nicht, daß er sich für diese Zeit an den Beklagten oder an den Ortsarmenverband Cegielnia halten darf.

Die auf § 34 des R. G. gestützte Einrede des beklagten Landarmenverbandes erscheint dagegen unbegründet.

*) Entsch. 29 S. 115, 117, 118.

In der von dem Beklagten in Bezug genommenen Vorentscheidung des Bundesamts*) handelte es sich darum: ob der vorläufig unterstützende Landarmenverband seinen Erstattungsanspruch gegenüber dem Kreise, welchem der endgültig fürsorgepflichtige Ortsarmenverband angehört, geltend machen könne, und ob zur Wahrung des Erstattungsanspruchs gegenüber diesem Ortsarmenverbände die Anmeldung des Erstattungsanspruchs bei dem Kreise genüge? In der angeführten Entscheidung ist dies grundsätzlich verneint und ausgeführt worden, daß die Anmeldung unmittelbar bei dem endgültig unterstützungspflichtigen Ortsarmenverbände zu bewirken sei.

Anders liegt die Sache, wenn der vorläufig unterstützende Landarmenverband sich wegen der Kostenersatzung — statt an den endgültig verpflichteten Ortsarmenverband — an denjenigen Landarmenverband hält, dem dieser Ortsarmenverband angehört. Ist landesgesetzlich ein solcher Erstattungsanspruch zugelassen, so muß nach § 32a des R. G. eine bei dem Landarmenverbände, welchem der endgültig fürsorgepflichtige Ortsarmenverband angehört, erfolgte Anmeldung zur Wahrung des Erstattungsanspruchs diesem Landarmenverbände gegenüber jedenfalls genügen. Die Anmeldung beim Beklagten ist schon am 10. Januar 1899, also innerhalb sechs Monate vom Beginne der Unterstützung und auch früher als sieben Tage vor Ablauf des 13wöchigen Zeitraums geschehen, für welchen der Kläger an Stelle des nach § 29 des R. G. verpflichteten Armenverbandes des Dienstorts die Krankenpflege gewährt hat.

Der Kläger fordert daher mit Recht die Erstattung der Pflegekosten für die geistesranke Emma D. — deren Unterstützungswohnsitz zu Cegielnia in zweiter Instanz

*) Entsch. 27 S. 146 ff.

außer Streit ist — auf die Zeit vom 27. Februar bis 27. Juni 1899 von dem beklagten Armenverbande.

Hiernach hat die Vorentscheidung, wie geschehen, abgeändert werden müssen.

VII. Streitverfahren in Armensachen.

Nr. 45.

War der im Rechtsstreit unterlegene Kläger nach Lage des Falles verpflichtet, einem beigeladenen Armenverbande die durch das Verfahren entstandenen baaren Auslagen zu erstatten?

R. G. § 40.

Königen -|- Schandorf.

(Beigeladener: Herbergen.)

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Osnabrück.

Urtheil des Bundesamts vom 13. Oktober 1900.

Gründe:

2c. Die Berufung des beigeladenen Ortsarmenverbandes Herbergen gründet sich darauf, daß der Bezirksausschuß es unterlassen hat, die ihm (dem Beigeladenen) durch die Prozeßführung entstandenen baaren Auslagen dem in der Hauptsache unterliegenden Kläger aufzuerlegen.

Die Zulässigkeit der Einlegung des Rechtsmittels seitens eines Beigeladenen, der an sich im Streitverfahren nicht Partei ist, hängt davon ab: ob der Beigeladene durch die von ihm angegriffene Entscheidung in seinem eigenen Rechte verletzt worden ist?*) Dies trifft hier insofern zu, als dem Beigeladenen das Recht, vom Kläger Erstattung seiner baaren Prozeßauslagen zu fordern, durch die angefochtene Entscheidung nicht zuerkannt

*) Entsch. 23 S. 174.

worden ist. Ob und unter welchen Voraussetzungen einem Beigeladenen ein Anspruch auf Ersatz der ihm im Streitverfahren entstandenen baaren Auslagen der unterliegenden Partei gegenüber im Allgemeinen zusteht? braucht nicht erörtert zu werden, weil im vorliegenden Falle ein solcher gegen den Kläger schon wegen des Verhaltens desselben gegenüber dem Beigeladenen für begründet zu erachten ist. Die Beiladung des Ortsarmenverbandes Herbergen war allerdings nicht auf Antrag des Klägers, sondern auf den des ebenfalls beigeladenen Landarmenverbandes Kloppenburg erfolgt. Der Kläger hat aber bereits bei der mündlichen Verhandlung der Sache vor dem Bezirksausschuß erklärt: daß er „sich den Ausführungen des Landarmenverbandes Kloppenburg anschließe,“ — und er hat in dem Verfahren zweiter Instanz ausdrücklich auch beantragt: einerseits den Ortsarmenverband Herbergen zu verurtheilen, „solidarisch neben Schandorf die geleistete Unterstützung zu erstatten und die Familie St. zu übernehmen“, andererseits die vom Ortsarmenverbande Herbergen eingelegte Berufung zurückzuweisen. Hiermit hat der Kläger den von dem Landarmenverbande Kloppenburg gegen den Ortsarmenverband Herbergen in dem Streitverfahren gemachten Angriff zu seinem eigenen gemacht. Mit diesem Angriff ist der Kläger unterlegen, da die den Ortsarmenverband Herbergen verurtheilende Entscheidung des Bezirksausschusses in zweiter Instanz aufgehoben und dem Antrage des Klägers auf Mitverurtheilung dieses Ortsarmenverbandes die Folge versagt worden ist. Der Kläger hat daher als der dem beigeladenen Ortsarmenverbande Herbergen gegenüber unterliegende Theil diesem die baaren Auslagen zu erstatten, die ihm im Streitverfahren durch seine Vertheidigung gegen jenen Angriff entstanden und zu diesem Zwecke erforderlich gewesen sind.

Nr. 46.

Die Abänderung oder Aufhebung einer nach § 55 erfolgten Einigung ist regelmäßig gestattet, wenn sich die Umstände verändert haben. Die anderweite Normirung des Unterstützungsbeitrags kann nicht auf dem Wege des § 56 herbeigeführt werden.

R. G. §§ 55, 56.

Posen -|- Jaruschin.

1. Inst.: Bezirksauschuß zu Posen.

Urtheil des Bundesamts vom 17. November 1900.

Gründe:

Der Kläger hat auf Grund des § 56 des R. G. beantragt: das Verbleiben des von ihm unterstützten Joseph K. in Posen gegen Festsetzung eines von dem Beklagten zu zahlenden bestimmten Unterstützungsbetrags anzuordnen. Der Bezirksauschuß hat die Klage abgewiesen, weil mit der Begweisung des K. von Posen für diesen erhebliche Härten oder Nachtheile nicht verbunden seien. Dieses Erkenntniß mußte bestätigt werden, weil die Abweisung der Klage, wenn auch aus einem anderen Grunde, geboten war.

Die zwischen den Parteien im Jahre 1896 getroffene Vereinbarung, nach welcher der dauernd unterstützungsbedürftige K. in Posen verbleiben und der dortige Armenverband von dem Ortsarmenverbande Jaruschin als Entschädigung für die demselben gewährte Unterstützung monatlich 3 M. gezahlt erhalten solle, — hat nicht die Eigenschaft eines unkündbaren Vertrags. Die Einigung ist gemäß § 55 des R. G. unter Berücksichtigung der zur Zeit ihres Abschlusses bestehenden Verhältnisse getroffen worden. Trat in diesen Verhältnissen eine wesentliche Aenderung ein,

so war jeder Theil berechtigt, dem anderen seinen Rücktritt von der Einigung zu erklären. Wäre eine Verbesserung der Vermögensverhältnisse des Unterstützten (z. B. in Folge einer Erbschaft) in solcher Art erfolgt, daß die Hilfsbedürftigkeit beseitigt oder erheblich vermindert wurde, so hätte der Armenverband Jaruschin die Fortzahlung der 3 M. an den Ortsarmenverband Posen verweigern können; ebenso war der letztere berechtigt, bei Eintritt einer erheblichen Steigerung der Hilfsbedürftigkeit des Unterstützten von der Einigung abzugehen. Eine andere Beurtheilung würde die Tragweite der Einigung nur dann erfordern, wenn etwa vereinbart worden wäre, daß der festgesetzte Unterstützungsbetrag unabänderlich bestehen bleiben solle, wie auch immer die Bedürfnisse des Unterstützten sich in Zukunft gestalten mögen.*) Diesen Inhalt hat das getroffene Abkommen nicht gehabt. Wie die Verwaltungsakten des Klägers ergeben, hatte der Beklagte, der die Ueberführung des K. verlangt hatte, in einem Schreiben vom 10. April 1896 auf die Anfrage des Klägers: ob der Beklagte mit dem Verbleiben des K. in Posen bei Zahlung einer Unterstützung von monatlich 3 M. einverstanden sei? sich bereit erklärt, dem K. diese Unterstützung zu gewähren. Hieran war nur die Bedingung geknüpft, daß der Tischler W., der Schwiegersohn des K., letzteren „für immer bei sich behalte“, und daß K. dem Armenverbande Jaruschin „andere Kosten nicht verursache“. Auf diese Erklärung hin ist von der Ausweisung des K. aus Posen Abstand genommen worden. Der Inhalt des getroffenen Abkommens ging hiernach nicht dahin, daß der Kläger alle in Zukunft über den bewilligten Betrag von 3 M. hinaus etwa erforderlichen Unterstützungen selbst zu tragen habe, sondern nur dahin, daß der Beklagte das Recht behalte, die Ueber-

*) Vergl. Entsch. 24 S. 119.

führung zu verlangen, wenn W. der übernommenen Verpflichtung, seinen Schwiegervater für 3 M. monatlich zu unterhalten, nicht mehr nachkommen und daher für K. höhere Armenpflegekosten entstehen würden. Dieser bei der Einigung vorausgesehene Fall ist inzwischen eingetreten, nachdem W. gestorben und K. krank geworden ist. Dem Beklagten stand daher, als ihm von dem Kläger die Nothwendigkeit einer höheren Unterstützung mitgetheilt wurde, der Rücktritt von der Einigung und die Stellung eines Antrags auf Ueberführung des K. nach Jaruschin frei. Er hat von diesem Rechte auch zunächst am 15. Februar 1899 Gebrauch gemacht. In einem Schreiben vom 10. März 1900, das dem Kläger am 11. März zugegangen ist, hat er jedoch diesen Antrag zurückgenommen, indem er erklärte, daß er die Uebernahme des K. ablehne, weil der Kläger nach dem fortbestehenden Abkommen verpflichtet sei, denselben in eigener Pflege gegen Erstattung von 3 M. monatlich zu behalten. Dieses Schreiben befand sich nicht in den dem Bezirksausschuß eingereichten Verwaltungsakten des Klägers, sondern ist erst in der Berufungsinstanz vorgelegt worden.

War hiernach eine Ueberführung des K. nach Jaruschin von dem Beklagten nicht mehr verlangt, so mangelte es dem Kläger an der Befugniß, mit der Klage den Erlaß einer Anordnung dahin zu beantragen, daß K. in Posen verbleiben dürfe und der Beklagte dort einen bestimmten Unterstützungsbetrag für ihn zu zahlen habe. Lediglich zum Zwecke der Fortsetzung eines höheren Unterstützungsbetrags, als den vom Beklagten zugebilligten, ist die Klage aus § 56 des R. G. nicht gegeben, wenn von keinem der beiden theilhaftigen Armenverbände eine Entfernung des Unterstützten von seinem bisherigen Aufenthaltsorte verlangt wird. Hiernach mußte die Klage abgewiesen werden.

Macht der Beklagte von seinem Rechte, die Ueberfüh-

zung zu verlangen, keinen Gebrauch, weigert er sich aber, die Nothwendigkeit der Mehraufwendungen des Klägers anzuerkennen und ihren Betrag zu erstatten, so wird auf eine vom Kläger anzustellende Erstattungsklage darüber zu erkennen sein, ob diese Weigerung begründet oder die Mehraufwendung des Klägers nothwendig war.

Nr. 47.

Ist nach Lage des Falles die Unterbringung eines seit Jahren kranken und arbeitsunfähigen Mädchens in einer Krankenanstalt, in der es bessere Pflege erwarten darf, als in der Wohnung der Mutter, als eine erhebliche Härte im Sinne des § 56

R. G. anzusehen?

R. G. § 56.

Ostrodinwen -|- Tutteln.

I. Inst.: Bezirksausschuß zu Gumbinnen.
Urtheil des Bundesamts vom 5. Januar 1901.

Gründe:

2c. Nach Lage der Akten hat das Bundesamt kein Bedenken getragen, anzuerkennen, daß Lotte S. im armenrechtlichen Sinne dauernd hilfsbedürftig ist. Da sie schon seit 1895 so krank und elend ist, daß sie nicht arbeiten kann, und ihre Mutter sie ohne Beihilfe aus öffentlichen Mitteln nicht zu unterhalten vermag. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß sie bei ihrer Mutter bessere Pflege erwarten kann, als wenn sie in der Gemeinde Tutteln untergebracht würde, daß also, wenn Letzteres geschähe, die Trennung von der Mutter als eine erhebliche Härte angesehen werden müßte, welche eine Anordnung auf Grund des § 56 a. a. D., wie sie in erster Instanz getroffen worden,

wohl rechtfertigt. Der Beklagte hat aber in der Berufungsschrift, unter Wiederholung einer bereits in erster Instanz — freilich nur eventuell — abgegebenen Erklärung, seine Absicht ausgesprochen, die Lotte S. in eine Heilanstalt unterzubringen. Daran hat er ein Interesse; denn er weist mit Recht darauf hin, daß, wenn die Unterstüzte nicht gründlich kurirt werde, er Gefahr laufe, sie das ganze Leben hindurch unterstützen zu müssen und zwar, wenn es der Kreisausschuß bestimme, mit mehr als 1,50 M. monatlich. In der Unterbringung in einer solchen Anstalt, wo sie unzweifelhaft bessere Pflege genießen würde, als in der Wohnung der Mutter, kann eine erhebliche Härte für Lotte S. umfoweniger gefunden werden, als diese bereits am 23. Mai 1899 erklärt hat, daß sie am liebsten in ein Krankenhaus gehen würde. Demgemäß mußte in diesem Punkte der Berufung des Beklagten insoweit Folge gegeben werden, als der Verbleib der Lotte S. in Ostradirwen nur so lange angeordnet wird, bis der Beklagte deren Aufnahme in eine Krankenanstalt bewirkt hat.

Sach-Register.

(Heft; Seitenzahl.)

Abfürzungen: A.B. = Armenverband, L.A.B. = Landarmenverband, O.A.B. = Ortsarmenverband, U. = Unterstützung, U.W. = Unterstützungswohnstg.

A.

Abgaben f. Steuern.

Ablehnung der Gerichtspersonen 20 173.

der Erstattungspflicht, gerechtfertigt wegen mangelhafter und unzureichender Angabe bei der Anmeldung 28 162.

Abonnentensammler (R. G. § 29) 30 89.

Abschiebung von Hilfsbedürftigen, deren Unzulässigkeit; Klage auf Uebernahme der vorläufigen U. 3 76. 4 28. 54. 5 36. 102. 6 20. 7 46. 8 63. 69. 9 65. 76. 10 45. 52. 11 28. 29. 32. 12 37. 13 40 ff. 14 44. 15 37. 44. 16 52. 17 64. 18 41. 19 63. 67. 20 52. 21 48. 54. 120. 123. 22 57. 62. 23 64. 71. 26 93. 27 71. 73. 28 100. 101. 29 72. 30 72. 31 45. 32 151 (durch kommunale Polizeibehörde).

1. auch Außerordentliche Armenlast, Auswanderer, Zuständigkeit. Statt des abschiebenden kann auch sofort der definitiv fürsorgepflichtige U.W. belangt werden 13 47; auch beide zusammen als Gesamtschuldner 27 75. 32 153.

Wegen (angeblicher) Abschiebung eines Nicht-Landarmen kann ein L.A.B. nicht belangt werden 16 129.

1. im Uebrigen in Betreff der Klage gegen den L.A.B., aus dessen Bezirk die Abschiebung eines Landarmen erfolgt war, — bei Hilfsbedürftigkeit.

Der Erwerb des U.W. wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die betr. Person ursprünglich nach dem Aufenthaltsorte widerrechtlicher Weise abgeschoben worden war 16 6.

Abperrungsmahregel als Ursache der Hilfsbedürftigkeit 3 41.

Abwälzung der Unterstützungspflicht auf nicht unterhaltspflichtige Personen ist unzulässig 21 120—123. 33 33.

Abwesenheit i. Frist, Unterstützungswohnstg.

Ärzte, als Organe der Armenpflege 33 31. 72 1. auch Armenärzte.

Ärztliche Behandlung, die nur die Herbeiführung einer Linderung bezweckte 11 52.

die nur in einer Beobachtung des Kranken besteht 19 136. 29 65. (angeblich) unnötige, erfolglose 11 54. 21 89; 1. auch Operation.

von der Militärbehörde angeordnete eines Militärpflichtigen 11 64.

Für welche Zeitdauer sie als gewährt zu betrachten ist? 15 24.

1. auch Armenärzte, Arzt, Arzthonorar, Gipsverband, Gebammengebühren, Heilmittel, Krankenpflege, Krankenpflegekosten, Tarif.

- Ärztliche Untersuchung**; inwiefern sind deren Kosten als Krankenpflegelkosten zu betrachten? **17 83. 19 82. 20 93. 29 65.**
 f. auch Atteste, Beerdigungskosten, Geistesranke, Wiederbelebungsversuche.
- Aktivlegitimation**; nur ein A.B. kann gemäß R. R. § 28 klagen und verklagt werden **7 41. 10 42. 20 166. 173. 29 133.**
 f. auch Amtsnebenanlageverbände, Gesamtarmenverbände, Kreis-, Landarmenverbände, Passivlegitimation.
- Alimentationspflicht**, Gewährung von Mitteln zur Erfüllung der A. nicht Aufgabe der Armenpflege **28 39**; doch begründet die Unfähigkeit des Vaters einem seinen U.B. theilenden Kinde den nothdürftigsten Unterhalt zu gewähren, dessen eigene Hülfbedürftigkeit **33 20**;
 — Grenzen der A. **29 55.**
- Alimentationspflichtige Verwandte** f. Hülfbedürftigkeit, Stiefeltern, unehelicher Vater, Vater.
- Altersgrenze**, rückwirkende Kraft der Herabsetzung der A. für den Erwerb und Verlust des U.B. **27 1. 28 12—26. 29 1—24. 30. 30 1—6.**
- Altersversicherung** **29 148. 30 68.**
- Amerika, vereinigte Staaten**, Staatsvertrag vom 22. Februar 1868 **10 157.**
- Ammen** (R. G. § 29) **1 40.**
- Amputation** **24 145. 30 123.**
- Amts-Nebenanlageverbände**, Hannoversche **2 53. 10 42. 15 22.**
- Amtsverbände** in Oldenburg **23 32.**
- Amtsvorsteher**, Anmeldung des Erstattungsanspruchs bei demselben; **13 122.**
- Anerkennnisse**, deren Bedeutung im Streitverfahren unter A.B. Unerblichkeit irrthümlicher **3 106. 5 114. 6 93. 7 135. 8 137. 9 16. 131. 10 131. 11 124. 12 120. 16 31. 17 127. 18 160. 19 124. 28 99. 32 34.**
 deren unmotivirter Widerruf **16 164.**
 deren Einfluß auf Bestimmung des Kostenpunktes **21 159.**
 f. auch Revers, Heimathscheine, Waterschaft.
- Anerkennung des U.B.**; inwiefern eine Klage hierauf gerichtet werden kann? **10 111. 29 79.**
 der Uebernahmepflicht unterbricht den Fristenlauf **18 25. 21 29. 32. 22 28. 25 11. 26 44. 28 42.** — jedoch nicht, wenn sie sich auf Familienmitglieder beschränkt **25 17**, dgl. nicht, wenn der Antrag an eine ausländische Gemeindebehörde gerichtet wird **30 20.**
 f. insbesondere auch **23 36**, betr. Anerkennung von Seiten eines E.A.B.
- Angebrachtermassen**, Abweisung einer verfrüht oder ohne genügende Begründung angestellten Klage **15 62. 16 72.**
- Angehörige** f. Ehefrau, Familienangehörigkeit, Frist, Kinder, Stiefkinder, Uebernahmepflicht.
- Angehörige der Dienstboten** u., auf dieselben bezieht sich R. G. § 29 in seiner früheren Fassung nicht **2 39**; — anders nach der Novelle vom 12. März 1894 **30 78. 79. 83.**
- Anhängigkeit**; in den vor dem 1. Juli 1871 anhängig gemachten Streitfachen ist die Zuständigkeit der durch das R. G. und die Aus-

- führungsgesetze eingesetzten Spruchbehörden ausgeschlossen **2** 137.
3 140. **4** 123. **5** 155. **8** 145. **9** 153. **11** 136. **19** 176. **22** 184.
 f. Rechtsweg, Resolute.
- Anmeldung** des Erstattungsanspruchs; Form und Inhalt **12**
 105. 109. **15** 114 (ungenau Angaben). **17** 142 (mündlich). **19** 137.
 139. **27** 158. 160. **31** 169. 171.
- Vermittelung eines Dritten, namentlich der vorgesezten Behörde **5**
 117. **7** 122. **8** 131. **19** 137. 139. **22** 162. **25** 141. **27** 147.
- bei der vorgesezten Behörde; unter welchen Umständen sie
 genügt? **2** 105. **3** 111. **5** 117. **6** 86. **7** 121. **8** 129. 131. **9** 126
10 130. **13** 122. **14** 111. **16** 152. **21** 161. **25** 143. **29** 129. **30** 155;
 — insbesondere eine sofortige Anmeldung **18** 114. **19** 145. **21** 164
32 124; — eine Anmeldung bei der vorgesezten Behörde, die zugleich
 Vertreterin des E. A. B. ist **20** 164; — unter welchen Umständen sie
 vor thatsächlich gewährter Unterstützung erfolgen kann? **4** 97.
5 120. **21** 157. **27** 156; — unter welchen Umständen sie wieder-
 holt werden muß **17** 143. **19** 135. 143. **30** 157; insbesondere bei
 später eintretender Veränderung in der Person des verpflichteten
 A. B. **24** 177. **28** 118. 122.
- Anwendbarkeit des § 34 R. G. bei Erstattungsansprüchen anderer
 A. B. als des A. B. des Aufenthalts **28** 121; — bei Unterstützung
 von Ausländern **24** 174. **25** 146; — auf die vor dem 1. Juli
 1871 entstandenen Ansprüche **1** 71. **2** 106. **5** 117. **7** 118; — bei
 Ansprüchen wegen Abschiebung **9** 127. **26** 139; — bei Ansprüchen
 auf Rückerstattung (condictio indebiti) gegen den vorläufig unter-
 stützenden A. B. **18** 112. **32** 73; — gegenüber dem A. B., der sich selbst
 irrtümlich für den verpflichteten gehalten hatte **15** 117. **22** 160.
29 126; — bei Erstattungsansprüchen des E. A. B. **4** 98. **6** 88;
 — bei Erstattungsansprüchen des vorläufig fürsorgepflichtigen Land-
 armenverbandes in den Fällen der außerordentlichen Armenlast
30 152. **33** 109.
- Frist. Beginn und Berechnung **14** 107. **18** 108. 110; — Folgen
 der Nichteinhaltung der Frist (Verwirkung des Erstattungs-
 anspruchs) **2** 100. **3** 111. **9** 123. **13** 119. **21** 159. **28** 167. **31** 167.
- Wirkung der Anmeldung bez. noch zu gewährender Unterstützungen
7 119. **30** 154; — der Ersatzanmeldung für die Zukunft trotz späterer
 Säumigkeit des A. **28** 165.
- Berücksichtigung des R. G. § 34 von Amtswegen **6** 85. **7** 116. **14** 112.
26 136.
- f. auch Portoauslagen, Verjährung, vermeintlich verpflichteter
 Armenverband.
- Anmeldungspflicht** des Dienstortes **9** 94. **13** 87.
- Anrechnung** von Zahlungen des Unterstützten oder Dritter f. Zahlungen.
- Anschlußberufung** findet in Armenstreitsachen nicht statt **2** 113.
- Anstaltskleidung**, nur während des Aufenthalts im Waisenhaus,
 keine Armenunterstützung **27** 47; desgl. nicht für den Aufenthalt
 in einer Taubstummenbildungsanstalt in Preußen **33** 45.
- Anstaltspflegebedürftigkeit** Blinder **27** 58. **28** 145. **29** 107.
30 136; — idiotischer Kinder **30** 134.
- Anstaltstarife** sind zum Nachweis der Individual- und der Selbst-
 kosten nicht geeignet **22** 114. **24** 142.

Ansteckende Krankheit 12 78. 13 104. 30 55.

Apothekerrabatt 20 144.

Arbeit, Zuweisung den Unterhalt sichernder Arbeit keine Armenunterstützung 28 54; — Verpflichtung der Gemeinden zur Beschaffung von Arbeit 28 55.

Arbeiterkolonien, Bewahranstalt 31 7.

Arbeitsfähige können hilfsbedürftig sein, müssen, soweit thunlich, beschäftigt werden; s. Erwerbslosigkeit, Knaben.

Arbeitshaus, Unterbringung arbeitsfähiger Personen in ein A. 29 52. 76.

Arbeitsort s. Dienstort, Unterstützungswohnstz.

Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Nr. 1 des preussischen Tarifs vom 2. Juli 1876. 27 108. 31 104.

Arbeitsverhältniß s. Dienstverhältniß.

Armenanstalt im Sinne R. G. § 30; 10 99. 19 117. 25 70.

Auffuchen und Verbleib in A. kein Beweis der Nothwendigkeit der Armenpflege 29 76; s. auch Stiftungsfonds.

Armenärzte 2 81. 5 90. 8 113. 10 104. 106. 14 62. 16 75. 20 139. 22 147. 33 72; festremunerirte 33 90.

Armenbehörde; Amtssitz außerhalb der D.A.B. 29 48.

Armendirektionen in preussischen Städten, Berechtigung zur prozessualischen Vertretung der D.A.B. 28 168.

Armenhaus s. Obdachgewährung.

Armenkommunen in Schleswig-Holstein 3 56.

Armenlast s. Außerordentliche Armenlast.

Armenmündigkeit s. Altersgrenze.

Armenpflege, Akt der; inwiefern anzunehmen, daß ein solcher vorliege oder bloße Liberalität? s. Liberalität, Privatwohlthätigkeit;

oder die Erfüllung einer kontraktlichen Verpflichtung? s. Gutbesitzer, Insteleute;

oder die Erfüllung einer gesetzlichen oder statutarischen Verpflichtung? s. Gemeindefrankenversicherung, Unfallversicherung, Stiftungsfonds;

oder eine Maßregel anderer zur Tragung der Kosten verpflichteter Behörden? insbesondere der Gerichts- und Polizeibehörden s. Gefangene; — aus gesundheitspolizeilichen Gründen s. Augenentzündung, Krätze, Pockenranke, Syphilis; — aus sonstigen Gründen des öffentlichen Wohls s. Aufsichtsbehörde, Geistesranke, polizeiliche Anordnung, Ueberweisung nach § 56 St.G.B.;

oder Kreditgewährung an den Unterstützten bezw. dessen Angehörige s. Darlehen, kreditirte Kurkosten (Schulgelber);

liegt in der Regel nicht vor bei Leistungen für die Vergangenheit s. Nachtragszahlungen, Rückstände;

desgleichen nicht, wenn es sich um Leistungen handelt, die nicht zur Erfüllung der gesetzlichen Fürsorgepflicht und in der Absicht Armenpflege zu üben, erfolgt sind 28 69. 29 64. 30 49. 32 50. 54; als ein solcher ist nicht unbedingt jede den Armenverbänden durch Landesgesetz auferlegte besondere Leistung anzusehen 19 58. s. a. Zwangserziehung.

Armenverband ist die kommunale Korporation als Träger der Armenlast 32 66;

welchen A.B. trifft die Armenlast für einen Hilfsbedürftigen, der in

- dem Armenbezirke vor stattgehabter Bezirksveränderung den U. B. erworben hatte? **2 44. 3 56. 4 47. 5 78. 6 42. 7 74. 11 81. 15 92. 16 114. 19 99. 22 109. 24 8. 28 2. 6. 32 92. 33 67.**
- Auflösung während der Dauer des Rechtsstreits **31 198.**
- der U. B. wird nicht durch Aufenthalt erworben, wenn während des Laufes der zweijährigen Frist die Grenzen des betr. D. A. B. eine Aenderung erfahren haben **14 4. 20 4. 21 3. 26 1. 28 3. 6.**
- f. auch Auseinandersetzung, Gesamtschuldner, Gutsbezirk.*
- Arrest; Ist die Aufhebung eines Arrestes wegen geleisteter Unterstützung Armenunterstützung? **29 31.**
- Arznei, ohne ärztliche Verordnung. Anwendbarkeit des preussischen Tariffages Nr. 2? **24 149. f. a. Tarif.**
- Arzt, Zuziehung eines zweiten, dritten **8 113. f. ärztliche Behandlung u. Untersuchung, Krankenpflegekosten, Spezialärzte.**
- Arzthonorar, rückständiges **11 58.**
- dessen Herabsetzung **13 100.**
- Asyle für weibliche Gefallene, Bewahranstalten **12 1. 22 10. 24 2. Atteste, ärztliche 19 96. 25 93. f. ärztliche Untersuchung.**
- Aufenthalt *f. Unterstützungswohnsitz.*
- Aufsichtsbehörde. Bedeutung der Entscheidungen über die Feststellung der Hüfsbedürftigkeit *f. Hüfsbedürftigkeit.*
- Anordnung der A. betr. Fürsorge schließt Armenpflegefall nicht unbedingt aus **10 61. 18 66. 21 107.**
- Auftrag, öffentlichrechtlicher als Grundlage des Erstattungsanspruchs **22 88. 25 96. 117. 29 70. 30 74.**
- Augenentzündung, granulöse **28 77. 29 88.**
- Auseinandersetzung zwischen A. B. en, die bisher einen gemeinschaftlichen A. B. gebildet hatten, ist im Verwaltungswege zu bewirken **2 97. 5 110. 7 75. 11 81. 16 114. 19 99. 20 4. 22 109. 23 133. 28 8. f. auch Armenverband.**
- Ausland; eine dort gewährte U. hemmt den Lauf der Abwesenheitsfrist nicht **3 30. 4 23.**
- f. auch 18 49. 27 24. 31 77. 158, betr. eine dorthin gewährte U. u. 30 20 betr. einen an eine ausländische Behörde gerichteten Uebernahmeantrag; 30 64 Nichtverpflichtung des A. B. wegen U. von A. mit der ausländischen Heimathsbehörde sich in Verbindung zu setzen.*
- durch Verlegung des Aufenthalts dorthin erledigt sich der bezügliche Pflegefall **21 135.**
- Kosten des Rücktransports aus demselben **9 54. 10 126.**
- Ausland, Ausländer im Sinne des R. G. **8 140. 9 122. 12 145. 13 117. 18 49. 169. 21 135. 26 150. f. a. Uebernahmepflicht.**
- Ausländer, deren vorläufige U. **9 71. 27 176. 30 64. 32 145.**
- die endgültige Unterstützungspflicht liegt demjenigen Bundesstaate (bezw. dessen A. B.) ob, in dessen Gebiet sie der Armenpflege anheimgefallen sind **11 131. 18 167. i. jedoch für den Fall fortgesetzter Hüfsbedürftigkeit 25 155. 26 152. 32 147. f. a. Vandalme, Unterstützungswohnsitz (landesgesetzlicher).**
- Preussisches Recht **8 140. 144. 10 142. 11 131. 14 41. 15 133. 22 181. — älteres Recht 1 78. 3 118. 5 133.**
- Braunschweigisches Recht **15 31.**
- Hessisches Recht **11 131.**

Schleswig-Holsteinisches Recht 3 123.

Beurtheilung der Rechtsgültigkeit der von ihnen im Inland geschlossenen Ehen 12 145.

f. auch Anmeldung, Bundesstaat, Dienstort, Entlassung, Uebernahmepflicht.

Auslösung f. Betten, Kleidungsstücke.

Anßerordentliche Armenlast, betr. die der Anstaltspflege bedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden. Verpflichtungen des L.A.B. aus deren freiwilliger 12 63. 27 81. oder gesetzlich gebotener Uebernahme 27 84. 126—151. 28 142. 149. 153. 31 146. 150. 152. Erstattungsansprüche gegen den L.A.B. wegen Nichterfüllung seiner Verpflichtungen 27 140. 28 144. 32 114. 33 98 (entwischener Geisteskranker). Rechtsstellung der mit der a.A. betrauten L.A.B. zu dem vorläufig unterstützungspflichtigen D.A.B. 27 131. 137. 140. 145. 28 138. 30 139. 31 185. 32 121. 133. zu dem endgültig verpflichteten D.A.B. 27 139. 146. 28 85. 150. 154. 156. 157. 29 112. 114. 30 139. zu dem D.A.B. des Dienstortes 29 115. 33 107 zu den Kreisen 27 126. 146. 29 120. 32 119. 120; zu dem Landarmenverbände, zu welchem der A.B. des U.B. gehört 33 109.

Höhe des Erstattungsanspruchs der L.A.B. 28 146. 151. 30 145. 31 134. 32. 120. — Anrechnung der Zahlungen von Verwandten zc. auf die höheren Selbstkosten 28 138.

Rechtsbeziehungen des vorläufig unterstützenden D.A.B. zum endgültig verpflichteten A.B., so lange der Geisteskranke in eine Anstalt des L.A.B. noch nicht aufgenommen ist 28 134. 32 119; und nach erfolgter Aufnahme 28 155.

Pflicht des vorläufig unterstützenden D.A.B. im Interesse des endgültig verpflichteten A.B. die Aufnahme des Geisteskranken zc. in eine Anstalt des L.A.B. zu betreiben 28 85. 31 131.

Recht des A.B. des U.B. von dem vorläufig unterstützenden L.A.B. die Ueberführung des Kranken in eine Anstalt seines Provinzialverbandes zu fordern 28 150. 154. 29 112. 115. — aber kein Anspruch des vorläufig unterstützenden L.A.B. gegen den A.B. des U.B. auf Uebernahme 30 148.

Beitragspflicht der Kreise 29 136.

Auswanderer; Kosten ihrer Rückbeförderung 8 56.

deren unbefugte Abhiebung 10 52. 21 54.

Ausweisung, polizeiliche; unterbricht für sich allein den Aufenthalt nicht 6 2. 11 5. — Rechtsverhältniß der beteiligten Armenverbände bei einer von der Polizeibehörde des Aufenthaltsortes verweigerten Ausweisung 29 103. — von Ausländern 30 64.

B.

Bäder, deren Kosten 12 80.

Ballettänzerin 26 94.

Bayern, Gothaer Vertrag 6 82. 9 71. 12 145. 18 49. 30 22.

f. auch Ausland, Ausländer.

Beamte; unter welchen Umständen sie öffentlicher U. bedürftig sind?

21 68. 29 50. — Nichtanwendbarkeit des § 29 R. G. 31 67.

Beerdigung als Endtermin der Hilfsbedürftigkeit 28 52.

- Beerdigungskosten** 10 72. 107. 14 65. 1680. 20 96. 32 63.
 Bedeutung der über ihre Höhe ergangenen älteren preussischen Ministerial-Rescripte 2 86.
 Weimarsche Gesetzgebung 11 116.
 Oldenburgische Gesetzgebung 21 99.
 Preussische Gesetzgebung 2 7.
 der Diensthoten u., auf dieselben bezieht sich R. G. § 29 nicht; 2 40. 3 55. 4 47. 9 91.
 sind Armenpflegekosten auch bezüglich solcher Personen, die während ihres Lebens noch nicht hilfsbedürftig waren 3 6. 21 99.
 sind Armenpflegekosten auch bezüglich der im Gefängniß Verstorbenen 4 40. 8 77.
 betr. die im Gefängniß verstorbenen Landarmen 15 103.
 zu denselben gehören auch die nothwendig aufgewendeten Kosten der Feststellung des Todes 9 48. 17 118. 23 99.
 Geldbeihilfe zu einer Beerdigung 31 39.
 f. auch Grabstellen, Läutegebühren, Zeichenschau, Zeichensucher.
Beerdigungsschein, gerichtlicher 18 64. 23 90.
Befreiung von übernommenen Verbindlichkeiten; eine Klage hierauf ist zulässig 4 49. 5 26. 7 40. 8 116. 122.
Befugniß, gesetzliche, der Ehefrau zum Getrenntleben 2 14. 10 32. 11 23. 25. 12 12. 15. 13 33. 16 40. 42. 20 30. 31. 40 (Nöthigung der Ehefrau zum Getrenntleben durch den klagenden M.). 21 40. 42. 22 34. 23 48. 24 41. 46 (ob dazu nach A. L. R. richterliche Erlaubniß erforderlich?). 57. 25 26. 29. 30. 26 50 (Verzeihung der Ehescheidungsurache f. aber auch 33 18), 28 43 (Weigerung der Aufnahme einer ehebrecherischen Frau), 28 45 (Unmöglichkeit der Wiedervereinigung), 28 47 (Unbekanntheit der Frau mit den Vergehungen des Mannes) 33 17 (Mißhandlung durch den trunksüchtigen Mann) f. a. Krankenanstalt, Irrenanstalt.
 nach älterem preussischen Recht 1 12. 3 137.
Begleiter, Kosten mitgenommener 9 47. 10 70. 12 101.
Beihilfe, der getrennt lebenden Ehefrau vom Manne gewährte 5 32. 12 15. 16 45. 17 60. 18 33. 20 34. 24 52. 29 40. 30 23.
Beiladung im Streitverfahren unter Armenverbänden 14 118. 23 173. 29 140.
Wein, künstliches f. Stelzfuß.
Weinverkrümmung, Operation einer W. 28 72.
Weischläferin f. Konkubinat.
Verlassung am Aufenthaltsorte f. Verbleiben.
Verichtigung einer erlassenen Entscheidung; in welchem Umfange sie zulässig ist? 19 158.
Berlin, A. A. B.; dessen Identität mit dem D. A. B. 9 137. 16 160.
Berufung an das Bundesamt; muß bei derjenigen Behörde angemeldet werden, gegen deren Entscheidung sie gerichtet ist 1 76. 9 140. 18 164. 19 161. 22 169.
 kann nicht von dieser Behörde zurückgewiesen werden 16 172. 32 137.
 kann vor der Behändigung, aber nicht vor Erlass des Urtheils angemeldet werden 4 107. 12 139.

- muß rechtzeitig von einer dazu legitimirten Person angemeldet werden **10 138.**
- Zulässigkeit neuer Angaben **29 141. 145.**
- Mangel der Unterschrift **25 153.**
- deren Zulässigkeit ist lediglich nach den Bestimmungen des R. G. zu beurtheilen **9 139;** keine Berufung wegen Nichtberücksichtigung eines Antrags auf Beiladung **31 180.**
- vergl. aber **14 116. 16 168. 20 180. 27 167. 32 131,** betr. Berufung gegen ein Urtheil der höchsten landesgerichtlichen Instanz, welches, den landesgerichtlichen Vorschriften entsprechend, ein Urtheil der unteren Instanz wegen Nichteinhaltung der Anfechtungsfrist für rechtskräftig geworden erklärt (Rgr. Sachsen).
- nur gegen Endurtheile, nicht gegen Zwischenentscheidungen (Interlokute) **4 110 (Rippe). 11 128 (Sachsen Altenburg). 14 120 (Lübeck). 15 122 (Bremen).**
- f. auch Anschlußberufung, Beiladung, Beschwerde, Ersatzzustellung, Gutsvorsteher, Kostenpunkt, Nichtigkeitsbeschwerde, Präsentationsvermerk, Prozeßbevollmächtigte, Restitution, Widerklage, Zustellung.
- Berufungsanmeldung; ob eine solche in der Erklärung der Partei zu finden ist? **26 143. 27 169.**
- Berufungsfrist, deren Berechnung, wenn das Ende derselben auf einen Sonntag oder Feiertag fällt **17 156.**
- Verlängerung derselben findet nicht statt **21 176.**
- Berufungsrechtsfertigung — Berechnung der Frist **26 146.**
- Beschäftigungsort s. Unfallversicherung.
- Beschwerde an das Bundesamt s. d. Heimathweisen findet, auch in der Form einer Berufung, nicht statt **18 138. 22 168. 23 177. 26 140. 29 139.**
- f. auch Exekution.
- Besorgniß künftiger Bedürftigkeit **21 140. 30 38;** f. im übrigen bei Uebernahmepflicht.
- Besserungsanstalt; zwangsweise Unterbringung in eine solche ist kein Akt der Armenpflege **3 39. 10 76.** i. verwahrloste Kinder, Zwangserziehung.
- Besuche s. Unterstützungswohnsitz (ununterbrochener Aufenthalt).
- Bethanien — Krankenhaus in Berlin **7 36.**
- Betten, Bettstellen, deren Lieferung oder nur leihweise Ueberlassung **19 77.** f. auch Reinigungskosten.
- Betten, verpfändete; Mittel die zu ihrer Auslösung gewährt wurden **14 57. 18 63. 19 134.**
- Bewachungskosten **29 92.**
- Bewahranstalt, was unter einer solchen zu verstehen? **11 9. 12 1. 14 9. 16 3. 17 15. 22 10. 24 2.** Pflegling einer Bewahranstalt **8 18. 33 3.** f. auch Arbeiterkolonien, Asyle, Eintritt.
- Beweisaufnahme; inwieweit solche von Amtswegen zu verfügen ist **12 135. 19 151. 32 34.**
- Beweisinterlokute s. Berufung.
- Beweislast s. Dienstverhältniß, Ehefrau (Selbständigkeit), Hilfsbedürftigkeit, Pandarmeneigenschaft, letzter Unterstützungswohnsitz, Unterstützungswohnsitz.

- Beweismittel, brauchen nicht sofort bei der Anmeldung des Erstattungsanspruchs angegeben zu werden **2 108. 4 102**; vergl. aber **15 114**. betr. ungenaue Angaben.
 deren freie Würdigung **7 135. 136**.
 die durch ihre Sammlung entstandenen Kosten können nicht erstattet verlangt werden **18 116**.
 Bezirksveränderung s. Armenverband.
 Bier, Verabfolgung an Schwindsüchtige **27 51**.
 Bigamie s. Doppelhe.
 Bleichsucht **30 53**.
 Blinde, Kosten ihrer Ausbildung und Unterweisung **14 60. 27 53. 58. 28 83**; s. a. Anstaltspflegebedürftigkeit, Außerordentliche Armenlast.
 Bödsinnige s. Geisteschwache.
 Bössliche Verlassung **2 14. 4 10. 10 28. 29. 11 21. 13 33 ff. 16 37. 17 49. 51. 21 42. 22 34. 23 48. 52. 24 40. 54. 59. 25 21. 26 48. 30 22** (bei unbekanntem Aufenthalt des Mannes).
 Bouillon **17 126**.
 Bruchband **14 81. 23 88**.
 Buchhandlungsreisende **10 85**.
 Bürgschaft hemmt für sich allein den Fristenlauf nicht **25 163**.
 Bundesamt s. d. Heimathwesen fungirt als Reichsbehörde auch in Streitsachen unter den einem und demselben Bundesstaate angehörenden A.B. **18 145**.
 hat über seine Zuständigkeit ausschließlich selbst zu befinden **18 145**.
 s. auch Beschwerde, Exekution.
 Bundesstaat, der die Funktionen des E.A.B. unmittelbar übernommen hat **10 18. 14 26**. — Der E.A.B. eines anderen B. kann mit der endgültigen Fürsorgepflicht für Ausländer nicht deshalb belastet werden, weil die erste Einlieferung (nicht aber das erste Hervortreten der Hilfsbedürftigkeit) in eine ihm gehörige Anstalt geschah **28 114. 115**.

C.

- Charité — Krankenanstalt in Berlin **7 34. 87. 11 56. 13 11. 42. 22 73**.
 Chauffeegelder **3 2**.
 Chorjänger **23 130**.
 Civilprozeßordnung. Anwendung der Grundzüge derselben im armenrechtlichen Streitverfahren **17 157** (Fristberechnung), **20 175. 176** (Zeugnißzwang, Ablehnung der Gerichtspersonen), **29 148** (Kostenvertheilung), **31 198** (Unterbrechung des Verfahrens), **32 138** (Zustellung an Prozeßbevollmächtigte).
 Condictio indebiti, ihr Rechtsgrund ist die ungerechtfertigte Bereicherung des Zahlungsempfängers **32 66**, ihre verschiedenen Voraussetzungen nach gemeinem Recht **16 110. 17 100. 20 146. 21 105**; nach preussischem Recht **9 63. 20 148. 21 101. 22 82. 92. 23 112. 24 120** (Beweis des Irrthums), **28 104** (desgl.); nach französischem Recht **14 112. 19 84. 24 122**. — Entscheidend ist das am Wohnsitz des Bereicherten geltende Recht **27 81**. — nicht gegenüber rechtskräftigem Urtheil **25 99**. s. a. Zuständigkeit.

ein indebitum ist nicht gezahlt, wenn der Erstattungsanspruch trotz Mangels objektiver Hilfsbedürftigkeit begründet war **26 89.**
ihre Geltendmachung im Wege der Kompensationseinrede **18 125. 23 113.**

Einrede: der Bekl. habe durch die Zahlung nur erhalten, was ihm zustehe **28 104.** — Einrede: die U. sei im Auftrage des endgültig verpflichteten A. erfolgt **25 96. 30 76. 32 70;** — Einrede des Schadenersatzes, weil der Bekl. in Folge der Zahlung die Anmeldung beim endgültig verpflichteten A.B. unterlassen habe **22 85. 31 52. 33 52.**

D.

Dänemark, deutsch-dänischer Uebnahmevertrag **18 169**

Darlehen zur Bestreitung der Beerdigungskosten **26 72.**

Deputattagelöhner s. Instleute.

Desinfektionskosten **3 94. 10 103. 110. 11 110.**

Deutsche, ehemalige, deren Uebnahme aus dem Auslande **18 168. 29 122.**

Dienstbote (R. G. § 29); wer ist als solcher zu betrachten? **5 73 8 88. 13 85. 15 89.**

betr. die in einer städtischen Krankenanstalt angenommenen Personen **20 112.**

nach Oldenburgischer Gesetzgebung **21 115.**

s. auch Kellner.

Dienstboten, Erwerb des U.B. durch dieselben nach älterem preussischen Recht **1 103. 4 119. 6 114.**

Dienstherr s. Hilfsbedürftigkeit, Regreß.

Dienstort, unter welchen Umständen der betreffende A.B. nach R. G. § 29 verpflichtet ist? **1 26. 2 4. 30. 3 51. 4 41. 5 66. 6 39. 7 69. 9 79. 85. 11 75. 77. 12 54 ff. 13 58. 14 81. 17 102. 20 108. 21 112. 22 115. 118. 120. 23 126. 28 37. 29 39. 81. 85. 118. 30 78. 79. 81. 83. 90. 104. 108. 31 57. 32 74. 78. 82. 83. 155. 33 58. 60,** namentlich wenn die Hilfsbedürftigkeit nicht während des Dienstverhältnisses oder bei dessen Beendigung (**33 65**), sondern erst später hervorgetreten ist **7 65. 8 87. 9 86. 23 126. 31 64.** wenn die Krankenpflege sich unmittelbar an eine aus anderer Ursache gewährte Unterstützung anschließt **30 78. 32 83.** Bedingung ist insbesondere das Bestehen eines bestimmten gegenseitige Pflichten begründenden Verhältnisses **18 79. 21 112.** Berechnung und Beginn der dreizehnwöchigen Frist **27 48. 30 102. 104.**

betreffend insbesondere den Fall, wenn zunächst eine Krankenkasse oder ein sonstiger Dritter die Verpflegung des erkrankten Dienstboten u. übernommen hatte **2 31. 7 65. 11 75. 13 58. 30 90 ff. 31 59.** bezüglich der Ausländer **1 36.**

Einrede: der A.B. des U.B. habe zuerst abgelehnt **28 108.**

Zur Auslegung des § 29 Abs. 4 **28 108. 30 108. 31 64.**

wer als solcher anzusehen ist? **3 53;** insbesondere bei wechselndem Aufenthalt des Dienstherrn oder der Gesellen u. **1 32. 34. 4 45. 5 77. 8 91. 11 79. 12 55. 24 126 32 85** (bei See-

leuten 32 88). Der Dienstort braucht nicht zugleich der gewöhnliche Aufenthaltsort des Arbeiters zu sein 29 81. 30 104.

Umfang der Unterstützungspflicht des Dienstortes im Sinne R. G. § 29; 2 4. 9 90 (Krankentransport) 19 96. 24 129 (reglementsmäßige Kleidung) 29 85 (nicht auch Unterstützung nicht-erkrankter Angehöriger 30 83) 31 59. 32 83 (nicht auch Unterstützung, welche dem Kranken zum Unterhalt seiner Familie gewährt wurde).

Niederkunft und Wochenbett sind keine Krankheiten im Sinne R. G. § 29; 1 33.

f. auch Anmen, Anmeldepflicht, Beamte, Beerdigungskosten, Fabrikarbeiter, Faktoren, Familienangehörige, Gewerbegehilfen, Handlanger, Handlungsreisende, Kaufmannslehrlinge, Krankenhäuser, Kaufburschen, Pferdewärter, Pflegefinder, Schwangerschaft, Stückarbeiter.

Dienstverhältniß, hebt die Ueberführungspflicht nicht auf 1 68. 16 143; — im Sinne des § 29 R. G. 30 87; — Beweislast des U. B. des U. B. der sich auf § 29 beruft. 30 88.

Distriktskommissarien f. vorgelegte Behörde.

Domänenpächter, Domänenverwaltungsbehörde, sind zur Vertretung des Fiskus als Gutsbesizers in Armenstreitsachen nicht legitimirt 5 113; f. auch 7 132. 19 149.

f. auch Gutsbezirke, Gutspächter.

Doppelehe 21 40.

Dreijährig-Freiwillige 29 45.

Durchschnittssätze, deren Anwendbarkeit auch in solchen Fällen, für die ein Tarif nicht besteht 3 84. 5 91. 8 108. 12 83; f. auch 6 68. 69. 15 77. 17 118. 19 117. 24 139.

finden in außergewöhnlichen Fällen keine Anwendung 26 103.

G.

Gefrau, theilt den U. B. des Ehemannes und wird mit demselben Landarme 3 13. 17; auch eine sich wieder verheirathende Wittwe 26 47; — f. aber 17 46 betr. bigamische Ehe, 23 43 betr. ungültige Ehe.

deren Selbständigkeit in Bezug auf den Erwerb und Verlust des U. B.

Eintritt der Selbständigkeit kraft Gesetzes 21 35; rechtliche Bedeutung 2 11. 3 15. 11 25. 12 15. 17 54. 21 37. 28 14. 24.

Selbständigkeitsgründe f. Befugniß, Beihilfe, bössliche Verlassung, Einwilligung, Scheidung, Soldatenfrau, Wittwen.

Änderung des Selbständigkeitsgrundes ist ohne Einfluß 19. 43. 22 37. 32 35.

Beweislast bez. der Selbständigkeit 23 46.

Aufhebung der Selbständigkeit durch Wiedervereinigung der Eheleute, oder sonstigen Fortfall der Voraussetzungen des R. G. § 17: 5 34. 10 27. 12 21. 15 29. 18 30. 19 47. 20 37. 22 41. 24 41. 32 35. 38 f. auch Verzeihung.

Wird in der Person der selbständigen Gefrau der Ehemann unterstützt? bejahend: 11 20. 12 61. 13 30. 20 128. verneinend: 26 31. 27 68. 100.

- Gefährlichkeit eines Kindes, deren Anfechtung **33** 19.
 Gideszuschiebung **2** 64. **4** 11. **12** 137. **13** 130. **17** 142. **18** 158.
19 154. **21** 161.
 Ginkindschaftsvertrag **20** 50.
 Einlieferung in eine Straf-, Kranken- u. Anstalt (R. G. § 30 b)
6 59. **7** 84. **9** 101. **10** 96. **16** 131. **20** 132. **22** 142. **26** 100.
28 114 (aus dem Auslande) **30** 126; vergl. Entlassung.
 Einlieger f. Inftlente.
 Einreden gegen den Erstattungsanspruch f. Anmeldung (Nichteinhaltung
 der Frist), Anmeldungspflicht des Dienstorts, Erstattungsanspruch-
 Hilfsbedürftigkeit (vom A.B. der vorläufigen Unterstützung ver-
 schuldete), Kompensation, Regreß, Res judicata, Reverse, Unter-
 stützung, Verjährung, Verwirkung, Zahlung, Zuständigkeit, Zwangs-
 erziehung.
 Eintritt in eine Kranken-, Bewahr- oder Heilanstalt f. Frist (Hemmung).
 Einverleibung f. Armenverband.
 Einwilligung, ausdrückliche, zum Getrenntleben der Ehefrau **4** 9.
10 29. **14** 39. **15** 26. **17** 55. **21** 46. **22** 42. **25** 22. **28** 43.
 Eisenacher Vertrag **10** 143.
 Elfaß-Lothringen **9** 123. **13** 117.
 Endgültige Fürsorgepflicht f. Fürsorgepflicht.
 Entfernung f. Unterstützungswohnsitz (ununterbrochener Aufenthalt).
 Entlassung aus der Staatsangehörigkeit; inwiefern sie wegen Nicht-
 verlegung des Wohnsitzes außerhalb des Bundesgebiets unwirksam
 wird? **17** 150.
 Entlassung aus einer Straf-, Kranken- u. Anstalt (R. G. § 30 b)
4 59. **15** 103. **18** 93. **20** 135. **137**. **21** 133. **26** 100 (bei zeit-
 weiser Internirung in einer ausländischen Anstalt) **33** 81. **83**. **86**;
 vergl. Einlieferung; f. auch Gefangene.
 Epileptische, Kosten ihrer Wartung **11** 109. f. a. Außerordentliche
 Armenlast.
 Erdbütte, Aufenthalt in einer solchen **14** 1.
 Erfolglosigkeit (bezw. angebliche) des Antrages auf Uebernahme eines
 Hilfsbedürftigen **9** 9. **12** 9. **17** 37. **21** 29. **22** 28.
 Erjap anmeldung bei der vorgelegten Behörde f. Anmeldung.
 Erjapzustellung. Rechtzeitigkeit der Berufung bei nicht gerechtfertigter
 Erjapzustellung **31** 195.
Erstattungsanspruch (Erstattungspflicht) f. auch Abschiebung, Aktiv-
 legitimisation, Armenpflege, Ausländer, Außerordentliche Armenlast,
 Einreden, Gesamtarmenverband, Gütsbezirke, Hilfsbedürftigkeit,
 Klagegrund, Landarmenverbände, Rückstände, Unterstützung.
 öffentlich rechtliche Natur, — aber keine gemeine Last des Gutes
22 47. **32** 121.
 wenn die U. einem andern A.B. insbesondere dem endgültig ver-
 pflichteten A.B. hätte überlassen werden können **8** 60. **10** 56. **13**
49. **57**. **16** 54. **104**. **24** 65. **25** 44. f. jedoch auch **25** 45;
 insbesondere, wenn ein V.A.B. die vorläufige Fürsorge übernommen
 hat **16** 104. **17** 70. **19** 157. **158** **29** 126; oder wenn der Armenverband
 des Aufenthaltsorts sich nicht bewußt war, nur vorläufig zu unter-
 stützen **27** 34.

- eines A.B., der dem vorläufig unterstützenden A.B. die entstandenen Pflegekosten erstattet hat **21 54.**
 setzt voraus, daß die Hilfsbedürftigkeit im Geltungsbereich des A. G. entstanden ist **18 49. 21 135. 27 26. 30 59. 31 77. 158.**
 setzt voraus, daß zur Erfüllung armenrechtlicher Verpflichtung geleistet wurde **24 96. 27 24. 30 49. 32 47. 54.**
 beim Wechsel des A.B. **24 181. 27 35.**
 Höhe des Erstattungsanspruchs f. Armenärzte, Durchschnittssätze, Individualkosten, Krankenpflegekosten, Selbstkosten, Tarife, Unterstützung, Verwaltungskosten.
 insbesondere wenn der Hilfsbedürftige von dem vorläufig unterstützenden A.B. in einem anderen Orte untergebracht ist **10 105. 27 103,** wenn ein nicht verpflichteter A.B. die Unterstützung freiwillig übernommen hat **8 60.**
 betr. die in Zukunft aufzuwendenden Kosten **23 76. 31 176.**
 Erwerb des A.B. f. Unterstützungswohnsitz.
 Erwerbslosigkeit, augenblickliche **5 41. 7 31. 39. 8 42. 10 67. 11 45. 12 44. 22 69. 25 22.**
 Verpflichtung zur Beschäftigung oder Beschaffung von Arbeits Gelegenheit **15 49. 54. 17 77. 19 73. 20 64. 24 90. 28 54. 30 38 (Streif).**
 Erziehung der Kinder f. blinde, geisteschwache, taubstumme, verwahrloste, Hilfsbedürftigkeit, Schulgelder, Zwangserziehung.
 Erziehungsanstalt f. Besserungsanstalt. — Aufnahme in eine Erziehungsanstalt als Armenpflegemaßregel bei mangelndem Unterhalt außerhalb einer solchen **28 80.**
 Erziehungsberecht., Entziehung des elterlichen G. **32 45. 148,** auch **16 91. 19 27. 75. 23 121. 28 65. 29 55.**
 Exekution der rechtskräftigen Entscheidungen gebührt der Landesbehörde, ohne Beschwerde an das Bundesamt **18 138. 19 164.**
 Ermission; Leistungen behufs Abwendung einer solchen **3 37. 9 44. 11 46. 17 84. 18 62 —** f. auch Miethe, rückständige.

F.

- Fabrikarbeiter (A. G. § 29) **2 43. 3 54. 5 73.**
 Faktoren **13 85. 18 84.**
 Familienangehörige, Unterstützungspflicht des Dienstherrn **29 39. 85. 30 78. 79.**
 Familienangehörigkeit (Familieneinheit, Familiengemeinschaft) im armenrechtlichen Sinne; ihre Grundlage bildet die Theilnahme an dem A.B. des Familienhauptes **2 18. 6 13. 12 17. 14 25. 17 43. 20 18. 19. 23 26. 151. 24 34. 26 31. 27 68. 179.**
 ihre Rechtsfolgen: mittelbare Hilfsbedürftigkeit und Unterstützung des Familienhauptes **27 69. 29 28. 30. 30 34.** aber keine mittelbare Unterbrechung für die Erwerbs- und Verlustfrist **25 17.** Unabhängigkeit hinsichtlich der vorläufigen Fürsorgepflicht **27 70.** f. auch bei Hilfsbedürftigkeit, Frist, Uebernahmepflicht.
 Familienhaupt, im armenrechtlichen Sinne ist nur derjenige, dem die Familienglieder in Beziehung auf Erwerb und Verlust des A.B. folgen **16 49. 143. 20 17. 22 132. 23 26. 149. 26 31. 27 68.**
 Familienverhältnisse; Verpflichtung des vorläufig unterstützenden
 Entsch. d. B. A. f. d. Heimathw. Heft 33. 9

A.B. zu deren alsbaldigen Ermittlung 15 47 und fortgesetzten Beachtung 22 89. 24 184.

Feiertag f. Berufungsfrist.

Kindelkinder 6 53. — im Großherzogthum Hessen 19 32.

Korsteigenthümer, dessen Verpflichtung zur Kur und Pflege Verwundeter 11 72. 26 68.

Freiheitsstrafe: Unterbrechung der Hülfbedürftigkeit 27 101. 29 86. 30 117, Begründung dauernder Hülfbedürftigkeit durch längere zeitige Freiheitsstrafe des Familienhauptes 3 96. 7 104. 8 124. 12 89. 13 107. 18 97. 19 126. 31 122.

Freizügigkeitsgesetz 1 2. 9. 18. 6. 21. 76. 77. 9 10. 14. 12 122. 16 33. 82. 138. 142. 17 128. 18 98. 19 131. 21 140. 28 93. 160.

Frist, zweijährige für den Erwerb und Verlust des A.B. durch Aufenthalt bezw. Abwesenheit.

Berechnung des Anfangs- und Endtermins der zweijährigen Frist 3 23. 11 1. 7. 13 7; f. auch 17 10. 19 52. — und unter Scheidung, Wittwe.

inwieweit bei Berechnung der Frist in Betracht kommt: die Zeit vor dem 1. Juli 1871? (Hamburg, Hannover, Schleswig-Holstein, ältere Preussische Landestheile) 1 108. 2 133. 8 31. 9 10. 150. — die Zeit vor dem 1. April 1894 (Inkrafttreten der Novelle vom 12. März 1894)? 27 1.

f. a. Umzugstermin.

Beginn der Frist; mit Beginn des Aufenthalts und Abwesenheit 24 25. 25 38. f. jedoch 26 6.

f. a. Altersgrenze, Umzugstermin.

Hemmung des Beginns der Frist durch Eintritt in eine Kranken-, Bewahr- oder Heilanstalt 8 16. 14 7. 17 19. 21 6. 28 50 (kurzer beschwerdeweiser Zwischenaufenthalt) 32 7. 33 3; — auch wenn die Anstalt später einem anderen A.B. einverleibt wird 24 3 (f. a. Geistesfranke, Selbstbestimmung) oder wenn des dem Eintritte vorangehenden Aufenthalts ungeachtet, der Fristenlauf nicht beginnen konnte 26 9.

Ruhen (Stillstand) des begonnenen Fristenlaufs

a) während der (nach ganzen Tagen zu berechnenden 28 35) Dauer der von einem inländischen Armenverbande, (nicht auch im Falle der Zwangserziehung von einem preussischen kommunalständischen Verbanne 32 30) oder von einem Privatmann in dessen Auftrage, (Hebamme 32 47) zur Erfüllung der reichsgesetzlichen Fürsorgepflicht 27 24, (nicht zu Erfüllung der Beitragspflicht an den Staat oder größeren Kommunalbehörde bei der Zwangserziehung 18 126. 19 147. 22 19. 25 79. 33 47) thatsächlich gewährten, nothwendigen Unterstützung 4 19. 9 3. 8. 10 18. 12 7. 13 22. 14 26. 30. 17 23. 20 12. 14. 21 25. 26. 22 22. 23. 23. 32 34 (Prüfung der Nothwendigkeit von Amtswegen)

f. auch 8 30. 23 32 betr. Kreise, Amtsverbände zc. die auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen gewisse Zweige der Armenpflege unmittelbar übernommen haben.

sowie insbesondere:
über die Zeitdauer der Ruhefrist bei Unterstützungen zur Hebung augenblicklicher Nothstände 5 18. 6 72. 17 22; für

längere Zeiträume 14 24. 25 10. 26 25; Geldspenden 5 18.
 14 24. 25 10. 26 24. 25; ärztliche Behandlung und
 Arzneien 15 24. 19 30; Kleidungsstücke, Bettbezüge, Krücken
 u. s. w. 6 73. 10 20. 17 22. 18 20. 19 31. 32 28;
 wenn Vermögensstücke, die der A.B. wegen geleisteter Unter-
 stütungen in Anspruch nehmen konnte, für den Unterhalt frei-
 gegeben sind. 20 22. 26 26. 29 31;
 wenn nur eine Beihilfe gewährt wird 5 17. 6 10. 7 16.
 8 22. 24. 29; — z. B. durch Gewährung der Mittel zum
 Betriebe eines Gewerbes 12 4;
 wenn auch die Unterstützung zur Zeit wirkliche Ausgaben noch
 nicht verursacht hat 11 16;
 wenn auch die Unterstützung unter einer anderen Bezeichnung ge-
 währt wurde 13 15;
 wenn auch eine Anzeige über die gewährte Unterstützung nicht
 erfolgt ist 12 7;
 wenn sie aus sog. Liebesgaben gewährt wurde, welche dem
 Armenverbande in Nothstandszeiten zur Verfügung gestellt worden
 waren 13 19. 15 17;
 wenn sie einem im Auslande hülfbedürftig gewordenen In-
 länder gewährt wurde 27 24.
 f. auch Bürgschaft, Kollekten.

Wenn die Unterstützung hülfbedürftigen Angehörigen ge-
 währt wird, ruht die Frist für das Familienhaupt 2 18. 3 31.
 4 26. 5 23. 6 13. 28. 30. 7 21. 14 25. 22 24. 132. 23 26.
 24 32. 28 40. 29 28. 30 (Novelle);

f. 16 48 betr. Kinder aus geschiedener Ehe,

17 39. 24 39 betr. Stiefkinder,

11 20. 13 30. 20 128. 26 31. 27 68. 100 betr. die selbständige
 Ehefrau. Unter Umständen tritt das Ruhen schon vor Aus-
 zahlung der U. ein 19 25; und bei ungerechtfertigter
 Nichtgewährung der U. 1 42. 9 5. 10 22 ff. 13 26. 15
 18. 16 22 ff. 24 34. 28 37.

Die unterstützungsfreien Zeiträume (stets ganze Tage
 28 35) des tatsächlichen Aufenthalts werden in allen Fällen
 zusammengerechnet 15 13;

Durch demnächstige Wiedererstattung der Unterstützungsbei-
 träge von Seiten privatrechtlich Verpflichteter wird die einmal er-
 folgte Hemmung des Fristenlaufs nicht rückgängig gemacht 16 15.
 f. jedoch bei voller Erstattung durch eine Krankenkasse 24 28

b) wegen Ausschlusses der freien Selbstbestimmung
 4 1. 5 1. 13 11. 19 9. (31 13. Verschiedenheit des Wortlauts im
 Eingange der §§ 12, 24.) 28 31; — während der Dauer des in
 Erfüllung der gesetzlichen Pflicht geleisteten Militärdienstes 2 17.
 6 18. f. auch Geistesranke, Kapitulanten, Militärpersonen, Land-
 wehrmann, Selbstbestimmung.

Unterbrechung des Fristenlaufs:

durch Unterbrechung des Aufenthalts (der Abwesenheit) f. Unter-
 stützungswohnsp.

nach Maßgabe der Vorschriften R. G. §§ 14, 27, 3 33; f. auch 8 31.
 9 9. 30 20; (Ein Antrag auf Uebernahme der vorläufigen Für-

jorgepflicht durch den L.A.B. nach § 31 Abj. 2 der preussischen Novelle vom 11. Juli 1891 unterbricht nicht **31 21.**) desgl. Anerkennung der Uebernahmepflicht, Erfolglosigkeit, Verfolgung. aber auch dann, wenn die Ueberführung auf Antrag des übernahmepflichtigen Armenverbandes erfolgte **16 34. 16 25. 21 33. 23 36. 41. 28 42.**

Der Lauf der Frist wird nicht unterbrochen, — auch nicht durch Anerkenntniß der Uebernahmepflicht oder durch thatsächliche Ueberführung — wenn die Hüfsbedürftigkeit eine vorübergehende ist **1 7. 15. 7 25. 14 37. 16 31. 17 127. 18 29. 26 41. 44.**

Fürsorgepflicht endgültige der D.A.B. und L.A.B. nach R. G. § 5; **3 67. 5 81. 82.** i. auch Erstattungspflicht, Uebernahmepflicht. vorläufige i. Hüfsbedürftigkeit, Unterstützungspflicht.

Verhältniß der vorläufigen und endgültigen Fürsorgepflicht **24 68. 69.** Fuhrkosten können nur berechnet werden, soweit baare Auslagen oder besondere Kosten entstanden sind **15 60. 16 83. 22 81. 26 73. 27 66. 32 64.**

G.

Gartenpacht als Armenunterstützung **27 64.**

Gasthofswohnung **8 1. 15 2. 24 2.**

Gefangene, entlassene (Polizeigefangene, Gerichtsgefangene); inwiefern die Kosten ihrer Verpflegung in Krankheitsfällen als Armenpflegekosten zu betrachten sind? **4 39. 5 62. 7 61. 8 73. 9 56. 10 74. 11 65. 12 48. 13 73. 140. 14 74. 15 77. 16 95. 100. 17 87. 93. 18 69. 76. 19 87. 92. 20 100. 21 110. 22 93. 95. 100. 24 102. 105. 106. 30 43. 46.**

i. auch Beerdigungskosten, Untersuchungsgefingene.

Geistesfranke; Erwerb und Verlust des U.B. durch solche **3 35. 4 1. 120. 7 6. 8 19. 13 8. 15 3. 16 7. 18 39. 19 9. 13. 22 5. 132. 23 11.**

nach älterem preussischen Recht **13 12. 17 12. 19 9.**

Erwerb des Unterstützungswohnfiges durch deren Ehefrauen **11 23.** Inwiefern die Kosten ihrer ärztlichen Untersuchung, ihres Transports und ihrer Unterbringung in einer Heilanstalt als Armenpflegekosten zu betrachten sind? **3 31. 5 53. 54. 6 35. 8 50. 80. 19 82. 26 76. 28 75. 32 61.**

Anordnung ihres Verbleibens am Aufenthaltsorte, gemäß R. G. § 56 **5 125.**

Kosten ihrer Bewachung i. Krankenwärter.

Kosten ihrer Zurückschaffung **8 59. 31 150.**

sind nicht haftfähig **9 60. 13 80. 15 78. 24 105.**

i. auch Außerordentliche Armenlast, Geisteschwache, Krankentransport, Land-Irrenanstalten, Taubstumme, Verschwender, Zerstörung.

Geisteschwache, Kosten ihrer Ausbildung und Unterweisung **14 60. 18 54. 19 81. 20 91. 21 94. 23 34. 27 53. 60. 28 86. 30 134.**

Geistliche Amtshandlungen **10 73.**

Gemeindefreie Grundstücke, deren Einverleibung in einen Gemeindebezirk; Landarme, die auf solchen ihren Aufenthalt gehabt haben **2 51. 4 103. 7 75. 12 30.**

- Gemeindefrankenversicherung **21 73. 32 54.**
 Gemeindemitglied, Erwerb des U.W. durch Aufnahme als solches nach früherem preussischen Recht **6 112. 7 150.**
 Gemeindevorsteher, Vertretungsmacht der G. in Preußen **28 98. 29 98.**
 Gendarmen s. Militärpersonen.
 Gerichtsgefangene s. Gefangene.
 Gesamtarmenverbände **10 42. 14 34. 22 46. 166.** (Anmeldung des Erstattungsanspruchs **25 141**) nach §§ **128, 131** preuß. Landgemeindeordnung **32 89.** Behandlung als ein Armenverband und Verhältnisse bei Bezirksveränderungen **32 92.**
 f. auch Kirchspielsarmenverbände.
 Gesamtschuldverhältniß der Armenverbände **27 75. 28 12. 32 92. 96.**
 Gesinde s. Diensthoten.
 Gewerbebetrieb, Gewährung der Mittel zu einem solchen **12 4. 13 72. 20 20. 24 110.**
 Gewerbegehülfen (R. G. § 29) **2 40. 3 54. 4 45. 5 73. 6 41. 7 68. 14 80. 15 90. 17 106. 18 79. 35. 30 86.**
 weibliche **16 112.**
 f. auch Abonnentensammler, Balletttänzerin, Buchhandlungsreisende, Chorsänger, Handlungsreisende, Handlungsgehülfen, Kellner.
 Gipsverband Zeitdauer der Unterstützung durch einen G. **33 13.**
 Gothaer Vertrag **1 90. 2 1. 122. 3 1. 4 25. 5 87. 6 84. 9 71. 10 127. 143. 12 146. 18 49. 28 93. 158. 30 22.**
 Grabgeläute s. Rantengebühren.
 Grabstellen **8 54. 10 99. 104. 11 101. 13 103. 14 65. 16 86. 31 41. 32 101.**
 Großjährige, nur solche konnten nach früherem preussischen Recht den Unterstützungswohnsitz durch dreijährigen Aufenthalt oder durch polizeilich gemeldeten einjährigen Wohnsitz erwerben **2 129. 13 12. 15 141. 17 12.**
 Gutsbesitzer; was ein solcher auf Grund eines Dienstkontrakts gewährt, ist keine Armenunterstützung **6 33. 7 57. 12 36. 16 87. 20 78. 21 81. 27. 41.**
 Gutsbezirke, öffentlich-rechtliche Natur des gegen sie zu erhebenden Erstattungsanspruchs, aber keine gemeine Last des Guts **20 77. 22 47. 32 121.**
 zu deren Vertretung im Streitverfahren ist nur der Gutsvorsteher berufen **7 133. 8 135. 11 78. 12 36. 128. 16 171. 18 155. 19 149. 20 177. 25 148** (Prov. Posen), auch der für einen Theilbezirk bestellte Stellvertreter **31 198.** f. auch Domänenpächter.
 Erhebung eines Gutes zum selbstständigen Gutsbezirke und Ortsarmenverbände; Einfluß auf den U.W. **28 7.**
 Gutspächter, der die Armenpflege im Gutsbezirke übernommen hat, dessen Leistungen sind als solche des Guts-Armenverbandes zu betrachten **6 33. 14 33.**

H.

- Haft: s. Freiheitsstrafe.
 Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 **9 28.**

- Handlanger (R. G. § 29) **2 43. 3 54.**
 Handlungsgehilfen **10 85. 17 106. 18 79.**
 Handlungsreisende **15 1. 27 21. 31 5. 31 63** (§ 29).
 Hausrath, dessen Transport **12 144.** dessen Zurücklassung keine
 wesentliche Beihilfe im Sinne des § 17 R. G. **29 40.** — Be-
 schaffung im Wege der Armenpflege **31 34.**
 Hausirer **5 13. 13 3. 16 1.**
 Hebammen (Gebühren) **2 83. 16 75. 17 123. 18 109. 23 92. 24 146.**
32 47.
 Hebammenlehranstalt, staatlich mit Zuschüssen versehene; Verpfle-
 gung in einer solchen **14 26.**
 Heilmittel **9 108. 10 109. 17 126. 23 152. 30 53.** f. auch Stärkungs-
 mittel. — Zeitdauer der Unterstützung durch **5 19 30.** f. a. Gips-
 verband.
 Heimathrecht, (Wohnrecht) im Sinne des R. G. (§ 65 Nr. 1) **1 86.**
2 121.
 gleichzeitiger Besitz eines solchen und eines Unterstützungswohnhauses **3 119.**
 Anhalt **1 99. 4 112.**
 Altenburg **6 108.**
 Frankfurt a/M. **30 176.**
 Hamburg **2 133. 4 114.**
 Hannover **1 108. 2 126. 3 126. 127. 129. 4 116. 5 146. 7 151.**
10 155.
 Hessen, Großherzogthum **10 157. 14 129. 18 173.**
 Hessen, ehem. Kurfürstenthum **20 199.**
 Hohenzollern **26 154.**
 Lauenburg **1 94.**
 Lippe **5 143.**
 Mecklenburg **1 96. 4 114.**
 Nassau **2 49.**
 Oldenburg **3 131.**
 Preuß., ältere, jüngere Linie **16 181.**
 Königreich Sachsen **5 141. 147. 10 148. 16 181.**
 Sachsen-Weimar **5 138.**
 Schleswig-Holstein **1 91. 110. 2 11. 124. 3 120. 123. 6 110. 9 9.**
145. 11 134. 207.
 Schwarzburg-Rudolstadt **10 152.**
 Schwarzburg-Sondershausen **7 152.**
 Waldeck **1 98.**
 Heimathscheine, deren Bedeutung im Streitverfahren unter Armen-
 verbänden **8 2.** f. auch Auerkennnisse, Reverse.
 deren Bedeutung nach älterem preussischen Recht **1 89. 90. 2 121**
5 115.
 (Heimkehrscheine) älteres hannoversches Recht **2 126. 3 126. 4 116.**
5 146. 10 155. 13 136. 15 143.
 Heimathsverhältnisse f. Familienverhältnisse.
 Heizungskosten **2 78. 12 68. 16 132. 22 147. 27 116.**
 Holzforst **33 61.**
 Hilfsbedürftigkeit im Sinne des R. G. als Vorbedingung der
 vorläufigen und endgültigen Fürsorgepflicht. — Sie ist
 ausgeschlossen bei genügender Erwerbsfähigkeit **33 36. 76. und**

- beim Besiz genügender Mittel **33 42. 75.** — aber auch wenn ihr durch Privatwohltätigkeit begegnet wird **33 42.** f. aber auch Abwälzung.
- objektive **h.** wird nicht unbedingt erfordert **17 73. 24 70. 25 52. 26 90. 27 36. 27 37** (Simulation).
- h.** wird nicht unbedingt ausgeschlossen: durch die Arbeitsfähigkeit des Unterstützten; namentlich dann nicht, wenn die betr. Person (in Folge von Alter, Schwangerschaft u.) nur noch zu ganz geringfügigen Dienstleistungen im Stande war **14 53. 21 62;** — f. a. Arbeit, Arbeitshaus, Armenanstalt, Erwerbslosigkeit,
- oder durch den Umstand, daß die Kur des verpflegten Kranken allenfalls noch hätte verschoben werden können **6 21. 9 26. 10 56. 14 48. 24 67.**
- oder durch das Vorhandensein geringer Mittel (nicht sofort zu Gelde zu machender Mobilien u.) **4 30. 5 43. 44. 7 19. 32. 9 27. 14 54. 16 59. 21 67;** vergl. jedoch **5 47. 17 25. 73. 20 15** (Sparfassenbuch); f. desgl. **18 47.** wenn die betr. Person schon von anderer Seite her Unterstützung bezog; —
- außstehender Forderungen **1 22. 8 45. 9 23. 28. 11 43. 23 84. 32 44** (Hypothek).
- regreßpflichtiger Personen, insbesondere alimentationspflichtiger Verwandter **2 22 ff. 27. 5 42 ff. 6. 25. 8 45. 20 67.** f. aber auch **5 51. 17 127.** — Dienstherrschaften **2 24. 3 64.** — Krankenkassen **3 63. 9 26. 28. 19 172. 20 67. 72. 22. 77** f. aber auch **20 75. 21 72** und unten Feststellung d. **h.**
- Irrthum, entschuldbarer, bez. der **h.** schließt die Erstattungsspflicht nicht aus **5 48. 17 73. 24 71. 26 90. 27 36.**
- gegenwärtige f. Nachtragszahlungen, Rückstände.
- Ursachen, deren Unerheblichkeit, **8 46. 11 42. 14 55. 19 73. 24 86. 93** f. jedoch wegen der vom vorläufig unterstützenden A.W. verschuldeten **h. 13 60. 14 55. 20 83. 25 49. 32 45.**
- Feststellung der Hilfsbedürftigkeit.
- a) Seitens des vorläufig unterstützenden A.W. — Pflicht desselben zu sorgfamer Prüfung, — insbesondere auch ob Vermögen vorhanden ist **26 75. 80. 27 39.** — ob durch Heranziehung (unterhaltspflichtiger) Verwandter, Krankenkassen, Unfallversicherungs-genossenschaft u. der **h.** abgeholfen werden könne? — **17 130. 131. 20 69. 75. 21 72. 24 71. 75. 79. 83. 86. 89. 25 75. 26 81. 83. 118. 28 56. 29 148. 30 37. 38. 40. 32 41.** — ob im Falle der Verheirathung der unehelichen Mutter der Stiefvater zum Unterhalt des Kindes bereit war **31 29.**
- b) im Streitverfahren.
- freie Beurtheilung der obwaltenden thatjächlichen Verhältnisse **6 24. 8 43. 9 29. 10 66.**
- Berücksichtigung allgemeiner Grundsätze **8 43. 9 29. 10 66. 16 64. 21 63.** — der Verwaltungsakten des unterstützenden A.W. **20 56. 21 77.** — der Entscheidungen der Aufsichtsbehörden **5 38. 9 29. 11 41. 12 32. 13 68. 14 51. 18 46. 24 31. 25 46. 33 50.**

Dauer der Hilfsbedürftigkeit einer in ihrer letzten Krankheit unterstützten Person über den Tod hinaus bis zur Beerdigung **28 52**.
 Fortgesetzte Hilfsbedürftigkeit oder neuer Fall? — Beweislast **30 113. 31 85**.

In welchem Zeitpunkte und in welchem Bezirke, insbesondere in welchem Landarmenbezirke die H. den Umständen des Falles nach als eingetreten zu betrachten war?

1 42. 2 66. 3 75. 4 19. 28. 54. 5 84. 6 55. 7 81. 8 97. 105. 11 90. 12 57. 13 91. 14 81. 84. 15 94. 16 116. 122. 17 113. 18 87. 19 108. 110. 151. 20 116. 118. 21 120. 123. 131. 22 124. 131. 132. 134. 139. 23 139. 145. 149. 24 131. 134. 25 104. 26 96. 98. 30 113. 118. 123. 33 77. (insbesondere bei zwischenliegender Verhaftung **20 125. 25 106. 107. 26 99. 27 101. 30 117. 33 79.** und beim Besitz einiger Geldmittel **33 75**).

namentlich in dem Falle, wenn das Familienhaupt und die Familienglieder sich in verschiedenen Landarmenbezirken befinden (mittelbare H. des Familienhauptes) **2 69. 3 79. 5 89. 9 98. 11 92. 12 60. 15 100. 19 115. 20 128. 22 132. 24 136. 26 31. 27 100.** f. auch **23 150** (bei selbstständigen Mitgliedern einer Familie) und **27 155** (bei Uebernahme eines Familiengliedes aus dem Auslande).
 Gleichzeitiges Hervortreten der H. bei mehreren Familienmitgliedern in verschiedenen Landarmenverbänden **32 96**.

Unter welchen Umständen sie als eine dauernde oder eine bloß vorübergehende zu betrachten ist? **1 9. 64. 2 87. 3 94. 96. 4 72. 73. 5 92. 95. 6 24. 72. 7 102. 9 115. 10 118. 11 119. 13 105. 16 141. 17 127. 22 149.** — namentlich, wenn das Familienhaupt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen hat **8 124. 125. 12 89. 18 98. 29 86.** — und in den Fällen einer zwar nicht kontinuierlichen, aber periodisch stets aufs Neue hervortretenden Hilfsbedürftigkeit **1 64. 2 87. 6 73. 9 115. 13 107. 14 38. 33 11;** (vergl. **15 3**, betr. das Zusammenrechnen der unterstützungsfreien Zeiträume) mittelbare und unmittelbare Hilfsbedürftigkeit, ihre Bedeutung **30 34. 33 20**.

Hilfsbedürftigkeit der Kinder, die wegen Mißhandlung oder Unmoralität von ihren Eltern fortgenommen sind **3 49. 7 23. 16 91. 19 27. 23 121. 28 65** (Verpflichtung zur Verbeiführung einer Entscheidung des Vormundschaftsgerichts f. auch **32 45**) **28 117. 29 55. 32 151**.

— für die der arbeitsfähige Vater nicht sorgt **24 73**.

f. auch Armenpflege, Ausland, Ausländer.

Hypothekenskapital **32 44**.

I.

Jagdberechtigter f. Forsteigentümer.

Jagdsteuereingelder **8 30**.

Lebdioten f. Geisteschwache und Außerordentliche Armenlast.

Individualkosten; Erfahrungen des Bundesamts über deren Höhe in Krankenhäusern **24 139. 25 107 26 103.** f. auch Anstaltstarife.

Institute (Deputattageslöhner) **15 60. 16 87. 20 112. 21 82.** — Sind Naturalleistungen an erkrankte I. innerhalb der Vertragszeit ohne Weiteres als Armenunterstützungen vom Zeitpunkt der Arbeitsunfähigkeit anzusehen? **27 41**.

Invaliditätsversicherung, Verhältniß zur Armenpflege **29 148. 30 68. 31 59. 31 31** (Verrechnung der Invalidenrente).

Inventarienstücke, veruntreute, zerstörte; die betr. Kosten können in der Regel nicht als Armenpflegekosten eingeklagt werden **8 86. 12 76.**

f. auch Zerstörung.

Irrenanstalt; die Ehefrau lebt befugter Weise getrennt von dem in einer solchen detinirten Manne **12 15. 15 29**; — nicht aber ist die von ihrem Ehemann in eine solche Anstalt untergebrachte Frau selbständig nach § **17 R. G. 25 26.**

Irrthum f. Condictio indebiti, Hülfbedürftigkeit, Zuständigkeit.

K.

Kapitulanten **3 30. 109.**

Kartoffelland als Armenunterstützung **27 63.**

Kaufmannslehrlinge **10 85.**

Kellner, Kellnerinnen **15 89. 17 108. 18 85.**

Kinder, eheliche, theilen bis zur Erreichung des armenmündigen Alters den Unterstützungswohnfiß bezw. die Landarmeneigenschaft des Vaters bezw. der Mutter **10 33. 35. 16 47. 21 47. 23 56. 24 62. 27 30. 77. 28 48. 29 42** (Sachsen-Altenburg). Die Ehelichkeit eines von dem 1. Januar 1900 geborenen Kindes entscheidet sich nach bisherigem Rechte **33 18.**

den ehelichen gleichstehende f. Legitimirte, Vaterschaft.

uneheliche, theilen den Unterstützungswohnfiß der Mutter **7 29**; — werden landarm, wenn sie Inländer bleiben, während die Mutter durch Verheirathung Ausländerin wird **25 160.**

aus der durch den Tod des Vaters aufgelösten Ehe, des gleichen uneheliche theilen nach R. G., wie nach früherem preußischen Recht den U.W., den die Mutter durch Verheirathung bezw. Wiederverheirathung erwirbt und werden mit der Mutter Landarme, wenn sie einen Landarmen heirathet **3 21. 4 13. 121. 6 17. 116. 14 40. 125. 15 31. 20 28. 26 52. 27 30.** — auch wenn sie bei Lebzeiten des Vaters der nach R. G. § **17** selbstständigen Mutter in den eigenen Hausstand nicht gefolgt waren **22 43.**

inwieweit sie das Heimathsrecht der sich verheirathenden Mutter theilten nach früherem Rechte? in

Altenburg **6 108.**

Hamburg **4 114.**

Mecklenburg **4 114.**

Sachsen-Weimar **5 138.**

Königreich Sachsen **5 141.**

Hannover **5 143.**

Elbe **5 143.**

Reuß, ältere, jüngere Linie **16 181.**

Schleswig-Holstein **6 110. 9 145. 11 134.**

f. auch perfekt gewordene Rechtsverhältnisse.

inwieweit sie den Unterstützungswohnfiß theilen

der selbstständigen Ehefrau **7 27. 9 17. 20. 12 22. 17 57. 22 24. 23 58. 24 34. 58. 26 31. 32 39**; insbesondere die Kinder aus

- einer früheren, durch den Tod des Vaters aufgelösten Ehe **17 61**; der geschiedenen Mutter **6 16. 8 39. 12 28. 14 25. 42. 16 48. 17 39. 26 53. 27 32. 28 50. 30 27. 28. 30.** — nach früherem preussischen Recht **9 21.**
- deren Selbständigkeit in Bezug auf Erwerb und Verlust des U.W. tritt mit Erreichung des armenmündigen Alters kraft Gesetzes ein **22 132. 24 62.**
- i. a. Erziehung, Hilfsbedürftigkeit.
- Kinderheilstätte **32 58.**
- Kirchspiels-Armenverbände **2 97. 3 56. 9 81.**
- Klageanträge, deren Begründung **7 133. 9 136. 10 115. 131.**
- deren Abänderung oder Verbesserung **16 159. 162 22 164. 30 160.**
- inwieweit eine nach Anstellung der Klage vor sich gehende Aenderung der Sachlage in Betracht kommt? **3 94. 10 115. 12 92.**
- deren Erweiterung in zweiter Instanz **26 145. 30 165.**
- Klagegrund muß vorliegen **3 103. 13 120. 123.**
- Es kann nicht ein Armenverband klagen, der Armenpflege thatsächlich überhaupt noch nicht gewährt hat **22 51. 26 63.**
- i. auch Zuständigkeit.
- Klagehäufung, inwiefern sie im Streitverfahren zwischen U.W. zulässig ist? **6 96. 27 75. 30 160. 32 118** — Rechtsfolgen für die Berufungsinstanz **25 150. 28 11.**
- Kleidungsstücke; besondere Berechnung der Kosten für solche **3 34. 85. 4 33. 7 39.**
- die geliefert werden (z. B. Stiefel), damit der Betreffende sich nach Arbeit umsehen könne **7 31. 16 81. 18 57. 24 108.**
- die einem entlassenen Gefangenen geliefert wurden **18 61.**
- welche behufs Unterbringung in einer Irrenanstalt angeschafft werden mußten **9 90. 18 59. 23 94. 24 129. 33 46.**
- verpfändete; Mittel zu deren Auslösung **25 92. 27 40.**
- Zeitdauer der Unterstützung durch Kleidungsstücke **6 73. 10 20. 17 22. 18 20. 19 31. 33 11.**
- i. auch Anstaltskleidung, Konfirmationsanzüge, Reinigungskosten
- Klumpfuß, dessen Operation **31 36. -maschine 2 6.**
- Knaben, normal entwickelte über **14** Jahr alte, sind regelmäßig zum Erwerb ihres Unterhalts befähigt **33 36.** — Hilfsbedürftigkeit eines den Eltern entlaufenen Kn. **33 44.**
- Königsberg, P.A.B. **16 123**; dessen Identität mit D.A.B. **25 99.**
- Kollekten, das aus deren Erträgen Gewährte kann unter Umständen als öffentliche Armenunterstützung angesehen werden **15 22. 22 131. 23 29.**
- Kolporteure **10 86.**
- Kommunalbeamte, haben als solche keinen Anspruch auf unentgeltliche Krankenpflege **9 38.**
- Kompensationseinrede **18 125.**
- Kompetenz i. Zuständigkeit.
- Kompetenzkonflikte, preussischer Gerichtshof zu deren Entscheidung, seine Urtheile sind für das Bundesamt nicht maßgebend **18 145. 154.**
- Konfirmationsanzüge **11 47. 21 86.**
- Konkubinats; Selbständigkeit der Frau während dessen Dauer **32 33.**

- Konkurs des Gutsbesizers **22 17. 32 121.**
- Kontumazialverfahren in Verwaltungsstreitsachen **10 136.**
- Kosten im Streitverfahren zwischen A. B., unter welchen Umständen sie dem obliegenden Theile auferlegt werden können **15 114. 21 159. 28 165. 29 141. 145;** endgültige Feststellung des Betrages derselben durch die Landesbehörden **6 100. 9 142. 23 177. 29 139.**
 f. auch Auerkennnisse, Beschwerde, Portoauslagen.
- Kostenpunkt, inwieweit wegen desselben die Berufung eingelegt werden kann? **9 139. 15 123.**
- Kostenvorschuß in Krankenhäusern, Unfähigkeit zur Zahlung begründet Hilfsbedürftigkeit **33 35.** f. auch **22 75. 76. 27 38.**
- Kräße **2 84. 3 94. 10 80. 12 78. 81. 13 102. 15 65. 17 88. 25 112.**
- Krankenanstalt; der Eintritt des Mannes in eine solche berechtigt die Ehefrau nicht ohne Weiteres zum Getrenntleben im Sinne R. G. § **17; 20 31.**
 f. im übrigen Armenanstalt, Eintritt, Kostenvorschuß.
- Krankenhaus Einrichtungen, Verpflichtung der Gemeinde zu solchen **29 67.**
- Krankenkassen f. Hilfsbedürftigkeit, Krankenversicherungsgesetz, Zahlungen.
- Krankenpflege, die wegen Dringlichkeit ohne vorgängigen Auftrag gewährt wurde **18 52.** — f. auch Bethanien, Charité.
 Umfang der Verpflichtung der Armenverbände auf dem Gebiete der R. **27 48. 52. 28 71. 74. 30 53. 54. 123.**
 unnötig lange fortgesetzte **11 54.**
- Krankenpflegekosten, deren Feststellung und event. Herabsetzung nach freiem Ermessen **8 108. 13 101. 14. 91.** f. auch Durchschnittssätze, Individualkosten, Selbstkosten.
- Nothwendigkeit ihrer besonderen Berechnung, wenn mehr als der Tariffatz gefordert wird **9 107.**
- Berechnung des Einlieferungs- und Entlassungstages als ein Tag **7 90. 25 113.**
- Nothwendigkeit der Benutzung einer auswärtigen Krankenanstalt **26 85. 29 67.**
- Inwieweit behufs Ersparung von solchen die Unterbringung des Hilfsbedürftigen in einer auswärtigen Krankenanstalt veranlaßt werden muß? **14 58. 15 64. 16 57.**
 f. auch Armenärzte, Arzt, Arzthonorar, ärztliche Behandlung und Untersuchung, Hebammen, Heilmittel, Holzkorset, Klumpfußmaschine, Operation, Stärkungsmittel, Stelzfuß, Tarif, Verwaltungskosten.
- Krankentransport; dessen Kosten sind, sofern der Transport im Interesse der Krankenpflege nothwendig war, zu erstatten **1 3. 2 4. 3 2. 6 70. 9 47. 10 70. 17 81. 123. 19 82. 26 87. 27 53. 28 75. 29 67. 31 37;** f. auch Begleiter, Fuhrkosten, Geistesranke, Krankenhaus Einrichtungen.
- Krankenversicherungsgesetz **19 172. 20 72. 133. 21 71. 22 77. 23 108. 24 28 und 134. (§ 77). 155.**
 f. auch Krankenkassen.
- Krankenwartung, Krankenwärter **8 88. 9 92. 11 49. 109. 12 68. 15. 64. 16 78. 30 57.**

Krankheit f. schwere Krankheit.

Kreditirte (uneingiebbare) Kurkosten **5 47. 6 27. 9 37. 11 56. 14 67. 16 19. 76. 22 72. 24 94.** — Schulgelber **16 29.**

Kreis, der kein A.B. im Sinne des R. G. ist, kann nicht gemäß R. G. § 28 klagen **7 41**; dessen Beitragspflicht zu den Kosten der außerordentlichen Armenlast **27 126. 146. 29 120. 136.**

Kreisausschüsse, preussische; sind in Streitfachen unter A.B. nicht zuständig **8 133. 14 114. 30 159.**

Kreis-Kommissionen, preussische, deren Zuständigkeit **3 103.**

Kreiskrankenhaus ostpreussisches; ist Pflege in solchem als Unterstützung durch den L.A.B. anzulehen? **32 54.**

als Organ eines Ortsarmenverbandes (namentlich des Dienstorts) **30 81. 32 80.**

Kreis-Unterstützung, welche den Familien der Reservisten u. gewährt wird, ist keine Armenunterstützung **3 10.**

Kreisverband, preussischer, Unterstützung aus Jagdscheingeldern **8 29. Krücken 32 28.**

Kurkosten, Kurverjuch, im Sinne des § 29: **33 61** f. a. ärztliche Behandlung, Krankenpflegekosten.

L.

Läutegebühren **14 67. 16 80.**

Landarme, Verlegung ihres Aufenthaltsortes in den Bezirk eines anderen L.A.B. **2 72.**

Behandlung der Ausländer als Landarme nach Landesrecht **27 98. 28 113.**

Landarmeneigenschaft; Beweislast bez. derselben. Aelteres Recht: **1 45. 114. 2 57. 3 67. 69. 4 51. 52. 5 82. 6 52. 53. 7 76. 79. 8 96. 97. 9 96. 10 86. 91. 93. 11 88. 13 89. 15 93. 17 111. 21 117. 22 122. 23 135.** Neueres Recht: **26 13 ff. 96. 27 88 ff. 95. 96 ff. 98. 28 33. 164. 29 37. 119. 31 74. 33 68.**

Landarmenverbände, Begründung der Fürsorgepflicht eines bestimmten Landarmenverbandes mit dem (für ein Organ der Armenpflege erkennbaren **31 82. 32 93**) Hervortreten der Hilfsbedürftigkeit **27 79. 80. 30 113.** Gleichzeitiges Hervortreten bei mehreren Familiengliedern in verschiedenen Landarmenverbänden **32 96**). (Ein von einem anderen L.A.B. nach dem Auslande hingewährte Unterstützung kommt dabei nicht in Betracht. **31 77.)**

ihre Erstattungsspflicht ist nicht durch vorgängige erfolglose Inanspruchnahme eines angeblich verpflichteten D.A.B. bedingt **3 67. 5 81. 82.**

Dauer der einmal begründeten Erstattungsspflicht **24 131. 136. 26 98. 29 86. 130. 31 85. 89.** f. auch Hilfsbedürftigkeit.

Unmittelbare Uebernahme der Fürsorge für Geisteskranke u. durch dieselben **9 61. 12 63.** f. a. außerordentliche Armenlast.

ihre vorläufige Erstattungsspflicht nach der Novelle vom 12. März 1894: **26 13 ff. 96. 27 86. 92.**

ihre vorläufige Erstattungsspflicht nach früherem preussischen Rechte **5 143.**

ihre Verpflichtung nach preussischem Rechte für zahlungsunfähige D.A.B. einzutreten **18 138.**

ihre Verpflichtung nach preussischem Rechte, Ortsarme in ihren Armenhäusern aufzunehmen **6 91. 11 39.**

ihre Verpflichtung nach preussischem Rechte zur Gewährung von Anstaltspflege an hilfsbedürftige Geistesranke u. s. w. s. außerordentliche Armenlast.

ihre Befugniß, Hilfsbedürftige gegen Entschädigung einem D.A.W. zu überweisen; nach preussischem Rechte: **11 32. 20 167. 21 152. 29 70. 72;** nach bessischem Rechte: **25 113.**

Welcher D.A.W. hat den betr. Hilfsbedürftigen zu übernehmen? s. Ausländer, Einlieferung, Hilfsbedürftigkeit, letzter Unterstützungswohnsitz.

s. auch Abschiebung, Anerkennung, Bundesstaat, Erstattungsanspruch, Provinzial-Landarmenverbände, Uebernahmepflicht.

Landau fenthalt bei Brustleidenden **30 54.**

Land- Irrenanstalten der Provinz Brandenburg **22 22.**

Landwehrmann über die Dauer der Uebung im Lazareth zurückgehalten **31 15.**

Laufburischen (R. G. § 29) **5 75.**

Lebensrettungskosten, sind keine Armenpflegekosten **6 37.**

Legitimirt Kinder **11 26. 12 25. 19 50. 20 42. 23 54. 28 28.**

Lehrlinge **10 85. 16 112.**

Leiche, unbekannte **6 52. 13 55.**

deren Bewachung oder Aufbewahrung **18 64. 20 96.**

Leichenschau, obligatorische (in Frankfurt a. M.) **23 99.**

Leichensucher; deren Gebühren sind nicht zu erstatten **25 95.**

Letzter Unterstützungswohnsitz (R. G. § 33) **8 125. 13 117. 14 104. 15 34. 16 150. 17 132. 18 106. 27 152. 28 158. 29 120. 31 156.**

Beweislast, **8 125.**

Liberalität oder Armenpflege? **9 30. 10 61. 11 72. 122. 12 34. 17 80.**

Lokomotivführer (gewöhnlicher Aufenthalt) **4 3.**

Lübbeck'sches Ausführungsgesetz **13 123. 14 134. 16 129.**

Luxemburg **10 127.**

M.

Mehraufwendungen, außerordentliche s. Tarife, preussische.

Miethe, rückständige, inwiefern deren Zahlung als ein Akt der Armenpflege zu betrachten ist? **9 43. 14 32. 16 74. 17 84. 23 116.**

— s. auch Betten verpfändete, Ermiffion, Rückstände.

Miethegeldforderungen, Herabsetzung übertriebener **7 36. 11 102.**

Mietheleute (R. G. § 11) **7 2. 11 10. 21 11. 23 7.**

Militärdienst **2 17. 6 18. 33 6.** — s. auch Kapitulanten, dreijährig Freiwillige, Landwehrmann.

Militär-Ersatzgeschäft, Reisekosten **9 53.**

Militärpersonen, Erwerb des U.W. durch dieselben **15 5. 34. 16 50. 23 74.**

Mißhandlungen, inwiefern sie die Ehefrau zum Getrenntleben berechtigen? **12 14. 16 42. 20 30. 24 50. 26 50.**

Mitbeklagte, Kostenentscheidung gegenüber Mitbeklagten **31 82.**
s. Streitgenossen.

N.

Nachtragszahlungen für die Vergangenheit kein Akt der Armen-

- pflege **21 25. 24 32.** — auch nicht für die Zeit seit Anbringung einer Beschwerde **33 39.**
- Rähmaschine **5 49.**
- Nahrungsmittel **9 108. 10 109. 17 126. 22 147.**
f. auch Stärkungsmittel.
- Naturalverpflegung, die der Reihe nach von den einzelnen Besitzern gewährt wurde **21 76. 23 79.**
- Negotiorum gestio **2 93. 6 22. 13 54. 17 97.**
- Neumark **9 61.**
- Neuvorpommern s. Kirchspielsarmenverbände.
- Richtigkeit der in nicht öffentlicher Sitzung oder ohne vorgängige Ladung der Partei ergangenen Entscheidungen der Spruchbehörden **1 74. 11 125. 21 169.**
- wegen Verletzung landesgesetzlicher Formvorschriften **7 127.**
- der von preussischen Kreis-Kommissionen auf einseitigen Antrag erlassenen schiedsrichterlichen Entscheidungen **3 103.**
- der Entscheidungen preussischer Kreisausschüsse in Streitfachen unter Armenverbänden **8 133.**
- des Verfahrens wegen nicht rechtsgültiger Vertretung der Parteien **12 127. 129. 18 156. 21 169.**
- Richtigkeitsbeschwerde, deren Unzulässigkeit **32 136.**
- Nova s. Rechtfertigung der Berufung.
- Novelle zum R. G. vom **12. März 1894.** — Rückwirkende Kraft der neuen Fassung der §§ **10. 22: 27 1. 28 12—26. 29 1—24. 30 1—6;** — des § **30** Abi. 1 b: **26 13 ff. 96. 27 86 ff.** (Anwendbarkeit auf Ausländer **27 98) 28 112. 30 127;** — des § **30 a: 27 119. 28 120.**
- zum preuß. Ausf. Ges. vom **11. Juli 1891 26 91. 27 84. 126. bis 151. 28 134 bis 158. 29 107 bis 120. 30 134 bis 152. 31 128 bis 155.** f. a. Reglements, Tarif.

D.

- Obdachgewährung; soweit dadurch keine Kosten entstanden sind, findet eine Entschädigungsfrage nicht statt **11 102. 15 50. 60. 29 71.**
dessen Gewährung gehört zur Verpflegung im Sinne des preussischen Tarifs Nr. **1 24 143.**
- Obdach, Gewährung einer Beihilfe zur Beschaffung eines solchen **23 86.**
- Herabsetzung übertrieben hoch berechneter Kosten für solche **17 80.**
- Obdachlosigkeit; ist nicht nothwendiger Weise als Beweis vorhandener Hilfsbedürftigkeit zu betrachten **3 43. 45. 4 79. 5 60. 99. 6 78. 7 105. 14 52. 16. 66. 20 86.**
f. auch Ermission, Miethe, rückständige.
- Oesterreich, Uebereinkunft mit Preußen wegen Uebnahme der gegenseitigen Angehörigen **6 82. 9 54.**
- Operation, erfolglose oder nicht sofort nöthige **9 44. 21 93. 24 66.**
f. auch Amputation, Beinverkrümmung, Klumpfuß, schwere Krankheit, Wolscherchen.
- Organisation der A. B.; Endgültigkeit der darüber ergangenen Entscheidungen der höchsten landesgesetzlichen Instanz **3 116. 4 103. 105. 6 105. 7 138. 8 138. 10 44. 14 118. 16 165. 22 165. 31 189.**

inwieweit das Bundesamt f. d. Heimathwesen gleichwohl darüber zu befinden hat? **15 119. 23 170.**

Ortsarmenverbände als Organ der L.A.B. **11 39. 20 167. 21 152. 25 113. 29 70. 72. 32 70.**

Ostfriesland, Armenkommunen **3 61.**

Ostpreußen s. Provinzialverbände.

P.

Parteien im armenrechtlichen Streitverfahren nur Armenverbände (präjudizielle Feststellung) **29 133. 138.**

Passivlegitimation der A.B.; statt des mittelst der Klage in Anspruch genommenen kann nicht ein anderer, wenngleich durch denselben Vorstand vertretener A.B. verurtheilt werden **17 152. 27 162:** s. aber **23 131,** betr. die Unschädlichkeit einer bloßen unrichtigen Benennung des beklagten A.B.

s. auch Aktivlegitimation, Armenbezirksveränderung, Amtsnebenanlageverbände, Auseinanderetzung, Gesamtarmenverbände, Landarmenverbände.

Pensionär, dessen Hilfsbedürftigkeit **33 42.**

Perfekt gewordene Rechtsverhältnisse;

die Frage, wo eine Person am **1. Juli 1871** den U.B. befaß, ist nach der früheren Gesetzgebung zu beurtheilen, wenn auch die Hilfsbedürftigkeit erst nach dem **1. Juli 1871** hervorgetreten ist **1 79. 5 135;** Kinder folgen nicht den Eltern, wenn schon bei Einführung des R. G. die eventuelle Fürsorgepflicht für dieselben, nach Lage des Falles, verschiedenen A.B. oblag **2 124. 5 135 ff. 6 107. 9 145. 10 148. 12 150. 14 131. 15 141. 16 181. 20 202. 26 154.**

s. auch **5 143. 10 152,** angeblich perfekt gewordene Rechtsverhältnisse; s. desgl. Kinder, rückwirkende Kraft.

Pferdewärter **8 90.**

Pflegeeltern nach Kurheffischer Gemeindeordnung **20 199.**

Pflegegeelder für Kinder **12 83. 16 136;** deren Vorausbezahlung **25 77;** Verpflichtung, die Pflegekinder zur Ersparung von Kosten auswärts unterzubringen? **25 109.**

Pflegekinder, deren angebliches Dienstverhältniß nach preussischem allgemeinen Landrecht **19 97.**

Pförtner, der zugleich Handwerker ist (§ **29**) **33 63.**

Pockenranke **13 5. 3 42.**

Polizeibehörde, inwiefern ihre Handlungen und Unterlassungen den D.A.B. verpflichten **32 151** (Hamburg): **33 25** (Preußen).

Polizeigefangene s. Gefangene.

Polizeiliche Anordnung; unter welchen Umständen anzunehmen ist, daß eine solche oder daß ein Akt der Armenpflege vorliege?

siehe Absperrungsmaßregel, Aufsichtsbehörde, Ausweisung, Besserungsanstalt, Erziehung, Gefangene, Geistesranke, Hilfsbedürftigkeit, Lebensrettungskosten, Obdachlosigkeit, Pockenranke, Syphilis, Ueberweisung.

Polizeiliche Meldung nach früherem preussischen Rechte **1 13. 105. 107. 3 133. 4 119. 5 152. 6 114. 7 150. 9 148. 14 124.**

Portoausslagen **2 109. 7 124. 9 48. 16 155. 18 116. 21 167. 24 150.**

- Portovereinbarungen unter Armenverbänden **18 123. 24 151.**
 Postillon (gewöhnlicher Aufenthalt) **10 5.**
 Präsentationsvermerk auf der Berufungsanmeldung; inwiefern derselbe als entscheidend zu betrachten? **7 139. 17 154. 19 158. 20 179. 21 172. 23 178.**
 Privatpersonen, (Privatkrankenhäuser) die im Namen eines Armenverbandes Unterstützung gewähren **13 22. 14 30. 107. 15 18. 16 35. 70. 75. 19 38. 21 26. 29 57.** f. auch Privatwohlthätigkeit.
 Privatrechtliche Verhältnisse f. Zuständigkeit.
 Privatwohlthätigkeit (bezw. angebliche) **9 30. 11 56. 13 22. 20 59. 21 23.** f. auch Privatpersonen. — Zusammenwirken der Pr. u. der Armenpflege **30 60.**
 Privilegien, landesherrliche, angebliche; kommen den Vorschriften des Reichsgesetzes gegenüber im Streitverfahren unter Armenverbänden nicht in Betracht **19 55.**
 Prostituirte, durch Polizei in eine Krankenanstalt untergebrachte **33 5** f. u. Siphilis.
 Provinzialverbände, Provinzial-L.A.B. **12 63. 18 126 ff.** — Verhältnis des Pr.L.A.B. in Ostpreußen zu den Kreislandarmenverbänden nach der Novelle vom 11. Juli 1891 **27 126. 32 116.**
 Provisionsreisende f. Handlungsreisende.
 Prozeßbevollmächtigte ist der Regel nach zur Empfangnahme der Erkenntnisse in Streitfachen unter A.B. befugt **16 175** nicht aber der Substitut des P. **32 137.**
 können von dem Gemeindevorsteher bestellt werden **21 178.**
 Prozeßgesetze, bürgerliche, deren entsprechende Anwendung **20 173.**
 landesrechtliche Aufhebung des ersten Urtheils wegen Verletzung landesgesetzlicher Prozeßvorschriften **31 177.**
 Prozeßzinsen f. Verzugszinsen.

9.

- Rechtfertigung der Berufung; Versäumung der dafür bestimmten Frist, deren Folgen; Anführung neuer Thatfachen **1 77. 2 114. 3 117. 4 107. 5 124. 8 138. 26 146.**
 Rechtsmittel, landesgesetzliche **14 117. 27 166.** f. auch Berufung.
 Rechtsweg, ordentlicher; nur dieser findet gegen die auf Grund des preussischen Armengesetzes vom 31. Dezember 1842 erlassenen Resolutione der Regierungen statt **2 137. 3 140. 4 123. 5 155. 8 145. 9 153. 19 176.** f. auch Anhängigkeit.
 nur in diesem können privatrechtliche Vereinbarungen über den Betrag der zu erstattenden Unterstützungskosten geltend gemacht werden **8 109. 26 123.**
 Reglements zur preussischen Novelle vom 11. Juli 1891, Verhältnis zu den älteren Provinzialreglements **31 128. 134.**
 Regreß, vorgängiger gegen sonstige Verpflichtete; der Erstattungsanspruch des vorläufig unterstützten A.B. ist dadurch nicht bedingt **26 118.** f. Hülfesbedürftigkeit.
 Reihempfehlung f. Naturalverpflegung.
 Reinigungsstellen, persönliche (Ungeziefer) **10 110. 24 144 26 88;**

Kleidungsstücke **4 93. 11 111. 24 144 26 88;** Wäsche **2 79. 12 69. 21 138. 22 147;** Betten **24 144;** Zimmer **10 103. 24 144.**
 Reise, inwieweit der Aufenthalt dadurch unterbrochen wird? **6 5. 18 4.**
 Reisegeld, Reisekosten, Reiseunterstützung **1 6. 3 3. 5 36. 8 55. 9 50. 12 42. 13 48. 14 49. 22 59. 23 71. 89. 24 83. 25 91. 26 73. 28 89. 30 72. 33 49.** — f. auch Abschiebung, Krankentransport, Rücktransport, Transporteure, Zehrgeld.

Reisekosten, unnötige der Parteien im Streitverfahren **6 104.**
 der Aerzte **13 101.**

Res judicata **4 109. 7 137. 9 136. 138. 11 126. 18 161. 19 155. 20 183. 21 169. 22 163. 26 120. 27 121. 168. 29 131**
 (Berücksichtigung nur wenn Einrede erhoben ist). **31 185 u. 32 133**
 (keine Rechtsnachfolge zwischen dem U. A. R., der die außerordentliche Armenlast zu übernehmen gesetzlich verpflichtet ist, und dem D. A. R., dem er die Last abnimmt).

Unwirksamkeit der die Uebernahmepflicht u. betreffenden, verurtheilenden oder abweisenden Urtheile in Folge eingetretener Aenderung der Verhältnisse, — nach beendeter bezw. neuerdings hervorgetretener Hilfsbedürftigkeit **11 120. 13 131. 17 144. 146. 149. 19 126.**
 f. auch Berichtigung, Zurücknahme.

Resolute der Regierungen nach älterem preussischen Recht f. Rechtsweg. — nach § 65 Preuss. Ausf. Ges. (zuständige Behörde **32 41**) gegen welche Personen sie zulässig sind **33 7.**

Restitution gegen Versäumung der Berufungsfrist findet nicht statt **5 124. 7 141. 21 176.**

Restitutionsklage gegen rechtskräftige Urtheile findet nicht statt **14 123.**

Reverse, deren Bedeutung im Streitverfahren unter Armenverbänden **2 99. 8 26. 9 134. 22 183** f. auch Anerkennnisse, Heimathscheine.

Rückkehr im Sinn des § 25: **30 32.** f. Unterstützungswohnsitz (ununterbrochene Abwesenheit).

Rückstände (Alimente, Schulgelder u.); die Berichtigung von solchen ist in der Regel kein Akt der Armenpflege **4 35. 5 29. 7 55. 8 28. 77. 15 72. 16 26. 17 29. 23 116.** f. auch Miethe.

Rücktransport f. Ausland, Auswanderer, Geistesranke, Krankentransport, Reisegeld.

Rückwirkende Kraft des Reichsgesetzes, inwiefern sie stattfindet? **1 108. 2 132. 9 10. 150. 12 153.** f. auch perfekt gewordene Rechtsverhältnisse.

des preussischen Armengesetzes v. 31. Dezember 1842 **4 118.**

der Novelle vom 12. März 1894 f. Novelle.

Ruhen des Fristenlaufs f. Frist.

C.

Saatkartoffeln als Armenunterstützung **27 63.**

Sachsen (Königreich) § 15 Ges. D v. 30. Januar 1835 **14 115. 16 168. 20 180. 27 167. 32 131.**

Sachjengängerin **29 24.**

Sachwaltergebühren; Verpflichtung des unterliegenden Theiles zu deren Erstattung **5 122** (Sachsen-Weimar).

Sammlungen f. Kollekten.

Entsch. d. R. A. f. d. Heimathw. Heft 33.

- Sarg, reichere Ausstattung **32 63**.
- Schachtmeister, gewöhnlicher Aufenthalt **30 6**.
- Schadenserlaganprüche, die nicht aus dem öffentlichen Rechte abgeleitet werden **16 135**.
- Schauspieler (mit wechselndem Aufenthalt) **19 1**.
- Scheidung, der Lauf der zweijährigen Frist beginnt für die geschiedene Ehefrau mit dem Tage der Scheidung, sofern sie nicht vorher schon gemäß R. G. **17** selbstständig geworden war **19 43**.
- Schiffer, gewöhnlicher Aufenthalt derselben **4 3. 5 77. 11 6. 17 3. 31 1**. — Dienstort **32 88**.
- Schöffe einer preussischen Landgemeinde ist in der Regel nicht Organ des A. V. **26 93**.
- Schulgelder, Schulunterricht, Schulbücher in Preußen **1 1. 2 3. 3 12. 11 49**; im Kgr. Sachsen **15 70. 74. 17 29**; in Baden **16 27**; in Plessen **8 52**; in Oldenburg **15 73. 18 15. 21 101**; in Braunschweig **19 58**.
- Gewährung von Geldern, um den Besuch einer höheren Töchterschule zu ermöglichen, ist kein Akt der Armenpflege **17 80**.
f. auch Blinde, Geisteschwache, Rückstände, Taubstumme, Verwahrloste, Zwangs-erziehung.
- Schwachfinnige f. Geisteschwache.
- Schwangerschaft, Krankheiten in Folge derselben (§ **29**) **28 110**.
- Schweiz, Niederlassungsvertrag mit dem Deutschen Reich vom **27. April 1876 20 152. 24 170**.
- Schwere Krankheit im Sinne des preussischen Tarifs **11 106. 27 110. 31 108** (Operation).
- Seeleute f. Schiffer.
- Selbständigkeit, armenrechtliche in Bezug auf Erwerb und Verlust des U. V. gleichbedeutend mit Unabhängigkeit von den Unterstützungswohnverhältnissen eines Familienhauptes **17 54. 26 35. 27 70. 28 14. 24** zu unterscheiden von der Fähigkeit des U. V. selbständig zu erwerben und zu verlieren **21 37. 22 132. 24 63. 27 100** f. Ehefrauen, Kinder, Selbstbestimmung.
- Selbstbestimmung, freie, bei der Wahl des Aufenthaltsortes.
Furcht vor Strafe **7 7**; Zwang äußerer Verhältnisse **7 9. 23 1. 31 20. 32 22**; Internierung im Krankenhause **13 11. 33 5**; Transportunfähigkeit **14 11**; Seereise **19 55**; Beamtenstellung **21 13**. Vorläufig entlassener Strafgefangener **24 13**; stattgehabte Entmündigung **25 2**; bei Entfernung zum Strafantritt **28 31**; Unfähigkeit zu verständlicher Willensäußerung **31 8**; f. auch Geistesranke, Kapitulanten, Militär-dienst, Militärpersonen, Landwehrmann, Prostituirte, Taubstumme, Verschwender.
- bildet kein Erforderniß für Erlangung eines eigenen U. V. in Folge armenrechtlicher Selbständigkeit **21 37. 24 62**.
- wird durch bloß mangelnde wirthschaftliche Selbständigkeit nicht ausgeschlossen **16 8. 45**.
- Berechnung des Anfangs- und Endtermins der Zeit, während deren der Lauf der Frist geruht hat **17 10**. f. a. Frist.
- Selbstkosten, deren Nachweis **22 114. 24 141** f. auch Anstaltstarife.
- Separatverfahren behufs Feststellung des Verpflegungskostenbetrages,

- inwiefern die Klage unter Vorbehalt eines solchen zulässig ist? **2 112. 6 99. 7 134. 9 129. 11 96. 12 132. 17 144. 23 79.**
 die zukünftigen Armenpflegekosten müssen einem solchen vorbehalten werden **11 96.**
 Simulation einer Krankheit **27 36.**
 Soldatenfrau nicht selbständig **29 37.**
 Sonntag s. Berufungsfrist.
 Sozialdemokraten **15 111.**
 Sparkassenbuch; kann der Besitzer eines solchen als hilflosbedürftig betrachtet werden? **20 15. 26 90. 29 31.**
 Spezialärzte, Behandlung durch Sp. **29 88.**
 Staatsangehörigkeit s. Entlassung, Heimathsrecht im Sinne des Reichsgesetzes. s. a. Unterstützungsgewohnsitz.
 Erwerb nach älterem preussischem R. **27 12.**
 kommt nicht in Betracht bezüglich der Frage, welcher L.A.B. einen hilflosbedürftigen Deutschen zu übernehmen hat **17 132.**
 Stärkungsmittel, eines schwer Kranken **23 90. 30 53.**
 Standsregister, deren Beweisraft **9 134.**
 Stelzfuß **7 53. 13 102. 22 153. 28 72. 29 94.**
 Steuern, deren Entrichtung an einem bestimmten Orte ist für die Entscheidung der Frage, wo der gewöhnliche Aufenthalt gewesen sei, nicht entscheidend **6 8. 9. 10 2. 8. 11 1. 33 3.**
 deren Erlaß ist keine Armenunterstützung **25 10.**
 Steuerrückstände **3 12. 4 73.**
 Stiefel s. Kleidungsstücke.
 Stiefeltern nicht unterhaltspflichtig, auch bei Gütergemeinschaft nicht im Verwaltungswege heranziehbar **33 7.**
 Stieffinder, Stiefeltern; inwieweit Stieffinder deren U.B. zc. theilen? **4 14. 27. 6 13. 17. 17 39. 61. 18 34. 23 28. 150.**
 Stiftungsfonds, — inwieweit die aus solchen gewährte U. als eine öffentliche zu betrachten ist? **7 55. 15 15. 17 23. 18 20. 19 32. 30 13. 31 39.**
 Strafgefangene s. Gefangene, Selbstbestimmung.
 Streik, Arbeitslosigkeit in Folge eines Str. **30 38.**
 Streitgenossenschaft, nothwendige mehrerer Armenverbände im Falle einer Gutsbezirkstheilung **31 71.**
 Stüdkarbeiter **1 36. 9 93.**
 Sühneverfahren vor den preussischen Kreisausschüssen **28 95.**
 Syphilis **1 24. 2 30. 3 45. 4 37. 38. 5 53. 7 62. 8 82. 10 80. 11 67. 12 50. 13 11. 105. 14 69. 15 86. 17 93. 18 66. 77. 19 92. 20 103. 21 108. 23 124. 30 55. 33 5.**

I.

- Tagelöhner (R. G. § 29) **5 74.**
 Tarife im Sinne des R. G. (§ 30) **1 60. 62. 2 74. 6 64. 10 107. 26 107.** gelten nur zwischen U.B. desselben Bundesstaats **27 106.**
 die Tariffsätze sind keine bloßen Maximalsätze, sondern Pauschalsätze **12 70. 33 90.**
 Preussischer vom 2. Juli 1876 **1 54. 2 76. 3 82. 87. 7 96. 8 109. 113. 116. 119. 9 104. 110. 113. 10 104. 109. 11 106. 107. 109. 110. 13 104. 16 136. 17 123. 19 120. 22 147. 23 152. 24 143.**

- 145. 149. 27 108.** — Verhältniß von Nr. 1 u. 2 des Tarifs **24**
145. 156. 26 111. 33 90. — Anwendbarkeit der Nr. 2 bei Be-
 handlung durch seitrenumerirte Armenärzte **33 90.** — Anwendbar-
 keit, wenn statt voller Naturalpflege Geldalmosen gegeben ist **29 90.**
 dessen Sätze sind im Verwaltungsverfahren unter preussischen
 A.B. unbedingt maßgebend **20 142. 26 114** (auch wenn für Pro-
 vinzialirrenanstalten andere Sätze reglementarisch festgestellt sind).
 insbesondere in den Fällen des § 34 des preussischen Ausführungs-
 gesetzes **6 71. 12 73.** — für Hessen vergl. **25 114.**
 in Klagen wegen Nichterfüllung der vorläufigen Unterstützungs-
 pflicht **7 93. 8 119. 12 73. 15 40. 16 135. 30 130** bezw. der
 Abnahmepflicht des L.A.B. in Fällen der außerordentlichen Armen-
 pflege **32 114.**
 außerordentliche Mehraufwendungen bei schweren u. Krankheiten
 müssen als tatsächliche Ausgaben besonders nachgewiesen werden
2 84. 3 89. 4 71. 6 70. 7 95. 8 113. 9 107. 10 110. 11 107. 12
79. 13 104. 17 123. 19 120. 20 144. 22 147. 24 144. 27 113.
29 92. 94.
 Ältere Tarife **1 62.** (Schleswig-Holstein).
 i. auch Arznei, Arzt, ärztliche Behandlung u., ansteckende Krank-
 heit, Armenärzte, Beerdigungskosten, Hebammen, Heilmittel,
 Heizungskosten, Kleidungsstücke, Krankenpflegelkosten, Reinigungsk-
 osten, Nahrungsmittel, Obdach, Schwere Krankheit, Verwal-
 tungskosten, Zahlungen.
 Tarif auf Grund der Novelle vom 11. Juli 1891 **31 131.**
 Taubstumme; Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes durch
 solche **6 4. 7 77. 19 8. 16;** f. desgl. Geistesranke.
 Taubstumme; Fürsorge für dieselben in Hessen **8 51. 25 86.,** im
 Rgr. Sachsen **11 113.** in Preußen **23 97. 27 53. 33 45;** in
 Mecklenburg-Schwerin **28 86.** in Hamburg **33 24.** i. a.
 Außerordentliche Armenlast.
 Telegraphische Korrespondenz, deren Kosten **10 70.**
 Theilen (Theilnahme am U.B. eines Familienhauptes f. Familienan-
 gehörigkeit, Ehefrau, Kinder).
 Tod, dessen Beweis **22 65. 25 103.**
 Transport; Streit über Nothwendigkeit, Art und Weise **2 148.**
12 143. 22 173. 32 142.
 i. Abschiebung, Krankentransport, Reisegeld, Rücktransport, Ueber-
 führungskosten, Zuständigkeit.
 Transporteure **13 110. 32 141.**

II.

- Ueberführung, inwieweit sie unter Anwendung von Zwang gegen
 den Hülfsebedürftigen zulässig ist? **13 110.**
 Ueberführungsantrag muß ausdrücklich, vorbehaltlos gestellt sein
 und unzweideutiges Anerkenntniß der Uebernahmepflicht enthalten
24 165. 168. 26 129. 28 131 29 101; f. auch Verwirrung; sachlich un-
 begründeter ohne Bedeutung, wenn später die Voraussetzungen der
 Ueberführungspflicht eintreten **28 129;** f. Trift (Unterbrechung),
 Uebernahmepflicht.

Ueberführungskosten, inwiefern deren Erstattung verlangt werden kann? **9 50. 12 101. 125. 13 110. 15 106. 19 129. 23 164. 25 139. 26 122. 27. 29 109.** insbesondere bei einer den Zweck verfehlenden Ueberführung **22 156.** bei Verwendung von Unterbeamten als Transporteure **26 125. 32 141.** bei der Verlegung eines Geisteskranken in den Fällen der außerordentlichen Armenlast **29 109. 31 146.** i. auch Transport.

Ueberführungspflicht, Klage auf deren Erfüllung **24 160.** — Klage auf Feststellung der Folgen bei Nichterfüllung der Ueberführungspflicht **31 125.** f. auch Dienstverhältniß, Uebernahmepflicht; — nur der zur Uebernahme verpflichtete A. V. kann Ueberführung verlangen **3 98. 21 32.**

Uebergangsbestimmung (§ **65** R. G.) i. Heimathrecht.

Uebernahmepflicht und Ueberführungspflicht.

Antrag auf Uebernahme kann nur von dem A. V. des Aufenthalts gestellt werden **25 131.** — nicht aber von dem nach der preuß. Novelle v. 11. Juli 1891 vorläufig fürsorgepflichtigen E. A. V. gegen den A. V. des U. V. **30 148.**

dauernde Hülfesbedürftigkeit und dauernde thatsächliche Unterstützung als Voraussetzung der Uebernahmepflicht **1 9. 64. 2 87. 3 94. 96. 4 72. 5 92. 6 72. 78. 8 123. 10 113. 11 119. 12 86. 88. 122. 19 54. 26 41. 44. 27 124. 31 117. 122. 32 109.** — der Ueberführungspflicht **15 107. 16 141. 143. 22 149. 25 133.** — entscheidend ist der Zeitpunkt des Urtheils **3 94. 10 114. 19 122. 24 158. 31 122.**

besteht auch bezüglich solcher, welche die erforderliche Unterstützung von dem übernahmepflichtigen oder von einem anderen Armenverbande erhalten **12 99. 16 138. 18 98. 21 149. 24 160. 31 119.** erfordert nicht, daß ein Erstattungsanspruch begründet ist **31 120.** setzt voraus, daß der vorläufig unterstützende A. V. u. wirklich geleistet hat **14 93.**

der E. A. V. fällt weg in dem Falle des § **34** preuß. Ausf. Ges. **29 96.** bez. Angehöriger ohne das Familienhaupt **1 68. 6 80. 12 92. 15 110. 16 143. 21 150. 22 156. 25 17.**

bez. der selbständigen Ehefrau besteht nicht bei Unterstützung des Mannes **11 25. 12 15.**

Es kann nur thatsächliche Uebernahme (Ortsveränderung) verlangt werden **13 108. 27 121.**

Besorgniß künftiger Bedürftigkeit genügt nicht **4 73. 5 75. 6 74. 7 98. 15 105. 21 79.**

Beendigung der Ueberführungspflicht durch Verlassen des Aufenthaltsorts **25 133.**

bez. Deutscher aus dem Auslande **5 100. 6 82. 7 113. 8 125. 10 124. 13 117. 14 104. 15 34. 16 150. 17 132. 18 106. 20 159. 24 170. 27 24. 151 ff. 28 90. 92. 93. 158. 29 120. 122. 31 155;** f. auch letzter Unterstützungswohnsiß.

f. auch Anerkennung, Anerkenntnisse (irrtümliche), Freiheitsstrafen, Stri (Unterbrechung) res judicata.

Ueberweisung Hülfesbedürftiger an D. A. V. durch E. A. V. (preuß. Ausf. Ges. § **34**) **12 75. 25 116. 29 70. 72. 96.**

- eines vagabundirenden Knaben an seine Familie nach § 56 Str.G.B. **32 51.**
- Umzugskosten **11 46.**
- Umzugstermin, üblicher **7 2. 9 1. 10 15. 11 10. 18 1. 19 7. 21 9. 11. 23 7. 2. 24 9. 11. 26 16. 56. 30 11. 32 21.**
- zwei Termine für dieselbe Umzugszeit **31 10.**
- Inhalt und Voraussetzung der Fiktion in §§ 11, 23 Abs. 3; — Beweislast **32 9. 20.**
- Uneheliche Kinder s. Kinder. Unehel. Vater kann nicht im Verwaltungsweise zur Erfüllung der Unterhaltspflicht herangezogen werden. **33 8.**
- Unehelichkeitserklärung nach A.E.N. **27 30.**
- Unfallversicherung; Beschränkte Verpflichtung des Beschäftigungs-ortes **24 98. 25 66.** — Verhältnis der Armenpflege zur Unfallversicherung **28 56 ff.** — Einrede gegen den Erstattungsanspruch wegen nicht rechtzeitiger Benachrichtigung der Berufsangehörigen und dadurch herbeigeführten Verlustes des Regreßanspruches an diese **28 63.**
- Ungeziefer s. Reinigungskosten.
- Ungültige Ehe **23 43.**
- Unterbrechung des Fristenlaufs, des Aufenthalts, der Abwesenheit. s. Frist, Unterstützungswohnfiß.
- Unterhaltspflicht s. Alimentationspflicht.
- Unterricht s. Erziehung, Schulgeld.
- Unterstützung, öffentliche, s. a. Hilfsbedürftigkeit.
- deren tatsächliche Gewährung (in der Absicht Armenpflege zu üben **33 15.**) ist Voraussetzung des Erstattungsanspruches **26 63.**
- deren Art und Maß, inwiefern dafür die Grundsätze (Verhältnisse) am Ort der vorläufigen U. maßgebend sind? **1 50. 2 8. 74. 10 104. 107. 11 49. 14 65. 15 70. 76. 16 80. 18 57. 32 101. 33 22.**
- Unzulässigkeit einer Unterscheidung zwischen Ortsangehörigen und anderen **11 93. 14 57. 64. 16 86. 24 143. 32 101. 33 22.**
- zweckwidrige Art **15 61. 25 51.**
- Dauer, unnötig lange **20 60.**
- deren Einfluß auf den Lauf der Frist für Erwerb und Verlust des U.W. i. Frist.
- ist auf den Erwerb und Verlust des U.W. durch Verhehlung und Abstammung ohne Einfluß **3 13. 8 53. 24 38.**
- liegt nicht vor bei voller Wiedererstattung durch eine Krankenkasse **24 28.**
- Unterstützungspflicht (vorläufige **27 35.**) wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die U. dem endgültig fürsorgepflichtigen A.W. hätte überlassen werden **10 56. 16 54. 24 65,** oder daß der Unterstützungsbedürftige die U. in seinem (benachbarten) gewöhnlichen Aufenthaltsort hätte nachsuchen können **31 28. s. jedoch 25 45.** — Sie liegt dem A.W. des U.W. hinsichtlich einer außerhalb seines Bezirkes sich aufhaltenden Person nicht ob **28 37;** der Begriff der mittelbaren Hilfsbedürftigkeit kommt für die vorläufige U. nicht in Betracht **30 34.**
- s. auch Abwälzung, Außerordentliche Armenlast, Erstattungsanspruch.
- Klage auf deren Abnahme s. Abschhebung.

Unterstützungswohnsitz; seine rechtliche Bedeutung **29 7. 33 1.**

selbständiger Erwerb und Verlust durch Aufenthalt und Abwesenheit, s. a. Altersgrenze.

Fähigkeit zum selbständigen Erwerb und Verlust des U.B. setzt Armenmündigkeit und Willensfreiheit voraus **21 37. 22 132. 24 63. 27 100.** — Folge der mangelnden Fähigkeit: Beibehaltung des U.B. **21 37.**

Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate im Geltungsbereiche des R. G. ist erforderlich **27 12. 28 28.**

Anwesenheit im Geltungsbereiche des R. G. nur für den selbständigen Erwerb, nicht aber für den Verlust des U.B. durch Abwesenheit erforderlich **32 1.**

gewöhnlicher Aufenthalt (Abwesenheit).

entscheidend ist der gewöhnliche tatsächliche Aufenthalt **26 3.**

Wohnort der Familie oder Arbeitsort des Familienhauptes? **14 2.**

17 6. 19 3. 21 1. 22 2. 23 3. 29 26. 30 6. 9. 33 1.

bei wechselndem Aufenthalt allein stehender Personen **24 1. 28 26. 29 24;** verheiratheter Personen **32 3.** s. auch Handlungsreisender, Hausirer, Postillon, Sachfengängerin, Schauspieler, Schiffer, Schachtmeister.

in einer Wohnung, die von der Grenzlinie zweier U.B. durchschnitten wird **20 1.**

s. auch Armenverband, Erdhütte, Gasthofswohnung, Raum, Wohnsitz.

ununterbrochener Aufenthalt (Abwesenheit)

bei Veränderung der Armenbezirksgrenzen **14 4. 20 4. 21 3. 26 1. 28 1. 7.**

inwieweit der Aufenthalt, die Abwesenheit durch vorübergehende Entfernung oder Rückkehr unterbrochen wird? **2 9.**

15. 3 8. 30. 4 3. 7. 17. 5 3. 6 5. 7. 7 10. 8 3. 8. 10 1. 4. 13 1. 5. 14 13. 16 ff. 16 9 ff. 17 7. 18 4. 7. 11. 19 1. 17. 21

14. 16. 21. 24 18. 21. 23. 25 8. 39 ff. 26 18. 19 ff. 32 6. 33 9. (Keine Fiktion für Fortsetzung des früheren gewöhnlichen Aufenthalts aus § 23 Abs. 2) **32 25.** s. auch Reise.

keine Unterbrechung bei nicht auf freier Selbstbestimmung beruhender Entfernung **28 31. 30 22.** insbesondere bei Ableistung der Militärpflicht **33 6.**

freie Beurtheilung der Gesamtlage des einzelnen Falles **15 10. 18 6. 20 10. 22 13. 23 16.**

inwieweit die Absicht, eine Unterbrechung herbeizuführen oder nicht herbeizuführen, in Betracht kommt? **10 11. 11 1. 12. 14. 18 11. 19 20. 21 14. 22 16. 23 21.**

Unterbrechung durch Stellung des Antrags auf Anerkennung der Uebernahmepflicht (§§ 14. 27 Abs. 3) —

Dauernde Hilfsbedürftigkeit ist Voraussetzung **(3 34. 5 24. 6 75. 9 16. 10 26. 14 37. 16 31. 142. 18 29. 21 34. 26 41. 44. 124).**

— Zeitpunkt der Unterbrechung **(28 42).** — Die Unterbrechung gilt als nicht erfolgt: **3 34. 5 25. 9 9. 12 9. 17 35. 21 31. 22 32. 33. 25 14;** s. auch Anerkennung.

3 weisähriger Aufenthalt (Abwesenheit) s. Frist.

f. auch Geistesranke, Militärpersonen, Selbstbestimmung, Unterstützung.

Beweislast bezüglich des zweijährigen, ununterbrochenen Aufenthalts 8 23. 15 6. 17 1. 18 6. 11. 37. 39. 22 13. 65. 23 73. 24 27. 25 1. 26 8. 9. 29 4.

früheres Recht in Preußen f. Dienstboten, Gemeindemitglied, Großjährige, polizeiliche Meldung, Wohnsitz; — in Baden 6 111. abgeleiteter Erwerb und Verlust durch Verehelichung und Abstammung. Anwesenheit des Familiengliedes im Geltungsbereich des U.W. kein Erfordernis 32 1. f. Theilen, Ehefrauen, Kinder. Verwandlung des abgeleiteten U.W. in den eigenen U.W. als Folge der Selbstständigkeit 12 19. 17 54. 21 37. 23 51. 26 33. Wechsel des U.W. während der Dauer der Unterstützung 3 13. 8 53. 24 38. 181. 27 35. 32 68.

landesgesetzlicher U.W. der Ausländer 11 131. 14 41. 15 133. 18 167. 22 182. 25 164. 26 152. 27 179. 28 28.

Untersuchungsgefangene (R. G. § 30b) 4 59. 6 62.

B.

Vagabundirender Knabe f. Ueberweisung.

Vater, Unterhaltspflicht gegenüber minderjährigen und großjährigen Kinder 33 20.

Vaterschaft, deren Auerkenntnis und Widerruf 19 50. 20 42. 23 54. 27 30. 28 28.

Verbleiben eines Auszuweisenden am Aufenthaltsorte; unter welchen Bedingungen, mit welcher Wirkung und von welcher Behörde dasselbe angeordnet werden kann? 2 114. 5 125. 126. 7 141. 9 121. 10 139. 141. 12 140. 15 127. 130. 16 149. 178. 18 166. 19 163. 20 187. 188. 191. 21 179. 22 170. 23 180. 184. 24 185. 187. 189. 26 147. 27 173. 28 172. 29 143. 145. 32 139.

Wirkung einer Einigung darüber 17 158. 19 166. 24 184. 28 169.

Verfolgung des Antrages auf Uebernahme eines Hülfbedürftigen 11 9. 12 9.

Verjährung muß durch Einrede geltend gemacht werden 30 159. 33 93. Hemmung des Beginns 30 131. Unterbrechung durch Klageerhebung 33 92.

zweijährige auch bei Ansprüchen auf Rückzahlung irrtümlich erstatteter Pflegekosten 31 111, nicht bei rechtskräftig festgestellten Erstattungsansprüchen 31 113.

Verjährungsfrist; an eine solche ist die Klageerhebung im R. G. nicht gebunden 9 123. 17 138. f. jedoch § 30a der Novelle vom 12. März 1894 27 119; und wegen früheren Rechts in Preußen 28 123.

darf durch landesrechtliche prozeßuale Fristen für Klageerhebung nicht verkürzt werden 32 106.

Verlassene Kinder f. Findelkinder.

Verlust des Unterstützungswohnsitzes f. Unterstützungswohnsitz.

Nichtanwendbarkeit des R. G. § 13 bei Entscheidung über Verlust des U.W. durch Abwesenheit 24 25.

Vermeintlich verpflichteter U.W. 2 100. 15 115.

Vernehmung des vorläufig Unterstügten über seine Verhältnisse, Folgen ihrer Unterlassung **13** 119. 121. **16** 152.

Verpflegungsstationen **19** 63.

Verschwender **8** 22.

Verträge s. Revers.

Verwahrloste Kinder **24** 111. 113 ff. **25** 83. **32** 45. (Rgr. Sachsen). 113 (Anhalt).

Verwaltungsbehörde, s. Aufsichtsbehörde.

Verwaltungsgerichte, preussische, deren Zuständigkeit in Streitfachen unter A.B. **8** 132.

Verwaltungskosten, allgemeine, **1** 51. **2** 75. **3** 65. **4** 63. **6** 64. **7** 88. **90**. **10** 99. 103. **11** 101. 103. **12** 66. **14** 91. **16** 132. **19** 117. **20** 139. **22** 143. 147. **25** 70. 108. **26** 105. **27** 104. **31** 94. 96. 99.

können auch dem wegen Verletzung der vorläufigen Unterstützungspflicht belangten A.B. nicht in Rechnung gestellt werden **16** 134.

können auch dann nicht in Ansatz gebracht werden, wenn die betr. Anstalt dem unterstützenden A.B. nicht selbst gehörte **7** 92. **12** 66. **16** 86. **21** 137.

s. auch Tarife, Zahlungen.

Verwirkung des Erstattungsanspruches wegen schuldbarer Weise verzögerter Ueberführung **7** 106. **9** 117. 121. **10** 120. **12** 100. **13** 112. 115. **14** 95. **15** 107. 110. **16** 149. **17** 131. **18** 102. **19** 132. **20** 150. 158. **21** 154. **22** 149. **23** 156. **25** 133. **26** 131. 133. 135. **28** 127. 131 (Antrag auf § 56 R. G.). **29** 103 (polizeilich verweigerte Ausweisung) **32** 111 (nachträglich eintretende Unmöglichkeit der Ueberführung).

sie tritt nur ein, wenn die Ueberführung gerechtfertigter Weise, ausdrücklich und ohne unzulässige Vorbehalte beantragt worden war **14** 100. **15** 112. **16** 141. 143. 146; s. auch **20** 157. **21** 79. **22** 152. **23** 155. **24** 165. **26** 129. **28** 129.

durch dieselbe wird die Hemmung des Fristenlaufs (R. G. §§ 14. 27) nicht berührt **13** 25.

V. wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung des Erstattungsanspruches s. Anmeldung (Frist).

Verzeihung der bösslichen Verlassung bez. eines die Ehefrau zu getrenntem Leben berechtigenden Umstandes **24** 51. **26** 50.

Verzugszinsen **3** 102. **5** 112. **9** 77. **17** 97. **28** 94 (deren Höhe **33** 45); unter welchen Umständen der obliegende Kläger sie nicht fordern kann **15** 114. **21** 159. **28** 165.

Vorgesetzte Behörde der Landgemeinden und Gutsbezirke in Preußen **12** 111. **13** 122.

s. auch Anmeldung, Aufsichtsbehörde.

Vorschuß; inwiefern eine öffentliche Armenunterstützung als ein solcher betrachtet werden kann? **7** 19. **8** 95. **16** 15; s. auch **6** 28. **9** 8.

W.

Wärter, besonderer **30** 57.

Wäschereinigung s. Reinigungskosten.

Wein, Verabfolgung an Schwindsüchtige **27** 51.

Werth des Streitgegenstandes, dessen Festsetzung **22** 168.

- Widerklage 5 107. 22 88. 27 80.
 findet in der Berufungsinanz nicht statt 19 162.
 Wiederbelebungsversuche 9 48.
 Wiedervereinigung der Eheleute f. Ehefrau. (Aufhebung der Selbstständigkeit).
 Wittwe, der Lauf der Frist für den Erwerb und Verlust des U.W. beginnt für dieselbe erst mit dem Todestage des Ehemannes 2 11. 3 25. 120. 4 15. 5 30 8 36.
 sofern sie nicht schon vorher nach R. G. § 17 selbstständig geworden war 19 43. f. a. Ehefrau.
 Wohnrecht f. Heimathsrecht.
 Wohnsitz im civilrechtlichen Sinne ist für den Erwerb oder Verlust des U.W. nicht entscheidend 5 10. 11. 6 1. 8 1. 10 1. 11 1. 13 4. 16 2. 19 3. 23 2.
 Begründung des U.W. durch denselben nach älterem preussischen Recht 1 7. 2 9. 129. 5 152.
 Wolfsrahen, Operation eines W. 28 74.

3.

- Zahlungen des Unterstützten oder Dritter, Art ihrer Anrechnung auf die Gesamtforderung des vorläufig unterstützenden U.W. 3 65. 8 93. 9 113. 13 64. 16 106. 22 144. 23 108. 24 151 u. 26 116 (Dienstort). 155 (Ersatzgeld für freie ärztliche Behandlung eines Krankenkassenmitglieds). 25 121. 26 60. 117. (31 31. 32 122. Verrechnung der Invalidenrente). 32 103. 128. 33 104 (in Fällen der außerordentlichen Armenpflege).
 Zahlungsverboten; Folgen unberechtigter Ablehnung eines solchen 13 62.
 Zahlungsverprechen f. Auerkennniß, kreditirte Kurkosten.
 Zehegeld 7 39. 12 42. 22 147; — f. auch Reisegeld.
 Zeit, wann und für welche Zeitdauer eine Unterstützung als gewährt zu betrachten ist? f. Frist.
 Zeitpächter f. Heuerleute.
 Zerstörung von Sachen durch Geistesranke 3 86. 4 72. 12 76.
 f. auch Inventariensünde.
 Zeugen, als solche können die gesetzlichen Vertreter der Parteien eidlich nicht vernommen werden 18 158.
 Zeugenaussagen, deren Würdigung 5 114. 7 136. 13 6.
 uneidliche 13 134.
 Zinsen f. Negotiorum gestio, Verzugszinsen.
 Zurücknahme einer Klage steht der Anstellung einer neuen gleichartigen Klage nicht unbedingt entgegen 17 150.
 Zuständigkeit der Spruchbehörden in Streitfachen der Armenverbände; sie haben nur über armenrechtliche Ansprüche und Verbindlichkeiten zu befinden 2 91. 4 83. 6 48. 90. 12 113 ff. 13 127. 16 158. 21 147. 22 49. 23 167. 27 176. 31 173. (insbesondere auch in den Fällen § 34 des preussischen Ausführungsgesetzes über den Betrag der von dem Landarmenverbände dem betr. Ortsarmenverbände zu gewährenden Entschädigung 20 167.) haben aber auch alle privatrechtlichen Fragen (Einreden zc.) zu er-

- örtern, von deren Beantwortung die zu treffende Entscheidung abhängig ist **12 145. 18 120. 27 48.**
für Ansprüche auf Zurückstattung des aus Irrthum gezahlten **4 83. 5 107. 6 95. 20 149. 23 112.**
auf Uebernahme der vorläufigen Unterstützung **4 83. 5 102. 7 46. 8 63. 9 67. 17 64.**
bezüglich der Anordnung des Verbleibens eines Auszuweisenden am Aufenthaltsorte **2 114. 5 126. 20 191.**
bezüglich der Entscheidung über Nothwendigkeit und Art des Transports eines Auszuweisenden **2 118. 12 143. 22 173.**
dagegen nicht bei Streitigkeiten zwischen einem Kreise und einem D.A.B. über die Beitragspflicht bei der außerordentlichen Armenlast. **29 136.**
ferner nicht über Ansprüche die ein D.A.B. daraus herleitet, daß ein D.A.B. sich den Vorschriften des Reglements über die Aufnahme von Kranken in eine Anstalt des D.A.B. unterworfen hat **31 173.**
desgl. nicht, wenn der vorläufig unterstützende A.B. von dem A.B. des U.B. Herausgabe des von diesem angeblich zu Unrecht erhobenen Krankengeldes des Unterstützten begehrt **32 128,** oder die Armenverbände festgestellt sehen wollen, welchem von ihnen der Rückgriff gegen einen Drittverpflichteten zu steht **33 104.**
f. auch Anhängigkeit, Auseinandersetzung, Bundesamt f. d. Heimathwesen, Exekution, Kosten, Kreisausschüsse, Kreis-Kommissionen, Organisation, Portoauslagen, Rechtsweg, Schadensersatzansprüche, Verwaltungsgerichte, Zwangserziehung.
Zustellungen, müssen bei Abwesenheit des die Partei vertretenden Beamten im Geschäftslokal an die dort anwesenden Bediensteten bewirkt werden **15 125. 19 150. f. auch Prozeßbevollmächtigte.**
Zuweisung von Arbeit *f. Arbeit.*
Zwangserziehung nach dem preussischen Gesetz vom 13. März 1878; Unzuständigkeit der Spruchbehörden in Streitfachen unter Armenverbänden **18 126. 19 147. 25 79.**
nach dem badischen Gesetz vom 4. Mai 1886 **22 19.**
nach dem sachsen-weimarischen Gesetz vom 9. Februar 1881 **32 148.**
nach dem sachsen-koburg-gothaischen Gesetz v. 8. Juli 1884 **33 47. f. auch verwahrloste Kinder.**
Zwangsmittel, deren Anwendung gegen Eltern, die ihre Kinder verlassen haben **6 38, gegen Arbeitseue 15 49. 54.**
Zwangsversteigerung des Gutes ohne Einfluß auf Erstattungsanspruch gegen Gutsbezirke **22 47. 32 121.**

Das Standesamt.

Handbuch für Standesbeamte, nach den Ministerialakten

bearbeitet und herausgegeben von

Dr. F. Kruse,

Geheimem Ober-Regierungsrath und vortragendem Rath
im Königl. preuß. Ministerium des Innern.

Fünfte Auflage

von

Wohlert, Das Reichsgefeß vom 6. februar 1875.

1900. Gebunden M. 5,—.

Aus Besprechungen:

— — „Die Thatfache, daß der Verfasser dem bedeutenden Arbeitsprogramm in mustergiltiger Weise gerecht geworden ist, hat die Brauchbarkeit des Werkes in einer Weise gesteigert, daß wir es für den praktischen Gebrauch der Standesbeamten sowohl als auch der Aufsichtsbehörden und nicht zuletzt für das wissenschaftliche Studium als ein geradezu unentbehrliches Hülfsmittel bezeichnen möchten. Vermöge seiner unbedingten Zuverlässigkeit, seiner Vollständigkeit und seiner wissenschaftlichen Durcharbeitung wird das Werk, welches in seiner jetzigen Gestalt zu den besten Kommentaren des Verwaltungsrechts gezählt werden muß, nicht bloß für das Königreich Preußen, sondern auch für die andern Bundesstaaten eine hochwillkommene Erscheinung sein.“

Dr. Freund (in d. Zeitschr. „Das Recht“ 1900 Nr. 10).

— — „Nach den Ministerialakten bearbeitet und die Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe ausgiebig berücksichtigend, ist es so recht ein Handbuch für Standesbeamte, aus dem sie sich Rath holen in allen Fragen ihres oft schwierigen amtlichen Verkehrs. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß Kruse durch die Ausführlichkeit, wie durch die überzeugend klare und logische Systematik der Erläuterungen dem alten beliebten „Wohlert“ wieder eine bleibende Heimstätte bei den Verwaltungsbehörden, insonderheit bei den Standesbeamten geschaffen hat.“

(Zeitschr. f. Polizei- u. Verwaltungsbeamte 1900 Nr. 4.)

— — „Jeder Standesbeamter wird es als eine große Wohlthat empfinden, wenn ihm der gesammte Stoff in so handlicher Form zusammengetragen und für den praktischen Gebrauch zur Verfügung gestellt wird. Jedenfalls wird an der Hand des sorgfältig bearbeiteten Sachregisters sich jede in der Praxis zu Zweifeln Anlaß gebende Frage leicht beantworten lassen. Wir können deshalb die Anschaffung des Werkes jedem Standesbeamten nur aufs Wärmste empfehlen.“

(Die Selbstverwaltung 1900 Nr. 1.)

— — „Auch „Das Standesamt“ von Kruse darf allen Betheiligten als guter Führer und Rathgeber empfohlen werden.“

(Preuß. Verwaltungsblatt 1900 Nr. 56.)

Handausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuchs

für das Deutsche Reich

unter Berücksichtigung der sonstigen Reichsgesetze
sowie der Ausführungsgesetzgebung von Preußen, Bayern, Sachsen,
Württemberg und Baden für Studium und Praxis

bearbeitet von

Dr. Hugo Neumann,

Rechtsanwalt am Königl. Kammergericht zu Berlin.

1900. — Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.

Drei Bände.

Geheftet M. 24,—. Gebunden (Halbfranz) M. 28,50.

Aus Besprechungen:

— — „Wer diesen Handkommentar intensiver benutzt, wird anerkennen müssen, daß die Neumann'sche Ausgabe alle Konkurrenten weit überholt hat. Ueberall ein selbständiges, streng wissenschaftliches, aber stets von gesundem Sinne für die Bedürfnisse des praktischen Lebens getragenes Urtheil! Ueberall die sorgfältigste Berücksichtigung der Nebengesetze und eine gründliche Verarbeitung der Literatur. — — ohne Zweifel eine der erfreulichsten Leistungen der neuen Literatur.“

(Literar. Mittheilungen f. Juristen u. Verwaltungsbeamte XII. Jahrg.)

— — „Neumann's Kommentar ist keine Handausgabe im landläufigen Sinne, sondern ein mit systematischem Geschick und wissenschaftlicher Gründlichkeit gearbeiteter Kommentar, der, mit gutem Verständnis für die Bedürfnisse des praktischen Lebens eine sorgsame Berücksichtigung der Nebengesetze des BGB. und eine fleißige Verarbeitung der Literatur verbindend, sich zum Gebrauche in der Praxis in hervorragender Weise eignet. Ein besonderer Vorzug des Werkes ist die stete Heranziehung von Parallelstellen zur Erläuterung; das fördert das Verständnis des Zusammenhanges jedes einzelnen Paragraphen mit dem Ganzen und erleichtert das Einbringen in das Recht, ein Vorzug, der ebenfalls von dem Praktiker in erster Linie empfunden wird.“

(Zeitschr. f. Polizei- u. Verwaltungsbeamte 1900 Nr. 4.)

— — „Bereits in zweiter vermehrter und verbesserter Auflage liegt dieser Kommentar vor, der damit sich an die Spitze sämtlicher Bearbeitungen gestellt hat. Die Verbreitung des Buches brüdt die Anerkennung aus, welche dem Verfasser für seine gediegene Arbeit gewährt wird.“

(Berliner Börsenzeitung vom 22. Juni 1900.)

Das Gesetz
über
Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen
vom 28. Juli 1892,

erläutert von
M. Gleim,
Wirklichem Geheimen Ober-Regierungsrath, vortragendem Rath im
Ministerium der öffentlichen Arbeiten z. D.
Dritte, neu bearbeitete und verbesserte Auflage.

Geheftet M. 4,50. Gebunden M. 5,20.

Jahrbuch
für
Entscheidungen des Kammergerichts
in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit,
in Kosten-, Stempel- und Strafsachen

herausgegeben von
Reinhold Johow, und **Viktor Ring,**
Geheimer Ober-Justizrath, Kammergerichtsrath.
Einundzwanzigster Band.

1901. Geheftet M. 6,—. Gebunden M. 7,25.

Handbuch
des
Grundbuchrechts,
enthaltend
die auf das materielle und formelle Grundbuchrecht sich beziehenden
Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen
mit Anmerkungen,

für die Praxis zusammengestellt
von
Brachvogel, **Frydrychowicz,**
Amtsgerichtsrath, Amtsgerichtsrath,
Grundbuchrichtern in Bromberg.

1901. Geheftet M. 8,—. Gebunden M. 9,50.

Das Gesetz
über die
**Beurkundung des Personenstandes
und die Eheschließung**

vom 6. Februar 1875

in der durch das Bürgerliche Gesetzbuch veränderten Fassung.

Mit einem Kommentar

unter Berücksichtigung der preussischen Ausführungsgesetzgebung, sowie mit der
Ausführungs-Verordnung des Bundesraths vom 25. März 1899 und den amtlich
vorgeschriebenen Formularen herausgegeben von

O. Philler,

Landgerichts-Präsident a. D.

Zweite, erheblich vermehrte Auflage.

1900. Cartonnet M. 2,50.

— „Seine ganze Anlage, namentlich die zahlreichen erschöpfenden
Erläuterungen machen es zu einem werthvollen Rathgeber für die-
jenigen, deren Interessen durch das betreffende Gesetz berührt werden.“

(Die Selbstverwaltung 1900 Nr. 6.)

— „Der Kommentar ist, namentlich für preussische Standesbeamte,
aber auch für die Gerichte, die über Beschwerden gegen deren Entschlüsse
zu entscheiden haben, warm zu empfehlen.“

(Leipziger Zeitung vom 6. April 1900.)

Das Vormundschaftsrecht
des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs
nebst den verwandten Rechtsstoffen.

Mit einem Kommentar

unter Berücksichtigung der Preussischen Ausführungsgesetzgebung
herausgegeben von

O. Philler,

Landgerichts-Präsident a. D.

Dritte Auflage des preussischrechtlichen Werkes.

1900. Gehe

Das Testament.

Hand- und Musterbuch für letztwillige Verfügungen
nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche,
mit Hinweis auf die bisherigen Sonderrechte Deutschlands
bearbeitet von

G. Eichhorn,

Kammergerichtsrath.

Vierte umgearbeitete Auflage.

1900. Geheftet M. 5, —. Gebunden M. 5,80.

— Nicht nur dem mit Auf- und Annahme von letztwilligen Verfügungen befaßten Amtsrichter, sondern jedem Anwalt, der ein Testament zu entwerfen hat, sowie dem Nichtjuristen, welcher vorsichtig sein Testament entwerfen will, sei das Buch als bestes Hilfsmittel empfohlen.

(Deutscher Reichsanzeiger.)

Das Invalidenversicherungsgesetz

vom 13./19. Juli 1899.

Textausgabe

mit Anmerkungen, sämmtlichen Ausführungsbestimmungen,
insbesondere der Anleitung über den Kreis der Versicherten
und Sachregister

von

Dr. Konrat Weymann,

kaisert. Regierungsrath, händlgem Mitgliede des Reichs-Versicherungsamts.

1900. Gebunden M. 2,40.

— „Der Verfasser hat offenbar in erster Linie einen nicht juristischen geschulten Leserkreis vor Augen gehabt und sich bemüht, auch einem solchen den rechtlichen und wirthschaftlichen Gehalt des Gesetzes klar und eindringlich zur Anschauung und zum Verständniß zu bringen, und er besitzt eine so glückliche Gabe, sich einfach und faßlich auszudrücken, daß es ihm vollauf gelungen ist, das verwickelte Geflecht der Gesetzesnormen auch dem Laien zu entwirren. Durch beständige Verweisungen tritt der innere Zusammenhang und das Sinecuregreifen der einzelnen Vorschriften scharf hervor; den gleichen Zweck erfüllt auch das mit besonderer Sorgfalt hergestellte Register.“

(Arbeiter-Versorgung 17. Jhrg. Nr. 14.)

Verlag von Franz Vahlen in Berlin

W. 8, Mohrenstraße 13/14.